

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Fragen und Antworten
zur Restabwicklung
Mittel- und Westdeutschlands
von 1990 bis 2022, Teil 1**

Sonderheft Nr. 46



Fragen und Antworten zur Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 1990 bis 2022, Teil 1

Sonderheft Nr. 46

Fragen und Antworten ... 1990-2022, Teil 1

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Wer forderte tatsächlich die Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung?	2-27
2. Wie sind Politiker eines demokratischen Rechtsstaates wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie zweifelsfrei gegen geltendes Recht verstoßen haben?	27-36
3. Was bedeutet eigentlich die passive Haltung der Justiz, die in einem Rechtsstaat von Amts wegen verpflichtet ist, alle Maßnahmen zu prüfen, die die Sicherheit, die Gesundheit und das Leben der Menschen gefährden sowie den Bestand des Landes bedrohen können?	36-37
4. Wieso blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich?	37-61
5. Weshalb kann es im Jahre 2023 in den Abklingbecken der 7 stillgelegten Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von Radioaktivität kommen?	62-66
6. Warum ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung nicht nur verantwortungslos, sondern auch extrem gemeingefährlich?	66-73
7. Wer verhindert, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung über die lebensgefährlichen Folgen der sogenannten Energiewende informiert wird?	73-94
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	95

Fragen und Antworten zur Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 1990 bis 2022, Teil 1

1. Wer forderte tatsächlich die Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung?

Am **28. Mai 2019** schrieb ich meine erste Petition an den Deutschen Bundestag (mit der Bitte um Veröffentlichung):

Wortlaut der ersten Petition vom 28.05.2019

Der Deutsche Bundestag möge eine 15jährige Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland beschließen.

Begründung

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeitig: Kernkraftwerk Philippsburg 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember

2019.

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 7 in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 7 strategisch wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefern) mit einer Nettoleistung von 9.515 Megawatt fehlen.

Außerdem schlug die sogenannte "Kohlekommission" im Januar 2019 vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.

Da die regenerativen Energien (Windkraftwerke, Solaranlagen etc.) Strom nicht verlässlich produzieren können, sind ab 2023 die Strommengen der ersatzlos stillgelegten Reservekraftwerke (Kernenergie = 9.515 MW und Kohle = 12.500 MW) in Großspeichern vorzuhalten, um überregionale Blackouts zu verhindern.

Deutschland verfügt heute nur über 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können.

Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann. Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen (**drohende De-Industrialisierung, wirtschaftlicher Ruin sowie Zerstörung der bisherigen Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands**) sollte die deutsche Bundesregierung die angestrebte Energiewende unverzüglich reformieren und nach dem Vorbild Spaniens handeln.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft

Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden. In einer drastischen Kehrtwende bei der Atomenergie erwägt die spanische Regierung nun eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke von gegenwärtig 40 auf "50 oder 60 Jahre" oder sogar noch darüber hinaus. ... Das Industrieministerium dringt schon seit einiger Zeit auf einen solchen Schritt "im wirtschaftlichen Interesse" des Landes. ...<<

Um zukünftig eine **zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung** zu gewährleisten sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die Bundesregierung für die Nutzung von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" einsetzen, denn Versorgungssicherheit und Klimaschutz werden ohne Kernkraftwerke, die im Betrieb keine CO2-Emissionen verursachen, nicht funktionieren.

Ablehnung der Petition vom 28. Mai 2019 durch den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages

Am **12. Juli 2019** teilte mir der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages mit, daß zunächst eine Stellungnahme der Bundesregierung erforderlich wäre, bevor der Ausschuß über die Veröffentlichung der Petition entscheiden könnte.

Am **24. September 2019** teilte mir der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages schließlich mit, daß sich bereits eine **sachgleiche Petition** ("*Flexibilisierung des Atommora-*

toriums und die Berücksichtigung der Kernkraftwerknutzung als Alternative für den Klimaschutz ...") in der parlamentarischen Prüfung befindet, **deshalb wurde von der Veröffentlichung meiner Petition abgesehen.**

Erstaunlicherweise existierte gemäß *Petitionssuche* die oben genannte sachgleiche Petition "Flexibilisierung des Atomreaktoriums ..." nicht!

Am **2. Dezember 2019** teilte mir der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages folgendes mit: >>... Der Deutsche Bundestag hat ihre Petition beraten und am 14. November 2019 beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

... Abschließend weist der Ausschuß darauf hin, daß sich Deutschland - neben dem Ausstieg aus der Atomenergie - mit dem Klimaschutzplan 2050 das Ziel gesetzt, spätestens bis zum Jahr 2050 seine Energieversorgung nahezu vollständig zu dekarbonisieren. Damit leistet Deutschland nicht nur einen substantiellen Beitrag bei den internationalen Bemühungen, den Klimawandel zu begrenzen, sondern reduziert auch für sich selbst durch mehr Effizienz, einer geringeren Energienachfrage sowie durch den stetigen und konsequenten Ausbau erneuerbarer Energie den Bedarf an Energieimporten in Form von Gas, Mineralöl und Uran. Damit wird die vom Petenten geforderte Versorgungssicherheit nachhaltig gewährleistet. ...

Der abweichende Antrag der Fraktion der AfD, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mehrheitlich abgelehnt.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 12. Februar 2020 folgenden Antrag - Atommüll-Endlager vermeiden - Hochradioaktive Reststoffe verwerten. Drucksache 19/17-127 (x1.038/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Partitionierung und Transmutation (PuT) ist eine weltweit anerkannte und verfolgte Strategie zum Umgang mit nuklearen "Abfällen". Mit PuT können die für ein Endlager benötigten Kapazitäten substantiell, prinzipiell sogar auf einen vernachlässigbaren Umfang reduziert werden.

Die Bestandteile der hochaktiven Reststoffe können zum Teil, ggf. nach der entsprechenden Abklingzeit, auch abseits der kerntechnischen Nutzung verwendet werden (z.B. Edelmetalle Rhodium, Ruthenium, Palladium oder Americium-241 für Nuklidbatterien in Weltraumfahrzeugen, siehe auch Kleine Anfrage 19/11736).

Hierzu sind die Entwicklung und der Betrieb von Schnellspaltreaktoren, z.B. jene der 4. Generation (sogenannte GenIV-Typen) sowie Partitionierungsanlagen erforderlich. Die Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet wird in Deutschland gar nicht bzw. in völlig unzureichender Weise gefördert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Partitionierung und Transmutation (PuT) als gleichermaßen geeignete und wirksame alternative, mindestens ergänzende Strategie zur direkten Endlagerung für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe einzustufen und anzuerkennen,
2. die Forschung umfassend auf diesem Gebiet national zu unterstützen und sich international hierfür zu engagieren, nicht nur in Hinsicht auf die nukleare Sicherheit,
3. die Nutzung der in Frage stehenden Reststoffe in möglichst vielseitiger Weise, auch in nukleartechnischen Anlagen für PuT, in Übereinstimmung mit den internationalen Verträgen sowie Richtlinien zur Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen zu gestatten,
4. die Genehmigung und den Betrieb von hierfür geeigneten Reaktoren sowie Trennanlagen zu unterstützen,
5. im Lichte der vorgenannten Zielsetzungen Anpassungsvorschläge für das Atomgesetz (AtG) vorzulegen und dabei insbesondere darauf hinzuwirken, dieses kompatibel zur Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Zweck der Entsorgung nuklearer Rückstände zu ermöglichen, abändern zu lassen (insbesondere §§ 1, 7 und 9 AtG).

Berlin, den 18. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Forschungen zu Partitionierung und Transmutation (PuT) wie etwa basierend auf den Empfehlungen der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, werden von der Bundesregierung nicht oder nur marginal unterstützt und wegen der Beschlüsse zum Kernenergieausstieg als "nicht zielführend" (siehe Drucksache 19/12630), sogar kontraproduktiv angesehen. Basis dieser Einschätzungen ist die Tatsache, daß auch Forschungen an Konzepten der Generation IV als Wiedereinstieg angesehen werden und eine Gleichsetzung dieser Techniken mit der heute etablierten Infrastruktur pauschal vorgenommen wird (Drucksache 19/12630).

Zugleich werden die neuartigen Eigenschaften zukünftiger Systeme aber gerade wegen ungenügender Forschung und Erfahrung, z.B. im Bericht der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages, angezweifelt. Weitere Forschungs- und Entwicklungsbemühungen werden also vor allem wegen mangelnder Kenntnisse in diesem Feld als ungeeignet oder nicht lohnenswert verworfen - ein widersinniger Zirkelschluß.

Die gegenwärtige aus Sicht der Antragsteller einseitige Diskussion über den als "alternativlos" angesehenen Ausstieg aus der Nukleartechnologie verbaut somit den Blick auf mögliche Antworten bestehender Fragen, etwa der Entsorgung hochaktiver Reststoffe. Die Entwicklung in der Welt zeigt aber, daß auf diesem Gebiet aktuell geforscht wird, wovon sich Deutschland offenkundig nun abkoppeln möchte und nach Meinung der Antragsteller technologisch rückzufallen droht.

Die Eigenschaften der Konzepte der Generation IV, insbesondere jene der Flüssigkernreaktoren und pyrochemisch arbeitender Partitionierungsanlagen - entsprechende Forschungen werden unter anderem im Rahmen des Horizon2020-Programms der EU durchgeführt, siehe <http://samofar.eu/concept/> - gehen jedoch deutlich über das bereits hohe Sicherheitsniveau und die Brennstoffausnutzung der heute etablierten Infrastruktur hinaus.

So ist allgemein anerkannt, daß mit solchen Systemen die Verwertung der zu entsorgenden Brennelemente und damit die drastische Reduktion der Endlagerkapazitäten weit besser gelingt als mit aktuell genutzten Kernkraftwerken und Aufarbeitungsanlagen mit PUREX-Verfahren.

So können die heutigen Bestände eben genannter hochaktiver Reststoffe, welche noch geologisch über mehrere 100.000 Jahre eingeschlossen werden müßten, praktisch vollständig abgebaut und in Reststoffe (Spaltprodukte) umgewandelt werden, welche nach nur wenigen 100 Jahren auf ungefährliches Niveau abklingen.

Flüssigkernreaktoren sind zudem prinzipiell inhärent sicher auslegbar, arbeiten praktisch überdrucklos und könnten nach bisherigen Erkenntnissen sehr kompakt gebaut sowie wirtschaftlich betrieben werden.

Die Verwertung der erzeugten Wärmeenergie kann formal konform zum Atomgesetz (AtG) idealerweise für Prozeßanwendungen geschehen, wenn eine wirtschaftliche Nutzung gewünscht wird, ansonsten kann sie einfach in die Umgebung abgeführt werden, anders als von der Bundesregierung unterstellt wird (Drucksache 19/12630).

Die Funktionsweise der pyrochemischen Trennanlagen ist prinzipiell aus der pyrometallurgischen Industrie (z.B. Elektrolyse mit Salzschnmelzen, fraktionierte Destillation und Rektifikation) bekannt. Diese zeigen erhebliche Vorteile bei der Trennschärfe, bei der wirtschaftlichen Effizienz und beim Abfallstrom. Danach würde auch die Proliferationssicherheit, die Resilienz (Widerstandskraft) gegen die Verbreitung von Nuklearwaffen, beibehalten, eher noch erhöht werden.

Weiterhin würden die bereits im Rückstellungsfonds des Bundes für die Endlagerung hochaktiver Reststoffe bereitgestellten Mittel (knapp 25 Mrd. Euro) hiernach ohne weiteres

alternativ auch für einen Partitionierungspfad oder auch für eine komplette PuT-Strategie zur schadlosen Verwertung dieser Brennelemente genügen.

Letztere könnte sogar Erträge erwirtschaften, unabhängig von der Verfahrensweise in Bezug auf die aktuell gültige Fassung des AtG - eine Nutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität, wie in dieser Stellungnahme der Bundesregierung (Drucksache 19/12630), ist nicht zwingend erforderlich. Zudem dürfte die Beteiligung Deutschlands an diesem strategisch wichtigen Feld im Lichte der internationalen Ausrichtung geboten sein.

Zusammengefaßt würde der Einbezug von PuT in die Entsorgungsstrategie für gebrauchte Nuklearbrennstoffe nach Ansicht der Antragssteller fast keine bisherigen nationalen Beschlüsse berühren, jedoch die Option auf eine wirklich nachhaltige Nutzung und Entsorgung hochaktiver Stoffe eröffnen und zusätzlich technologische (z.B. Hochleistungsmaterialien oder moderne Industrietechnologien) wie wirtschaftliche Vorteile bieten.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 15. September 2020 folgenden Antrag - Tschernobyl und Fukushima sachlich betrachten - Der Atomausstieg war ein Fehler und muß rückgängig gemacht werden. Drucksache 19/22454 (x1.042/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Jedweder Versuch, Sachlichkeit in die Diskussion um den Tschernobyl-Unfall 1986 zu bringen, wird aus linksgrünen Kreisen und den ihnen nahestehenden Mainstream-Medien als "Verharmlosung" diffamiert. Seriösen wissenschaftlichen Studien wie der der WHO/IAEA werden apokalyptische Propaganda-Pamphlete z.B. von Greenpeace, als "gleichberechtigt" entgegengehalten, obwohl letztere jede wissenschaftliche Grundlage vermissen lassen. Oberstes Ziel dieser Propaganda ist es, den erklärten Feind "Atomkraft" dauerhaft zu dämonisieren.

So wird in einem kürzlich erschienenen Antrag der "Grünen" (Bundestagsdrucksache 19/18678) behauptet, die Schätzungen der Tschernobyl-Opfer beliefen sich auf "... unter 50 ... bis hin zu 1,44 Millionen Toten weltweit". Die Obergrenze soll Angst und Schrecken verbreiten, doch richtig ist nur die Angabe "unter 50", die vom Weltstrahlenschutzrat UNSCEAR auf Grundlage der Auswertung zahlreicher wissenschaftlicher Studien ermittelt wurde.

Die Angstzahl "1,44 Millionen Tote" stammt jedoch vom russischen Greenpeace-Aktivisten "Alexey Yablokov" und ist frei erfunden. Verpackt als "Studie" und herausgegeben von Greenpeace, Greenpeace selbst versucht wohl inzwischen, diese Peinlichkeit zu verstecken) mit einem traurigen Mädchen auf dem Titelbild, aber ohne wissenschaftlichen Inhalt, sollen mit einem Anschein von Seriosität Emotionen geweckt werden.

Doch Belege für diese absurden Zahlen bleibt Greenpeace bis heute schuldig. Genauso irreführend ist die Hervorhebung einer "auffallenden Zunahme von Grauem Star, Hirnschäden, Leukämie und Herz-Kreislauf-Erkrankungen", usw., die angeblich "unstrittig" sei. Dies soll suggerieren, daß dies als Spätfolge millionenfach in der allgemeinen Bevölkerung zu beobachten sei. In Wahrheit ist davon jedoch nur eine Handvoll Personen betroffen, die als Arbeiter direkt vor Ort während des Unfalls kurzzeitig einer extrem hohen Strahlendosis ausgesetzt waren.

Doch selbst wenn man diese Zahlen glaubte, so hatten hiesige Reaktorhersteller und Sicherheitsbehörden auf die damals sowjetische Sicherheitskultur überhaupt keinen Einfluß. Tschernobyl ist eben kein repräsentatives Beispiel für hiesige Reaktoren, im Gegenteil, der Tschernobyl-Reaktor wäre hierzulande damals wie heute nicht genehmigungsfähig gewesen, wie alle Reaktoren, die einen sogenannten "positiven Temperaturkoeffizienten" haben. Diese Problematik war auch keine neue Erkenntnis, sondern bereits in den Anfängen der Kerntechnik bekannt, weshalb hierzulande diese Reaktorlinie für zivile Anwendungen nie weiterverfolgt wurde.

Um das Einschüren von Angst aufrechtzuerhalten, werden weitere Katastrophen erfunden

bzw. jeder Industrieunfall zu einer solchen umgedeutet. Besonders makaber ist dabei das Umdeuten des Tōhoku-Erdbebens 2011 in Japan zu einer "Reaktor-Katastrophe", auf die sogar namhafte Politiker reinfielen. Jahrelang instrumentalisierten die linksgrünen deutschen Medien die über 20.000 Opfer, indem sie bewußt mißverständlich suggerierten, es handele sich um Strahlenopfer der Reaktor-Havarie, obwohl es tatsächlich laut UNSCEAR kein einziges Strahlenopfer gab.

Inzwischen funktioniert diese Desinformation immer schlechter und so legt man den Fokus nun auf die Opfer der Evakuierungsmaßnahmen. Heuchlerisch wird um die "mehr als 100.000 Menschen" getrauert, die "ihr Heim verlassen" mußten, ohne jedoch einen Gedanken an die wirklichen Opfer des Erdbebens und Tsunamis zu verlieren.

Dabei haben Studien gezeigt, daß die Evakuierung unnötig und überzogen war - sie hat mehr Menschenleben gekostet, als die Reaktor-Havarie hätte rein hypothetisch überhaupt fordern können. Aber anstatt die wirklich notwendigen Konsequenzen zu ziehen und sich für eine Normalisierung der schädlich überzogenen Strahlenschutzregeln einzusetzen, werden in diesen Kreisen nun, nachdem die Havarie-Opfer vollständig ausblieben, die "Evakuierungsopfer" thematisiert.

Obwohl es sich bei Fukushima um einen der ältesten Reaktortypen handelte, obwohl japanische Behörden wichtige sicherheitstechnische Nachrüstungen wie "WallmannVentile" und "Töpfer-Kerzen" unterließen, obwohl vorher bekannte Fehler bei der grundsätzlichen Kraftwerksauslegung (insbesondere zu niedrige Flutwälle) vorlagen, obwohl eine schnell verfügbare Notkühlung von außen (z.B. von Schiffen) nicht vorgesehen war und obwohl eine landesweite Notsituation durch ein historisches Erbeben und Tsunami vorlag, zeigte die Fukushima-Havarie eindrucksvoll, daß selbst Kernreaktortypen aus den 60er Jahren nach westlichen Standards äußerst gutmütig auf Extremsituationen reagieren und sogar eine Kernschmelze einschließen können. Folglich gab es kein einziges Strahlenopfer und hätte man nicht in Panik evakuiert, so hätten viele Alte und Kranke nicht sterben müssen.

Trotz einer sofortigen Spezialüberprüfung aller deutschen Kernkraftwerke durch die Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) im Auftrag des Bundesumweltministeriums, bei der keine Unzulänglichkeiten gefunden wurden, beschloß der Deutsche Bundestag auf Drängen lautstarker linksgrüner Medien und politischer Akteure die irrationale Rücknahme der Laufzeitverlängerungen, was den beschleunigten "Atomausstieg" zur Folge hatte.

Die Antiatom-Propaganda stellt in ihrer Katastrophensehnsucht nach nuklearen Havarien üblicherweise über Tausende Jahre "verseuchte" und "unbewohnbare" Gebiete in Aussicht. Wenn dann nach wenigen Jahren wieder Menschen dort hinziehen, Evakuierungszonen aufgehoben werden, touristische Führungen stattfinden und, wie bei Tschernobyl, Sport- und Übernachtungsstätten für die Paralympischen Spiele eingerichtet werden, paßt dies natürlich nicht in das ideologische Weltbild und muß als "Verharmlosung" und "leichtsinnig" dargestellt werden. In der Umgebung von Tschernobyl wohnen sogar Menschen, die nach dem Unfall nie von dort weggezogen sind, und sich bis heute bester Gesundheit erfreuen.

Derartiges würde aber die gesamte von diesen Kreisen geschürte Strahlenshysterie ad absurdum führen. Somit muß gemahnt werden. Man flüchtet sich in überzogene Grenzwerte und behauptet einfach, die Folgen einer "Atomkatastrophe" seien generell "langlebig". Doch ein Nachweis der Gefährlichkeit geringer radioaktiver Kontamination, die in der Natur ständig und überall vorhanden ist, kann nicht erbracht werden, und so bleibt man auch diesen Beweis schuldig. Statt dessen verlegt man sich darauf, zu zeigen, welchen Aufwand man in Tschernobyl und Fukushima betreiben muß, um die Strahlengrenzwerte einzuhalten.

1. "Um den Tschernobyl-Reaktor wurde eine Schutzhülle errichtet".

2. In Fukushima werden "Grenzwerte überschritten". Dabei wird in dem Antrag der Grünen genau das belegt, was eigentlich widerlegt werden sollte, nämlich daß die Probleme überwiegend angstgetrieben sind: Produkte von Bauern und Fischern der Provinz Fukushima

seien "nahezu unverkäuflich, auch wenn sie aus nicht kontaminierten Gegenden stammen". Geflissentlich wird in den Kreisen der Antiatom-Propaganda stets "kontaminiert" durch "verseucht" ersetzt, so auch Wasser aus dem Fukushima-Kraftwerk, das mit Tritium "verseucht" sei. Tritium wird in der Atmosphäre ständig natürlich neu gebildet und noch nie kam ein Mensch daran zu Schaden. Derartiges Wasser ins Meer einzuleiten stellt überhaupt kein Problem dar. Die Beweislast wird spontan umgekehrt:

Nicht die Schädlichkeit der geringen Mengen Radioaktivität im Wasser muß man bei den Grünen nachweisen, sondern dessen Unschädlichkeit, was natürlich wissenschaftlich unmöglich ist.

Zu jedem Jahrestag, ob Tschernobyl oder Fukushima, werden die Mythen zur bösen "Atomenergie" gebetsmühlenartig wiederholt und vom Bundestag gefordert, er solle sich für einen weltweiten "Atomausstieg" einsetzen. Dabei folgt dem kaum ein Land, viele Länder wollen sogar die Kernkraft ausbauen. Das liegt nicht, wie behauptet, am "Vergessen", was man schon daran sieht, daß die betroffenen Länder, Japan und Rußland/Ukraine, selbst gar nicht an einen Ausstieg denken.

Dort zieht man ganz andere Schlüsse aus den Unfällen, nämlich daß selbst unter Berücksichtigung der Tschernobyl-Opfer Kernenergie die mit Abstand sicherste Form der Stromerzeugung ist. Die "erneuerbaren Energien" mit ihren wirklichen Katastrophen sind keine Alternative. So starben allein durch den Bruch der Sajano-Schuschensker-Talsperre 2009 in Rußland unmittelbar 75 Menschen, deutlich mehr als laut WHO durch Tschernobyl umkamen.

Doch während Tschernobyl die einzige KKW-Havarie mit strahlenbedingter Todesfolge blieb, dazu noch durch einen Reaktortyp, der hierzulande nie genehmigungsfähig gewesen wäre, besteht die traurige Bilanz der "Erneuerbaren" aus hunderten weiteren Staudammbrüchen mit insgesamt deutlich über 100.000 Toten. Die durch Havarien von Kernkraftwerken bedingten Folgen sind dagegen nachrangig und werden mit den immer sichereren Reaktorkonzepten weiter sinken.

Mit schlechter Argumentation lassen sich auch in der EU nur schwer Anhänger finden. Die EU hat sich klar zur Kernenergie bekannt und bleibt auch dabei. So sieht auch das Europäische Parlament die Kernkraft als gute Option an und auch weltweit ist eine Renaissance der Kernkraft zu beobachten.

Viele Unternehmer versuchen sich weltweit daran, endlich die rein zivilen Nuklearkonzepte, die nie zum Zuge kamen, kommerziell umzusetzen. Das ist schwierig angesichts praktisch fehlender staatlicher Hilfe selbst für Forschung und Entwicklung - ganz im Gegensatz zu den "Erneuerbaren", die selbst mit dem größten und längsten staatlichen Subventionsprogramm aller Zeiten mit garantierter Vergütung und Vorrangspeisung, genannt EEG, auch nach 20 Jahren noch nicht überlebensfähig sind. Folglich sind weitere, auch über die Aufhebung des sogenannten Atomausstiegs hinausgehende Initiativen geboten, um die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland zu verstärken.

Der Deutsche Bundestag sieht hier massiven Handlungsbedarf:

1. Die Grenzwerte in den Strahlenschutzvorschriften, insbesondere für die Zivilbevölkerung, sind zu überarbeiten und auf belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse zu stützen. Sie sollten mindestens dem natürlichen Untergrund von Gebieten höherer Dosen entsprechen, bei denen keine gesundheitlichen Einschränkungen selbst empfindlicher Personen festgestellt wurden.
2. Das deutsche Basissicherheitskonzept muß zugunsten des flexibleren und realitätsnäheren belgischen (und US-)Konzepts basierend auf probabilistischen Sicherheitsanalysen (PSA) modifiziert werden. Eventuell verringerte Sicherheitseigenschaften einzelner Komponenten, z.B. erhöhte Materialermüdung, könnte so durch ein höheres Sicherheitsniveau anderer Komponenten ausgeglichen oder gar überkompensiert werden, so daß nach praktischer Vernunft Gefährdungen für Mensch und Umwelt mit gleichbleibender Wahrscheinlichkeit

ausgeschlossen werden können.

3. Kerntechnische Anlagen wie Urenco in Gronau und die Brennelementefabrik ANF in Lingen sind weltweit in ihrer Effizienz und Umweltfreundlichkeit führend. Sie sollten daher besondere politische Flankierung erhalten und ein Ausbau unterstützt werden, auch in Hinsicht auf Reaktoren der Generation IV. So kann der für Wirtschaft und Wohlstand notwendige Nuklearkreislauf der Welt in Bewegung gehalten und ausgebaut werden.

4. Die Bundesregierung sollte sich international für eine verstärkte Kooperation mit anderen Staaten bei der Entwicklung der Nukleartechnik mit Blick auf dortige Neubauprojekte einsetzen, um die wirtschaftliche und umweltfreundliche Energieversorgung mit Kernenergie voranzutreiben.

5. Die Mittelzuweisungen für die Forschung auf dem zukunftsweisenden Gebiet der Kern- bzw. Kernfusionstechnik müssen insbesondere national ausgebaut und internationale Kooperationen verstetigt bzw. verstärkt werden.

6. Gleichzeitig ist es sinnvoll und geboten, im Gegenzug gegenwärtig verwendete Mittel für den wirkungslosen "Klimaschutz" als Maßnahme gegen das erfundene Problem des "menschengemachten Klimawandels" sowie die hoffnungslos ineffizienten "erneuerbaren" Energien einzusparen, um diese für hocheffiziente Energieerzeugungstechniken wie der Nuklearenergie zu verwenden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in einem umfangreichen Papier die tatsächlichen Sachverhalte zu Tschernobyl und Fukushima, wie durch den Weltstrahlenschutzrat UNSCEAR festgestellt, dem Bürger stärker, z.B. in Form von Informationskampagnen, bekannt zu machen und in korrekte Relation zur hiesigen Kerntechnik und vor allem in Relation zu den "Erneuerbaren" zu setzen,

2. auf das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) einzuwirken, entsprechende Falschinformationen zur Kernenergie z.B. auf der Webseite und Äußerungen der zuständigen Bundesministerin umgehend zu unterbinden,

3. gerade wegen der Verbreitung von Falschinformationen zur Kernenergie dem BMU das Gebiet der kerntechnischen Sicherheit zu entziehen und auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) zu übertragen,

4. die BMWi-Projektförderung zur nuklearen Sicherheit auf eine explizite Forschung und Entwicklung an moderneren Reaktor- und Aufarbeitungskonzepten auszuweiten, sowie zusätzliche Förderprogramme zur Forschung und Entwicklung neuer Nuklear- und Fusions-technologien zu schaffen und damit auch die Teilhabe an entsprechenden Projekten im Ausland zu ermöglichen,

5. das Atomgesetz (AtG) dahingehend zu ändern, daß neue kerntechnische Anlagen, insbesondere solche, die zwecks Vermeidung der geologischen Endlagerung für den Schluß des Kernbrennstoffkreislaufs geeignet sind, auch zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität, wieder genehmigungsfähig sind,

6. die im AtG enthaltenen Beschränkungen hinsichtlich Brennstoffverarbeitungstechniken, Laufzeit- und Strommengenbegrenzungen vollständig aufzuheben,

7. die völlig willkürlich im Juni 2014 angeordnete Ausnahme kerntechnischer Anlagen von Hermes-Bürgschaften sofort zu beenden, um wieder einen fairen Wettbewerb bei Stromerzeugungstechniken zu ermöglichen,

8. international sich für einen Ausbau umweltfreundlicher und effizienter Kerntechnik, insbesondere der Generation IV, einzusetzen,

9. auf EU-Ebene auch unter Nutzung der Ratspräsidentschaft darauf hinzuwirken, den Ausbau der Kernenergie in Ländern wie Polen, Tschechien, Litauen, bei denen ideologisch motivierte antinukleare Kampagnen bisher nicht Fuß fassen konnten, als leuchtendes Beispiel zu unterstützen,

10. die Klimaschutzpolitik einzustellen und alle diesbezüglichen Ausgaben und Förderungen

zu streichen sowie

11. alle Subventionen für die umweltschädlichen sogenannten erneuerbaren Energien sowie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abzuschaffen.

Berlin, den 29. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 15. September 2020 folgenden Antrag - Modernste Kernenergie für Deutschland - Sicher, sauber und bezahlbar. Drucksache 19/22434 (x1.043/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der vollständige Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie nach 2020 wird schwerwiegende Folgen für Deutschlands Wirtschaft, Umwelt und Bürger nach sich ziehen.

Exorbitant hohe Strompreise, eine fortan unsichere Stromversorgung, chronische Subventionierungen der Anlagen aufgrund ihrer Unwirtschaftlichkeit sowie enorme und immer weiter steigende Umweltbelastungen durch den vorangetriebenen Ausbau sogenannter "Erneuerbarer" sind und bleiben unter den jetzigen Umständen dauerhaft Teil dieser Energiepolitik. Die selbst auferlegten Ziele der Bundesregierung, eine sichere, saubere und bezahlbare "Energie-wende" zu erreichen, sind für die kommenden Jahrzehnte schlicht nicht umsetzbar und damit gescheitert. Diese Energiepolitik wird jedoch weiterhin vorangetrieben.

Die Kernenergie ist entgegen jahrzehntelanger Panikmache, Halbwahrheiten und einem antiquierten Wissensstand nachweislich eine der zuverlässigsten, umweltfreundlichsten sowie preisgünstigsten Energieträger. Moderne Reaktorgenerationen haben keine Gefahrenpotentiale mehr, die zu großen Störfällen führen könnten. Eine hohe und preiswerte Versorgungssicherheit ist nur mit Kernenergie, die die ausschließlich negativen Auswirkungen der instabilen erneuerbaren Energien kompensieren muß, zu erreichen.

Die friedliche Nutzung der Kernenergie wird aufgrund § 7 AtG in Verbindung mit Anlage 3 behindert. Dies verbietet einen Betrieb kerntechnischer Anlagen nach 2022 grundsätzlich. Mit diesem auf unwissenschaftlicher und irreführender Basis fußenden Verbot verwehrt sich Deutschland damit selbst die Möglichkeit, in der Forschung, Entwicklung und Produktion eine führende Rolle einzunehmen und die Stromversorgung verlässlich und preiswert zu sichern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. daß deutsche Kernkraftwerke gemäß den Zulassungsbestimmungen und unter Wegfall der Restlaufzeit- und Strommengenbegrenzungen in Betrieb bleiben dürfen sowie eine konventionelle Nutzung zukünftiger Kernenergieanlagen potentiell wieder zu ermöglichen. § 7 AtG in Verbindung mit Anlage 3 wird entsprechend geändert;

2. die gezielte Forschung und Entwicklung moderner, sicherer und reststoffverwertender Kernkraftreaktoren entsprechend einer schnellen Umsetzung ausreichend zu fördern;

3. die Betriebsaufsicht und Genehmigungskompetenz aller kerntechnischen Anlagen gemäß AtG, sofern noch beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit ansässig, auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu übertragen;

4. um die jahrzehntelang gestreuten Falschinformationen und Hysterie zu beenden und über die tatsächlichen Fakten zu potentiellen Gefahrenlagen, Umweltbilanz, Reststoffverwertung, Kosten und Versorgungssicherheit zu informieren z.B. von der Bundeszentrale für politische Bildung Aufklärungskampagnen durchführen zu lassen.

Berlin, den 4. September 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion.

Begründung

Für eine echte sichere, umweltfreundliche, verlässliche und günstige Energieversorgung sind Kernkraftwerke notwendig. Kernkraftwerke der neuesten Generation sind in der Lage, diese Kriterien besser umzusetzen als die instabilen "erneuerbaren" Energien.

Für die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Zukunft ist es notwendig, daß gemäß den Zulassungsbestimmungen und unter Wegfall der Restlaufzeit- und Strommengenbegrenzungen (Abänderung des § 7 AtG in Verbindung mit Anlage 3) die konventionelle Nutzung der Kernenergieanlagen wieder ermöglicht werden.

Die Aufsicht im Bereich Kernenergie allein durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) ist für eine moderne Energiepolitik ungeeignet. Abseits der Emissionen und des Strahlenschutzes sind die Fragen der technischen Sicherheit wie bei anderen Industrieanlagen auch (z.B. TÜV), ebenso bei der Kerntechnik dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) zuzuordnen - ist es doch heute noch federführend im Gebiet der nuklearen Sicherheitsforschung.

Fragen der Energieversorgung sind im BMWi angesiedelt. Deshalb ist es nicht ersichtlich, bei Kernenergie von dieser Systematik abzuweichen. Die Betriebsaufsicht und Genehmigungskompetenz aller kerntechnischen Anlagen gem. AtG, sind deshalb auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu übertragen.

Aufgrund der seit mehreren Jahrzehnten einseitig laufenden Hysterie gegen die Kernenergie ist eine Aufklärungskampagne notwendig, um die Mythen und Halbwahrheiten zu entkräften und alle Aspekte ideologiefrei und im Licht der technologischen Weiterentwicklungen zu betrachten.

1. Sicherheitsfaktoren

Mit Verweis auf Fukushima begründete die Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland mit den "unabsehbaren Restrisiken". Die Ursache der dortigen Havarie war ein Tsunami. Die Standorte der Kernkraftanlagen in Deutschland sind nicht tsunamigefährdet. Eine Einstufung der Standorte in Deutschland als "tsunamigefährdet" muß aufgrund der geologischen Gegebenheiten ausgeschlossen werden. Zudem sind in deutschen Kernkraftwerken jene Sicherheitseinrichtungen installiert, welche in Fukushima fehlten und dort den Störfall verhindert hätten. Der Störfall in Tschernobyl kann auf Grund der dortigen Fehler und fehlenden Sicherheit nicht für eine Beurteilung der Lage in Deutschland herangezogen werden.

Die Reaktortypen der neuesten Generationen berücksichtigen theoretische Gefahren und mögliche Havarien und vermeiden diese konsequent durch ihre Funktionsweise. Störfallrelevante Leistungserhöhungen (Tschernobyl) und die Überhitzung bzw. Zerstörung des Kerns infolge Kühlausfall (Fukushima) sind ausgeschlossen. Moderne und reststoffverwertende Kernkraftanlagen sind sicher und müssen gezielt erforscht und entwickelt werden.

2. Wirtschaftlichkeit und finanzielle Folgen für die Verbraucher

Die sogenannte "Energiewende" hat dazu geführt, daß Deutschland die mit Abstand höchsten Strompreise in der EU zu verzeichnen hat. Seit 2009 sind diese um 35 % gestiegen. In Zahlen bedeutet dies einen Anstieg von circa 20 ct/kWh auf über 31 ct/kWh, für Unternehmen mit einem Jahresstromverbrauch zwischen 20.000 - 70.000 MWh circa 9 ct/kWh - Frankreich und Schweden liegen ein Drittel bis fast die Hälfte darunter. Ein Ende dieser Tendenz ist nicht in Sicht, im Gegenteil: die Strompreise werden noch weiter ansteigen, voraussichtlich auf 32,2 ct/kWh. Im April 2020 wurde der Strompreis bereits gar um 4,4 Prozent gegenüber dem Strompreis des Vorjahres übertroffen.

Die Bundesregierung möchte nun die steigende EEG-Umlage, welche mit 6,756 ct/kWh bereits ein Viertel des Strompreises ausmacht und welche 2021 noch weiter auf den Rekordwert von 8,44 ct/kWh ansteigen wird, mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt bezuschussen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß sich die sogenannte "Energiewende" als teures, unsoziales und dauerhaft unwirtschaftliches Luxusprojekt herausgestellt hat, welches die Bürger unnötig belastet und den Standort Deutschland in Gefahr bringt.

Die Subvention der Kernenergie ist gegenüber der der Energiewende gering. Sie beinhaltet vor allem Forschung und Entwicklung, während die instabilen "Erneuerbaren" auch im

Betrieb noch subventioniert werden müssen.

Darüber hinaus entstehen für diese instabile Stromversorgung Systemumbaukosten, die die Volkswirtschaft nicht mehr tragen kann. Sie alleine werden sich auf mehrere Billionen Euro belaufen- volkswirtschaftliche Einbußen nicht mitgerechnet. Die bisherigen deutschen Kernkraftwerke haben nach ihrer Abschreibung einen Strompreis von etwa 2 ct/kWh ermöglicht und sind ohne weitere Dauersubventionen ausgekommen. Den größten Kostenfaktor machen die Baukosten aus. Ideologiefreie wissenschaftliche Studien zeigen auf, daß Kernenergie selbst im Vergleich zur Kohleenergie günstiger in der Stromerzeugung ist. So liegen die Kosten der - bereits jetzt sehr günstigen - Stromerzeugung durch Kohle bei 4 ct/kWh, jene von Flüssigsalzreaktoren voraussichtlich mit 3 ct/kWh sogar darunter. Kernenergie hat eine hohe Wettbewerbsfähigkeit.

3. Umweltschutz

Kernenergie ist deutlich umweltfreundlicher als die sogenannten "erneuerbaren Energien". Die Landschaftsversiegelung beträgt bei dem Einsatz von Kernenergie nur einen Bruchteil der beanspruchten Fläche (<1 %). Natürliche Lebensräume werden beim Einsatz von Kernenergie nicht wie bei Windindustrieanlagen zerstört.

Sondermüll durch sogenannte "erneuerbare Energien" stellt ein bisher ignoriertes Problem dar. Je massiver der forcierte und ideologiegetriebene Ausbau sogenannter "erneuerbaren Energien" vorangetrieben wird, um so größer wird die Belastung mit Gift- und Sondermüll für, sowie die schädlichen Eingriffe in die Umwelt. In Deutschland werden bis 2050 voraussichtlich circa 4,3 Millionen Tonnen Altmodule von Photovoltaikanlagen anfallen, die giftige und krebserregende Verbindungen enthalten.

Nur eine sachgemäße Entsorgung verhindert die Gefahr einer vollständigen Auswaschung der Gifte, was bei Exporten des Solarmülls weder überwachbar noch zu garantieren ist. So wird die Verseuchung von sensiblen Ökosystemen auch im Ausland billigend in Kauf genommen. Der massive Ausbau von Windindustrieanlagen vergrößert das bisher ungelösten Problems des Sondermülls durch CFK-Rotorblättern.

Tiere, insbesondere Vögel und Insekten, sind durch den Massenbetrieb von Windindustrie- und Photovoltaikanlagen tödlichen Gefahren ausgesetzt. Großflächige Photovoltaikanlagen stellen wie Windindustrieanlagen ebenfalls eine massive Gefahr für Vögel und Insekten dar. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt geht von rund 1.200 Milliarden Fluginsekten pro Jahr aus, die durch Windindustrieanlagen getötet werden. Insbesondere seltene Wasserinsekten verwechseln Photovoltaikanlagen mit Gewässern und verbrennen auf deren Oberfläche.

2019 wurden circa 1.200 Tonnen Insekten durch Windindustrieanlagen vernichtet. Das entspricht mehreren Milliarden Insekten pro Tag. In Deutschland ist der massenhafte Tod durch Rotorblätter bei Vögeln und Fledermäusen ein ernstzunehmendes Problem, welches sich mit dem forcierten Ausbau von Windindustrieanlagen weiter verschärfen wird. 2002 wurden allein in Brandenburg 3.900 tote Vögel gezählt, 10 Prozent der Seeadlerpopulation fielen den Windindustrieanlagen zum Opfer. Durch den seitdem massiv verstärkten Ausbau jener Energieanlagen muß davon ausgegangen werden, daß die Zahl nochmal deutlich gestiegen ist, die Dunkelziffer weitaus höher liegt und die Gefahr stetig wächst. Mit dem Ausbau moderner Kernenergie kann diese Entwicklung gestoppt werden.

Moderne Kernkraftkonzepte beinhalten Lösungen für die Reststoffproblematik. Nukleare Reststoffe werden als Brennstoffe wiederverwertet. Damit reduzieren sich sowohl die Menge als auch Halbwertszeit auf einen Bruchteil. Statt mehreren Hunderttausend Jahren sinkt die Strahlungsintensität auf wenige hundert Jahre.

4. Versorgungssicherheit

Die Wetterabhängigkeit der Windindustrie - und Photovoltaikanlagen führt zu einer stark schwankenden Stromproduktion. Für die Wirtschaft bedeutet dies einen immensen

Unsicherheitsfaktor am Wirtschaftsstandort Deutschland, dessen Attraktivität gleichzeitig durch die steigenden Preisen massiv in Frage gestellt wird. Eine gesicherte Leistung - und damit eine sichere Stromversorgung in Deutschland auf Grundlage von Wind- und Sonnenenergie ohne konventionelle Energiequellen ist rein physikalisch nicht möglich; entsprechende Speichertechnologien existieren nicht, sondern stecken erst in den Kinderschuhen. Wind- und Photovoltaikanlagen haben eine gesicherte Leistung von nur 0 Prozent bis 2 Prozent.

Mit der Abschaltung von 10 GW aus Kernkraftwerken sowie der zusätzlichen Abschaltung von 13 GW aus Kohlekraftwerken wird sich die Kapazität der gesicherten Stromerzeugung von 87 GW auf 67 GW verringern. Dies liegt jedoch deutlich unter der Spitzenlast von 80 GW bis 90 GW. Bereits 2022 sollen aufgrund der ideologisch motivierten Energiepolitik der Bundesregierung 15 bis 20 GW, im Jahr 2030 30 bis 40 GW gesicherte Leistung fehlen.

Mit anderen Worten, eine gesicherte Stromversorgung ist aufgrund der sogenannten "Energiewende" nicht mehr gewährleistet. Da bis 2030 "... im Zuge des Atom- und Kohleausstiegs rund 43 % der gesamten gesicherten Leistung des Jahres 2018 vom Netz ..." gehen, wie die Unternehmensberatung McKinsey in ihrem Energiewende-Index 2019 festgestellt hat, ist die Blackout-Gefahr in Deutschland real.

Fehlender oder überschüssiger Strom muß aufgrund fehlender Speichertechniken mit wirtschaftlichem Verlust ins Ausland verschenkt oder zu negativen Preisen verkauft werden - auf Kosten der deutschen Verbraucher. Auch wird ein Import von Strom aus dem Ausland keine Abhilfe schaffen können, da Flauten oft nicht national, sondern grenzüberschreitend überregional gleichzeitig auftreten - die ambitionierten Ziele, emissionsarmen/-freien Strom zu importieren, würden und werden an den physikalischen Realitäten und Gegebenheiten scheitern, die sich nicht wegdiskutieren lassen. Die nun alternativ vorgeschlagene "flexible Nachfrage" würde de facto nichts anderes als Strompreiserhöhungen bedeuten, wenn Energie bei Dunkelflaute nachgefragt wird, oder gleich Zwangsabschaltung zur Folge haben.

Dies bedeutet, daß nur durch den Import von Strom aus konventionellen Energien, also Kohle und Kernenergie, dem deutschen Markt eine gesicherte Leistung gegeben werden kann. Der Einsatz modernster Kernenergie in Deutschland würde sowohl die Exportabhängigkeit auf ein Minimum beschränken, sie gar beenden und wäre von jeglichen wetterbedingten Schwankungen in der Stromproduktion unberührt. So kann für Deutschland eine gesicherte Leistung im notwendigen Maße wetterunabhängig garantiert, der steigenden Gefahr eines Blackouts begegnet und ohne volkswirtschaftlich schädliche Verrenkungen eine emissionsfreie Energieerzeugung angestrebt werden.

5. Deutschlands Zukunft als High-Tech-Standort für Energietechnologien

Die Energiewende soll laut Bundesregierung "... zum Treiber für Energieeffizienz, Modernisierung, Innovationen ... bei der Strom- und Wärmeversorgung ... machen". Da die instabilen "Erneuerbaren" alte Technologien und nicht wettbewerbsfähig sind, ist nicht ersichtlich, wie die Bundesregierung zu solchen Aussagen kommt.

Das Festhalten an der Energiewende und der Ausstieg aus der Kernenergie werfen Deutschland im Gegenteil technologisch und wirtschaftlich zurück.

Mit der angekündigten Senkung, des Abschmelzens der EEG-Umlage jährlich um 1,5 %, verzeichnete die deutsche Solarbranche einen massiven Rückgang, der in Insolvenzen oder ausländischen Übernahmen zahlreicher Firmen der Solarbranche mündete; dasselbe erwartet die Windkraftbranche. Statt dessen werden Module aus China importiert, da diese qualitativ aufgeholt haben und ihre Beschaffung wirtschaftlicher ist. Deutschland hat als Forschungs-, Innovations- und Produktionsstandort in diesem Feld keine Strahlkraft mehr.

Durch Gängelungen in Form von Gesetzen werden die Verbraucher jedoch gezwungen, diese Energiepolitik mitzutragen, die Entscheidungsfreiheit für das beste Produkt im Sinne der Verbraucher wird massiv beschnitten und eingeschränkt.

Deutschland hat jedoch noch die Möglichkeit, den Abfluß von Know-how im Bereich der High-Tech-Kernforschung entgegenzuwirken: Mit einer echten Energiewende hin zu einer umwelt- und verbraucherfreundlichen Stromerzeugung mit modernster Kernkraft. Deutschland droht jedoch, den Anschluß zu verlieren. Kernenergie wird nicht zufällig von Ländern wie Kanada, China, Frankreich, Finnland, Indien, Japan, Korea, Rußland, Südafrika, Schweden, Großbritannien, den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie den Vereinigten Staaten von Amerika begleitet und aktiv vorangetrieben.

Erste Prototypen befinden sich bereits im Bau. Deutschland hat sich selbst aus diesem Kreis und somit von den Zukunftsprojekten modernster Energieerzeugung und -versorgung ausgeschlossen. Trotzdem: Es nicht zu spät, wieder den Anschluß zu finden. Mit der Abänderung des § 7 AtG in Verbindung mit Anlage 3 würde wieder ein Umfeld für Spitzentechnologieforschung in Deutschland ermöglicht.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages berichtete am 15. September 2020 in ihrem Antrag - Kernkraft für Umweltschutz, Drucksache 19/22435 über das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz (x1.022/...): >>**Der Bundestag wolle beschließen:**

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest: Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 werden von Lobbyisten der Antiatomszene gerne zu Propagandazwecken mißbraucht. Tatsächlich hat nicht die Reaktorhavarie, sondern Erdbeben und Tsunami das zigtausendfache Leid in Japan ausgelöst, doch in linksgrünen Kreisen instrumentalisiert man diese Opferzahlen noch immer, um die eigene Ideologie den Menschen aufzuzwingen.

In diesen Kreisen preist man die "Erneuerbaren Energien" als Heilsbringer für das erfundene Problem des "menschengemachten Klimawandels" und stellt in Aussicht, daß man durch Windräder und Solarpaneele eine Industrienation am Laufen halten kann. Die großen Probleme der "Erneuerbaren", allen voran ihre hoffnungslose Ineffizienz mit den damit verbundenen enormen Kosten und dem hohen Landschaftsverbrauch sowie ihre Abhängigkeit von der Zufälligkeit des Wetters würde man schon durch geeignete Erfindungen in den Griff bekommen - geeignete Stromspeicher werde es bald geben.

Die "Erneuerbaren" müßten nur eine geeignete Anschubfinanzierung erhalten, schon würden sie zum "Selbstläufer". Kernenergie sei dagegen "böse", weil angeblich hochgefährlich und umweltschädlich. So wurde auf deren Druck vor 20 Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geschaffen und fast gleichzeitig der Atomausstieg beschlossen.

Nach 20 Jahren EEG sind die "Erneuerbaren" trotz exorbitanter Subventionen immer noch unbezahlbar. Wind- und Solaranlagen verursachen unter Berücksichtigung der Dauersubventionen Strompreise, die weit über denen von Kernenergie liegen: eine Megawattstunde Offshore-Windstrom und Photovoltaik kostet 100 bis 220 Euro. Dazu kommen die gern ignorierten Folgekosten für die großflächige Zerstörung der Umwelt und für den Rückbau.

Die einst von Umweltminister Trittin versprochene "Kugel Eis pro Monat" kostet heute bereits über 200 Euro. Kernenergie war im Vergleich dazu schon immer spottbillig: die weltweiten gewichteten Durchschnittskosten für eine Megawattstunde Strom aus Kernenergie lagen 2018 bei umgerechnet 60 Euro.

Die günstigsten Stromgestehungskosten liegen bei rund 35 Euro pro Megawattstunde. Und all dies trotz der massiven populistischen Angriffe und Fehlinformationen in den linksgrün dominierten Medien und der dadurch in Europa zunehmenden Projektschwierigkeiten. "Erneuerbare" produzieren nicht den billigsten, sondern den am Ende teuersten Strom.

Mit 10 Kilogramm CO₂-Äquivalente pro Megawattstunde hat die Kernenergie den niedrigsten CO₂-Fußabdruck aller Stromerzeugungstechniken, und zwar inklusive Uranförderung und Anreicherung. Die Uranförderung findet dabei ausschließlich in OECD-Staaten wie Kanada nach modernsten technischen Umweltstandards ... statt, ganz im Gegensatz zum ewigen linksgrünen Mythos eines angeblich "mensenrechtsverachtenden Uranbergbaus".

Weder Wind- noch Solarkraftwerke lassen sich in irgendeiner Form dem Bedarf anpassen,

wenn es keine Speichertechniken gibt. Doch auch hier ist man in 20 Jahren keinen Schritt weitergekommen. Daher muß der gesamte fossil-nukleare Kraftwerkspark bereitstehen, falls mal eine Dunkelflaute eintritt. Somit konnte bisher kein einziges fossiles oder nukleares Kraftwerk eingespart werden. Nur weil Kernkraftwerke sich so gut und schnell regeln lassen, kam es durch die "Erneuerbaren" noch nicht zum Blackout.

Die "Erneuerbaren" könnten ohne den fossil-nuklearen Kraftwerkspark überhaupt nicht existieren. Obwohl die "Erneuerbaren" sogar Vorrang bei der Einspeisung genießen, wurde von ihren fanatischen Anhängern die Mär von den "verstopften Netzen durch fossil-nuklearen Strom" erfunden. Früher reichte an den Knotenpunkten des Stromnetzes ein Nachtwächter, heute ist der sogenannte Redispatch dank der "Erneuerbaren" ein eigener Personal- und Kostenfaktor geworden.

Um die Kernkraft zu diskreditieren werden Nebensächlichkeiten zu Riesenproblemen aufgeblasen, z.B. daß Kernkraftwerke wegen Überhitzung der Flüsse gedrosselt werden müssen. Das passiert zwar sporadisch (ebenso bei Kohle- und Gaskraftwerken), spielt aber für die Kosten und Stabilität der Stromerzeugung praktisch keine Rolle und erledigt sich spätestens mit dem Einsatz eines Kühlturms. Mit der Wetterabhängigkeit der "Erneuerbaren" ist das überhaupt nicht zu vergleichen.

Schließlich sind die "Erneuerbaren" eine Technik der Vergangenheit, nicht der Zukunft. Windenergie, in Europa schon vor fast tausend Jahren genutzt, hatte seine Blütezeit vor 200 Jahren und wurde wegen der Effizienzsteigerung der Wärmekraftmaschinen durch fossile Energie abgelöst, was wesentlich zum heutigen Wohlstand geführt hat.

Bei der Energiegewinnung durch die Spaltung von Atomkernen mit millionenfach höherer Energiedichte stehen wir hingegen weltweit erst am Anfang. Wirklich zivile Nuklearkonzepte wie der Flüssigsalzreaktor wurden nie ernsthaft ausprobiert, obwohl ihre Machbarkeit längst erwiesen ist. Eine Entwicklung hat seit den 1970er Jahren nie stattgefunden, nicht zuletzt weil man das Geld lieber in Wolkenkuckucksheim-Visionen wie die "Erneuerbaren" steckte.

Durch lautstarke Randgruppen mit hoher medialer Präsenz wurde der politische Druck so stark, daß vielversprechende Neuentwicklungen wie der Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop oder der Schnelle Brüter in Kalkar vorzeitig beendet wurden. So konnten diese zukunftsweisenden Ideen nie zu Ende entwickelt werden und viele blieben bis heute "Papierreaktoren".

Deutschland leistet ineffizienten und volatilen Techniken der Stromerzeugung Vorschub, indem die Bürger durch Gesetze wie dem EEG gezwungen werden, die Destabilisierung des eigenen Stromnetzes zu finanzieren, ohne davon einen Nutzen zu haben. Zu nennenswerten CO₂-Einsparungen haben all diese Ausgaben, die sich bis 2025 auf fast eine halbe Billion Euro belaufen werden, seit 20 Jahren praktisch nicht beigetragen. Die Botschaft an alle Länder sollte sein: Finger weg von den "Erneuerbaren!".

Wer die Umwelt schützen will, muß auf Kerntechnik setzen. Nur so lassen sich steigender Strombedarf mit weltweitem Bevölkerungswachstum und einem effizienten Umweltschutz in Einklang bringen. Ein Kernkraftwerk benötigt weniger als ein Hundertstel der Fläche eines Wind- oder Solarparks, Uran- und Zulieferungsindustrie inklusive. Dies allein stellt bereits den größten Umweltschutz und gleichzeitig die beste Kosteneffizienz dar. Frankreich macht es vor:

Blühende unverspargelte Naturlandschaften bei 72 Prozent Nuklearstrom und halben Strompreisen. Jetzt gilt es, den EEG-Lobbyisten die Stirn zu bieten, die aufgebauten Hürden für die Kernenergie abzuräumen, den Menschen klarzumachen, daß umweltfreundliche und bezahlbare Stromspeicher ein Märchen sind und anderen Ländern zu zeigen, wie moderne Kerntechnik noch mehr Wohlstand und intakte Umwelt schafft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

eine Renaissance der Kernenergie mit allen zur Verfügung stehenden guten Argumenten zu

unterstützen und mit aller Kraft die europäischen und weltweiten Initiativen zum Ausbau der Kernenergie und der Entwicklung moderner Kerntechnik, z.B. basierend auf Flüssigbrennstoff, zum Wohle der Menschheit voranzubringen. Dazu soll auch die EU-Ratspräsidentschaft genutzt werden.

Berlin, den 5. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 15. September 2020 folgenden Antrag - Erzeugung von Wasserstoff - Wohlstand und Umweltschutz - Synthetische Betriebs- und Treibstoffe mit Nuklearenergie der Generation IV. Drucksache 19/22446 (x1.045/...):

>>**Der Bundestag wolle beschließen:**

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluß auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen.
2. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.
3. Es gibt mitnichten einen "wissenschaftlichen Konsens" in der "Klimadebatte", auch wenn dies in Medien, Politik und politisch bezahlter "Forschung" immer behauptet wird. Seriöse Forschung sieht den Einfluß des menschengemachten CO₂ als nachrangig an.
4. Die von der Bundesregierung verfolgte "Energiewende" und "Klimaschutzpolitik" hat in den letzten 20 Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
5. Auch nach 20 Jahren Förderung kann der sogenannte "erneuerbare Strom" nicht wettbewerbsfähig produziert werden.
6. CO-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse.
7. Die politische Zielsetzung Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand, wirkt auf die Gesellschaft bei der gegenwärtigen Strategie in gefährlicher Weise destabilisierend und schädigt die Umwelt.
8. Die Erzeugung von Wasserstoff steht nur stellvertretend für eine breite Palette "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe, die Produkte aus Erdöl und Erdgas ersetzen könnten.
9. Der Ersatz von Produkten aus Erdöl und Erdgas mit "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen ist kein Selbstzweck, sondern dient der langfristigen, strategischen Verfügbarkeit und muß sich an wettbewerbsfähigen Kosten orientieren.
10. Ineffiziente Energieumwandlung bleibt ineffizient auch wenn man weitere Prozesse der Energieumwandlung ergänzt, die physikalischen Gesetze lassen sich nicht umgehen.
11. Die Speicherung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) in Form von Wasserstoff oder anderen "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen ist nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume (trockeneres und wärmeres Regionalklima durch Windenergie, Insektensterben, Vogelschlag und Monokulturen) verbunden beziehungsweise steht in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion. Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch "erneuerbare" Energien wird auf diese Weise noch potenziert.
12. Die Verwendung von Biomasse zur Herstellung von sogenannten "Bio-Kraftstoffen" wirft zusätzlich ethische Fragen auf, da hier immer Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelherstellung entsteht, ausgenommen Biomasse aus Abfall- und Reststoffen, welche dem Wirtschaftskreislauf entstammen und keine weitere Verwendung finden.
13. Die Energiebereitstellung durch fossile und nukleare Energie mit ihren hohen Leistungsdichten ist zehn- bis 100-mal effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) und ihr Fußabdruck in der Umwelt ist daher deutlich geringer.
14. Die großtechnische Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen als Ersatz

für Produkte aus Erdöl oder Erdgas setzt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Quelle voraus.

15. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren der Generation IV können eine Hochtemperatur-Quelle für die großtechnische Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen bereitstellen.

16. Mit einer nuklearen Hochtemperatur-Quelle können aus verschiedensten Ausgangsstoffen (Kohle, Abfall, Luft, Wasser) unterschiedlichste Betriebs- und Treibstoffe (Ammoniak, Kerosin, Raketentreibstoff) hergestellt werden. Die wesentlichen Verfahren zur Herstellung "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe sind seit fast 100 Jahren bekannt und wissenschaftlich erforscht.

17. Die Herstellung von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen hat ohne Kernenergie keinen Sinn.

18. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.

19. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Herstellung "synthetischer" Betriebs- und Kraftstoffe (z.B. Wasserstoff) durch Nutzung der Kernenergie, insbesondere mit Hilfe von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Reaktoren der Generation IV, als geeignete Strategie zur langfristigen, strategischen Verfügbarkeit anzuerkennen und dieser Strategie Priorität einzuräumen,

2. die Forschung auf diesem Gebiet umfassend national und international zu fördern,

3. die Genehmigung derartiger Anlagen unter Beachtung vernunftgeleiteter Umwelt- und Sicherheitsauflagen konstruktiv zu begleiten und investitionssicher zu gestalten und

4. eine Änderung für das Atomgesetz (AtG) vorzulegen, mit der Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Zweck der Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Kernreaktoren der Generation IV zu ermöglichen (insbesondere die §§ 1, 7 und 9 AtG).

Berlin, den 10. September 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Ein nennenswerter Einfluß von CO₂ auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der "UN-Weltklimarat" IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001(1), (2): "In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, daß es sich dabei um ein gekoppeltes, nichtlineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich."

Tatsächlich wohnt Prognosen der klimatischen Entwicklung, die über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinausgreifen, nach wie vor keinerlei Vorhersagekraft mehr inne. Die Klimaforschung behilft sich daher mit Szenarien, die zwar plausibel und in sich widerspruchsfrei sind, denen aber aufgrund ihrer Konstruktion keine Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können.

Allein der unvermeidbare statistische Fehler bei der Bestimmung des Langwellenstrahlungseffekts der Wolkenbildung in Standard-Klimamodellen ist über hundertmal größer als der Effekt, der nach diesen Modellen vom CO₂ verursacht sein soll. Im Gegenteil - das Klima kann und muß nicht vor hohen CO₂-gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen.

Auch der vielzitierte wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel gilt nur insofern, als eine Mehrheit der Klimawissenschaftler der Meinung ist, daß der Klimawandel real und

zumindest teilweise vom Menschen verursacht sei. Über das Tempo des Klimawandels gibt es nach wie vor eine Kontroverse, ebenso über die Aussagekraft von Klimamodellen über die Höhe des menschlichen Anteils am Klimawandel, über die direkten und indirekten Einflüsse der Sonne und der Wolkenbildung, über den Wärmeaustausch zwischen Atmosphäre und Ozeanen und über die CO₂-Bindekraft von Pflanzen.

Auch Art und Ausmaß der Auswirkungen des Klimawandels auf unseren Planeten oder konkrete Wege zu seiner Bewältigung sind von einem weltweiten Konsens unter allen Experten nicht umfaßt.

Das IPCC kam 2014 zu der Schlußfolgerung, daß mit einer weiteren Erwärmung eine globale Zunahme von Hitzewellen und mit regionalen Unterschieden auch ein häufigeres Auftreten extremer Niederschläge wahrscheinlich seien, jedoch keine solche Aussage in Bezug auf Orkane, Tornados, Überflutungen und Dürren getroffen werden könne. Indes verursachen ausgerechnet Hitze und starke Niederschläge als Extremwetterereignisse die verhältnismäßig geringsten Schäden. Zudem nehmen klimainduzierte Todesfälle seit Jahrzehnten dramatisch ab. Die Anzahl der Toten durch Stürme, Dürren, Überflutungen, Erdbeben, Lauffeuer und extreme Temperaturen ist in den letzten 90 Jahren um 95 Prozent zurückgegangen.

Und das, obwohl sich im gleichen Zeitraum die Weltbevölkerung mehr als verdreifacht hat. Ursache des Rückgangs der Opferzahlen sind technologischer Fortschritt und steigender Wohlstand. Menschen sind immer besser in der Lage, Extremwetter vorherzusehen, sich vorzubereiten, die Versorgung sicherzustellen, geeignete Notfallmaßnahmen durchzuführen und sich somit auch physisch rechtzeitig vor klimatischen Gefahren zu schützen. Der Klimawandel ist in dieser Hinsicht bislang jedenfalls nach Ansicht der Antragssteller kein relevantes Problem für die Menschheit.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Teil der Klimaschutz- und Energiepolitik befördert ineffiziente, instabile Energieerzeugung wie Photovoltaik und Windenergie und belastet die Bürger gleich mehrfach - über den Aufschlag im Strompreis, aus denen die Zwangsumlagen bezahlt werden, durch Verlagerung bzw. Schließung wertschöpfender Betriebe aus Deutschland und durch ein erhöhtes Risiko eines flächendeckenden Stromausfalls (Blackout), bedingt durch die wetterabhängige Stromerzeugung aus Wind und Sonne.

Die Klimaschutzpolitik und das Erneuerbare-Energien-Gesetz belasten die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über einer halben Billion Euro, über 500 Milliarden, in den letzten Jahren waren das allein für erhobene Zwangsumlagen 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein mustergültiges Beispiel gescheiterter, fehlgeleiteter, ideologisch verblendeter Wirtschaftspolitik.

Nach 20 Jahren und mehreren hundert Milliarden Euro Zwangsumlagen ist es nicht gelungen, Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten "erneuerbaren" Energien wettbewerbsfähig zu machen, die immer noch ausgezahlten Zwangsumlagen und deren jährliche Steigerungen sprechen für sich. Aber anstatt diese Geld- und Wohlstandsvernichtung zu beenden, wird von der Bundesregierung die zuverlässige und wettbewerbsfähige Erzeugung von Elektrizität entweder verboten - nukleare Brennstoffe - oder stark eingeschränkt - fossile Brennstoffe.

CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Der Treibhausgas-Emissionshandel hat die deutsche Wirtschaft seit 2012 mehr als 7 Milliarden Euro gekostet. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz wird Unternehmen und Bürger bis 2023 mit knapp 20 Milliarden Euro belasten. Die Abschaffung des Treibhausgas-Emissionshandels und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes würde Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben. Die politische Zielsetzung Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand und wirkt auf die Gesellschaft in gefährlicher Weise destabilisierend.

Die Bundesregierung propagiert seit neuestem, daß die Herstellung von Wasserstoff die bestehenden Probleme der "Energiewende" und des Klimaschutzes auflösen soll. Die Herstellung von Wasserstoff ist nicht neu, ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde aus Kohle und Wasser "Stadtgas" oder "Kokereigas" hergestellt, das zur Hälfte aus Wasserstoff bestand. Dieses Gas wurde zur Beleuchtung, zum Kochen und zur Warmwasserbereitung verwendet.

Heute wird Wasserstoff aus Erdgas bzw. leichten Erdölfraktionen (Dampfreformierung) hergestellt und beispielsweise in Raffinerien bei der Aufspaltung von schweren Erdölfraktionen (Cracken) eingesetzt. In der chemischen Industrie entsteht Wasserstoff u.a. bei der Herstellung von Laugen (Chloralkali-Elektrolyse) und wird z.B. bei der Herstellung von Stickstoffdünger (Haber-Bosch-Verfahren) eingesetzt. Es gibt also heute schon in der Industrie vielfältige Anwendungen und Verfahren in denen Wasserstoff erzeugt und verwendet wird.

Sollen Erdgas und Erdölprodukte ersetzt werden, kann Wasserstoff auch aus der Aufspaltung von Wasser (Wasserelektrolyse) mit elektrischer Energie und/oder thermischer Energie hergestellt werden. Je höher die Temperatur der Elektrolyse-reaktion gewählt wird, desto höher ist der Anteil der thermischen Energie, somit geringer der Anteil der notwendigen elektrischen Energie und entsprechend effizienter ist die Herstellung von Wasserstoff.

Heute gibt noch keine Anlagen im industriellen Maßstab, es fehlt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Quelle. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren der Generation IV könnten eine solche Hochtemperatur-Quelle für die großtechnische Produktion von Wasserstoff darstellen.

Diese Reaktoren sind herausragend sicher auslegbar und zusammen mit der Fähigkeit, Nuklearbrennstoff vollständig verwerten und damit langlebige Rückstände praktisch völlig vermeiden zu können, besonders umweltfreundlich. Sie stoßen keine relevanten Mengen an Schadstoffen aus. Wasserstoff hat rein technisch das Potential, über die heute vorhandenen Anwendungen in der chemischen Industrie hinaus bei industriellen Prozessen fossile Energieträger zu ersetzen, z.B. in der Metallurgie (Stahlherstellung), in der chemischen Industrie, bei der Baustoffproduktion (Zementherstellung) oder in der Glasherstellung und -verarbeitung, wirtschaftlich erschließbar ist dies heute noch nicht.

Sollen Erdgas und Erdölprodukte nicht nur in der Industrie, sondern auch in anderen Sektoren der Volkswirtschaft, Verkehr, private Haushalte, ersetzt werden, ist Wasserstoff für die direkte Anwendung als Energieträger, z.B. als Fahrzeugkraftstoff, weniger geeignet. Wasserstoff ist ein extrem flüchtiges Gas und nur sehr aufwendig zu speichern.

Andere Stoffe wie Ammoniak (NH_3) hingegen sind technisch einfacher zu handhaben und stellen deutlich geringere Anforderungen an die Speicherung als Wasserstoff. Ammoniak ist bereits bei niedrigem Druck flüssig (~ 10 bar bei 20°C), während Wasserstoff entweder gasförmig mit sehr hohem Druck (> 350 bar bis 800 bar bei 20°C) oder flüssig sehr aufwendig tiefgekühlt ($< -240^\circ\text{C}$ bei 13 bar) gespeichert werden muß.

Ammoniak bietet als Energieträger für den Verkehr und die privaten Haushalte ein viel größeres Potential. Ammoniak ist als Grundstoff für die chemische Industrie heute bereits eines der am meisten produzierten Chemieprodukte. Es wird heute fast ausschließlich aus Erdgas und atmosphärischem Stickstoff über das Haber-Bosch-Verfahren hergestellt.

Zukünftig könnte Ammoniak, ohne Erdgas, z.B. über das "Solid State Ammonia Synthesis" (SSAS)-Verfahren aus Wasser und atmosphärischem Stickstoff mit elektrischer und thermischer Energie aus einem Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktor der Generation IV hergestellt werden. Die Kombination aus SSAS-Verfahren mit einem Kernreaktor der Generation IV hat das Potential, selbst gegenüber Erdgas und Erdölprodukten bei niedrigen Marktpreisen (< 50 \$/bbl.) Ammoniak noch wirtschaftlich herstellen zu können.

Diesel- und Ottomotoren lassen sich mit überschaubarem Aufwand auch mit Ammoniak

betreiben. Betankung, Tank, Treibstoffzuleitung, Gemischbildung, Zündzeitpunkt und Verdichtung müßten angepaßt werden entsprechend etwa dem Aufwand für den Betrieb mit Flüssiggas (LPG). Ammoniak bietet eine Lösung, Erdgas und Erdölprodukte zu ersetzen, für den gesamten Straßenverkehr, motorgetriebenen Schienenverkehr, Binnen- und Küstenschiffahrt und Kleinflugzeuge. Große Hochseeschiffe können effizienter und wirtschaftlicher direkt nuklear angetrieben werden.

Für Flugzeuge mit Gasturbinen könnte aufgrund der höheren Energiedichte im Vergleich zu Ammoniak über die Wasserelektrolyse und das Haber-Bosch-Verfahren hergestelltes "synthetisches" Kerosin Verwendung finden. Als Raketentreibstoff für zivile und militärische Zwecke könnten langkettige Silane ($\text{Si}_x\text{H}_{2x+2}$ mit $x \geq 6$) verwendet werden. Der Ersatz von Produkten aus Erdöl und Erdgas mit "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen ist kein Selbstzweck, sondern dient der langfristigen, strategischen Verfügbarkeit und muß sich an wettbewerbsfähigen Preisen orientieren.

Ineffiziente Energieumwandlung bleibt ineffizient auch wenn man weitere Prozesse der Energieumwandlung ergänzt, die physikalischen Gesetze lassen sich nicht umgehen. Die Speicherung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) als Wasserstoff oder anderen "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen ist nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume verbunden.

Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch "erneuerbare" Energien wird dadurch noch potenziert. Die Verwendung von Biomasse zur Herstellung von sogenannten "Bio-Kraftstoffen" wirft zusätzlich ethische Fragen auf, da hier immer eine Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelherstellung entsteht, ausgenommen Biomasse aus Abfall- und Reststoffen, welche dem Wirtschaftskreislauf entstammen und keine weitere Verwendung finden.

Energiepolitik gegen die Physik ist von Beginn an zum Scheitern verurteilt, deutlich wird dies durch den Erntefaktor (EROI), dem Verhältnis der Summe aller Nutzenergie, die über die Lebensdauer erzeugt wird, mit der Summe aller Energie, die für Bau, Betrieb und Rückbau sowie Förderung und Transport von Brennstoffen und verbrauchsgerechter Energiebereitstellung (Speicher) benötigt wird. Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten "erneuerbaren" Energien haben einen Erntefaktor (EROI) unter 10, Photovoltaik unter 2, Biomasse (Mais) und Wind unter 4, lediglich Wasserkraft kommt auf einen wettbewerbsfähigen Erntefaktor von 35.

Die Erntefaktoren von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus fossilen Brennstoffen liegen zwischen 28 (Erdgas) und 30 (Kohle), Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus nuklearen Brennstoffen erreichen Erntefaktoren über 75. Während die technischen und wirtschaftlichen Potentiale bei den sogenannten "erneuerbaren" Energien und bei fossilen Energien nahezu ausgeschöpft sind, ist das Entwicklungspotential bei Kernenergie gerade einmal gestreift, physikalisch sind Erntefaktoren von 2.000 und mehr möglich. Energieumwandlung mit fossiler und nuklearer Energie ist zehn- bis einhundertmal effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais).

Mit einer nuklearen Hochtemperatur-Quelle können aus verschiedensten Ausgangsstoffen (Kohle, Abfall, Luft, Wasser) unterschiedlichste Betriebs- und Treibstoffe (Wasserstoff, Ammoniak, Kerosin, Raketentreibstoff) hergestellt werden. Die wesentlichen Verfahren zur Herstellung "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe sind seit fast hundert Jahren bekannt und wissenschaftlich erforscht.

Die Herstellung von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen macht ohne Kernenergie keinen Sinn. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.

Eine in Deutschland ansässige, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Industrie würde globale Absatzmöglichkeiten und Betätigungsfelder erschließen sowie die Unabhängigkeit auf dem wichtigen Gebiet der Energieversorgung und damit insgesamt die strategische Position Deutschlands allgemein stärken. Die Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet wurde und wird bislang in Deutschland gar nicht bzw. in völlig unzureichender Weise vorgenommen, was im Lichte der Chancen und Möglichkeiten völlig unverständlich ist.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 15. September 2020 folgenden Antrag - Wohlstand und Natur dauerhaft bewahren und ausbauen - Kostengünstige Energie als Grundpfeiler für fortwährendes Wachstum und nachhaltigen Umweltschutz. Drucksache 19/22449 (x1.046/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Wirtschaftlicher Wohlstand, Bildung und ein starkes Sozialsystem gehen mit der Bewahrung unserer natürlichen Umgebung Hand in Hand - ohne materielle Wohlfahrt ist kein Umwelt- und Naturschutz denkbar, wie die unterschiedlich industriell entwickelten Länder in der Welt zeigen.
2. Deutschland verfügt zudem über für die Lebensqualität sehr geschätzte, einzigartige, in Naturräume eingebettete und natürlich intakte Kulturlandschaften, zum Beispiel Wald- und Forstgebiete mit ihrer Artenvielfalt und ihrer Regulationsfähigkeit in Bezug auf das lokale Klima, welche es unbedingt zu erhalten gilt.
3. Moderne, hocheffiziente Technologien wie eine effiziente konventionelle Landwirtschaft, Kernenergie und Schlüsselbereiche der Industrie (IT, Nanotechnologie, additive Fertigungsverfahren usw.) sind der Schlüssel, um den Flächenverbrauch und den Eingriff in Ökosysteme minimal zu halten - Effizienz und Naturschutz schließen sich gerade nicht aus, sie gehören zusammen.
4. Automatisierte, effiziente Prozesse steigern die Wirtschaftskraft und ermöglichen gleichermaßen hohe Sozial- wie Umweltstandards, bedingen aber einen hohen Energieverbrauch.
5. Eine effektive Kreislaufwirtschaft, insbesondere durch Recycling, reduziert Schadstoffemissionen sowie Abfallströme und vermindert die Abhängigkeit von Rohstoffquellen - die Wiederverwertung mit ihrem signifikanten Energieverbrauch wird sich nur mit kostengünstiger Energie durchsetzen.
6. Die direkten und indirekten Bereitstellungskosten für Energie, inklusive Subventionen und der Mitigation (Abschwächung) unerwünschter Auswirkungen für die Gesellschaft und die Umwelt, sollten daher höchstens so hoch wie jene heutiger thermischer Großkraftwerke sein - verglichen damit sind diese bei den Umgebungsenergien in nachfragegerecht bereitgestellter Form stets teils erheblich höher.
7. Kostengünstige Energie, neben Technik und effizienten Prozeßketten, ist folglich eine zwingende Voraussetzung für eine leistungsstarke, freiheitliche Volkswirtschaft bei gleichzeitig hohem Umweltschutz.
8. Die von der Bundesregierung verfolgte "Energiewende" und "Klimaschutzpolitik" hat im Gegensatz dazu in den letzten 20 Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
9. Auch nach 20 Jahren Förderung kann der sogenannte erneuerbare Strom aus Umgebungsenergien nicht wettbewerbsfähig produziert werden - eine "Klimakrise", welche als Grund stets genannt wird, existiert nicht, da es keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluß auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen gibt.
10. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.
11. Es gibt mitnichten einen "wissenschaftlichen Konsens" in der "Klimadebatte", auch wenn dies in Medien, Politik und politisch bezahlter "Forschung" immer behauptet wird. Seriöse Forschung sieht den Einfluß des menschengemachten CO₂ als nachrangig an.

12. CO₂-Emissionen sind somit kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse - restriktiv und regulativ angelegte Abkommen wie der CO₂-Emissionshandel oder der "Green Deal" der EU schaden daher nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Umwelt.
13. Ineffiziente Energieumwandlung, wie etwa durch Umgebungsenergien, bleibt ineffizient, auch wenn man weitere Prozesse der Energieumwandlung ergänzt, die physikalischen Gesetze lassen sich nicht umgehen.
14. Neben der eigentlichen Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung durch die "Erneuerbaren" ist die Speicherung dieser Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) in Form von Wasserstoff oder anderen "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume (trockeneres und wärmeres Regionalklima durch Windenergie, Insektensterben, Vogelschlag und Monokulturen) verbunden beziehungsweise steht sie in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion. Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch "erneuerbare" Energien wird auf diese Weise noch potenziert.
15. Die politische Zielsetzung, Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ auf diese Weise "frei" zu machen, vernichtet somit Wohlstand, wirkt auf die Gesellschaft bei der gegenwärtigen Strategie in gefährlicher Weise destabilisierend und schädigt die Umwelt.
16. Eine Anpassung an den Klimawandel allgemein, welcher vom natürlichen Anteil dominiert wird, ist nicht nur erheblich wirksamer ergo zielführender, sondern auch mit substantiell weniger Aufwand verbunden.
17. Die Energiebereitstellung durch fossile und nukleare Energie (inklusive der Kernfusion) mit ihren hohen Leistungsdichten ist zehn- bis 100-mal effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) und ihr Fußabdruck in der Umwelt ist daher deutlich geringer.
18. Die Erzeugung von Wasserstoff steht nur stellvertretend für eine breite Palette "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe, die Produkte aus Erdöl und Erdgas ersetzen könnten.
19. Der Ersatz von Produkten aus Erdöl und Erdgas mit "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen ist kein Selbstzweck, sondern dient der langfristigen, strategischen Verfügbarkeit und muß sich an wettbewerbsfähigen Preisen orientieren.
20. Die Energieerzeugung allgemein inklusive der großtechnischen Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen als Ersatz für Produkte aus Erdöl oder Erdgas setzt daher eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare, Hochtemperaturquelle hoher Leistungsdichte voraus - ohne Kernenergie hat dies keinen Sinn.
21. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren der Generation IV können als Hochtemperaturquelle Elektrizität mit hohem Wirkungsgrad und Prozeßwärme für die großtechnische Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen zu marktfähigen Preisen bereitstellen.
22. Reaktoren der Generation IV, insbesondere Flüssigbrennstoffreaktoren, könnten den Brennstoffkreislauf schließen und dadurch den Bedarf an geologischen Endlagerkapazitäten nahezu vermeiden - sie eignen sich sehr gut für die Partitionierung und Transmutation (P&T, PuT), siehe auch Bundestagsdrucksache 19/17127.
23. Vielversprechende Kernfusionstechnologien wie etwa Fusoren (Inertial Electrostatic Confinement, IEC), Trägheitsfusion, katalysierte Fusion und Collider sind abseits zum aktuell im Fokus stehenden Tokamak oder Stellarator nur mit geringen Forschungskapazitäten bedacht.
24. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.
25. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch

menschliches Unverständnis begründet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die "Klimaschutz-Politik" einzustellen, alle diesbezüglichen Ausgaben und Förderungen zu streichen und statt dessen verstärkt den Fokus auf Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu legen sowie falsifizierbare, ergebnisoffene Forschung auf diesem Gebiet zu unterstützen,
2. sämtliche Maßnahmen zur Bepreisung oder sonst wie erzwungenen Reduktion von CO₂-Emissionen in die Atmosphäre (unter anderem Emissionshandel, "Green Deal", Brennstoffemissionshandelsgesetz oder Zwangsquoten für den Absatz CO₂-emissionsfrei bereitgestellter Produkte beziehungsweise Dienstleistungen) unter Berücksichtigung der Gewährleistung des Vertrauensschutzes abzuschaffen beziehungsweise zu unterlassen und entsprechende Vereinbarungen aufzukündigen,
3. alle Subventionen für die umweltschädlichen sogenannten erneuerbaren Energien sowie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) unter Berücksichtigung der Gewährleistung des Vertrauensschutzes für bestehende Anlagen im Übrigen schnellstmöglich vollständig und ersatzlos abzuschaffen,
4. sicherzustellen, daß alle Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien, die neu oder erneut in Betrieb genommen werden, wie jede andere entsprechende Industrieanlage in Deutschland, insbesondere mit Blick auf Rückbauauflagen und das "n-1-Kriterium" bezüglich der Netzstabilität, eingestuft und behandelt werden und auf keinen Fall eine Bevorzugung oder Begünstigung bei der Betriebsgenehmigung erhalten,
5. sich für Recyclingtechnologien derart einzusetzen, daß diese freiwillig im Markt durch Verfügbarkeit kostengünstiger Energie wahrgenommen werden,
6. auf eine nachhaltig günstige Energiebereitstellung, langfristig, soweit möglich, sogar unterhalb des Kostenniveaus heutiger Großanlagen (gerechnet ohne CO₂-Bepreisung), hinzuwirken,
7. die Laufzeitbeschränkungen und Strommengeneinspeisebegrenzung, auch, soweit möglich, bestehender Kernkraftwerke, durch entsprechende Abänderung des Atomgesetzes (AtG) aufzuheben,
8. sich für die Ansiedelung beziehungsweise den verstärkten Ausbau hocheffizienter, zukunftsfruchtiger, wirtschaftlich attraktiver und wirklich umweltschonender Schlüsselbereiche, insbesondere der Quanteninformationstechnologie, der Nanotechnologie, additiver Fertigungstechnologien, der Kernenergie und vermehrt der Forschung auf dem Gebiet der Mikrobiologie sowie Genetik zu engagieren,
9. sich technologieoffen für alle Formen effektiver und umweltschonender Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung, insbesondere weiteren Kernfusionstechnologien neben Tokamak und Stellarator, in Forschung und Entwicklung einzusetzen,
10. national und international sich für einen Ausbau der umweltfreundlichen und effizienten Kerntechnik, insbesondere der Reaktoren der Generation IV und der Kernfusion, einzusetzen,
11. die Herstellung "synthetischer" Betriebs- und Kraftstoffe (z.B. von Wasserstoff) durch Nutzung der Kernenergie (inklusive der Kernfusion), insbesondere mit Hilfe von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Reaktoren der Generation IV, als geeignete Strategie zur langfristigen, strategischen Verfügbarkeit anzuerkennen und dieser Strategie Priorität einzuräumen,
12. die Forschung auf diesem Gebiet umfassend national und international zu fördern,
13. die Genehmigung derartiger Anlagen unter Beachtung vernunftgeleiteter Umwelt- und Sicherheitsauflagen konstruktiv zu begleiten und investitionssicher zu gestalten,
14. die Partitionierung und Transmutation (PuT) als gleichermaßen geeignete und wirksame, alternative, mindestens ergänzende Strategie zur direkten Endlagerung für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe einzustufen und anzuerkennen sowie

15. eine Änderung des Atomgesetzes (AtG) vorzulegen, mit der Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Zweck der Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Flüssiggas-Hochtemperatur-Kernreaktoren der Generation IV zu ermöglichen (insbesondere §§ 1, 7 und 9 AtG).

Berlin, den 10. September 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Umwelt- und Naturschutz wird nach Wahrnehmung der Antragssteller stets als Zielkonflikt zur Industrialisierung und Durchdringung mit Technik angesehen. Dabei zeigen gerade die industriell wenig entwickelten Länder, daß gerade dort das Umweltschutzniveau deutlich geringer ist - etwa höhere Schadstoffemissionen in Wasser und Luft und eine verstärkte Jagd nach geschützten Wildtierarten oder der großskalige Abbau von Lithium für die Batterie-elektromobilität.

Eine hohe Inanspruchnahme von Land läßt sich nur wegen der teils geringeren Bevölkerungsdichte nicht beobachten, oft werden aber wegen fehlender effizienter Landwirtschaftskonzepte und aufgrund des hohen Bedarfs an Biomasse als Brennstoff weiträumig Wälder gerodet und so Naturräume zerstört.

Das Gegenteil ist in Gebieten wie Mitteleuropa, Nordamerika oder auch in Ostasien (z.B. Japan und Südkorea) trotz der eher höheren Bevölkerungsdichte zu beobachten - hier ist die Luft- und Wasserqualität überwiegend hoch, es wird verstärkt, wenn auch nicht vollständig geschlossen, Kreislaufwirtschaft betrieben und es existieren intakte Naturräume und Kulturlandschaften.

In Fachkreisen wird diese Feststellung und steigender Wohlstand mit der Zunahme des Energieumsatzes sowie der Nutzung effizienter Energietechnik zumindest korreliert - Effizienz gemeinsam mit Energieumsatz einerseits und Umweltschutz andererseits schließen sich gerade eben nicht aus, sondern gehören zusammen.

Nach Auffassung der Antragssteller ist das plausibel, steht dies doch stellvertretend für eine hohe Verfügbarkeit von Ressourcen, welche eine größere Hinwendung zu Umweltschutzfragen bei gleichzeitig hohem materiellen Wohlstand in der Grundversorgung erlaubt - in den wenig industriell entwickelten Ländern hingegen geht es verständlicherweise oft primär um die substantielle Existenz oder gar um Leib und Leben.

Daraus schließen die Antragssteller aber auch, daß diese oben genannten, für eine wohlhabende Gesellschaft mit hohen Naturschutzstandards bewährten Grundlagen erhalten und idealerweise ausgebaut werden sollten.

Dieser Ansatz wird nach Auffassung der Antragssteller in Deutschland jedoch immer weiter konterkariert, gar in das Gegenteil verkehrt. So werden den Naturraum raubende, flächenintensive und ineffiziente Umgebungsenergien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert oder Regulierungen wie das Brennstoffemissionshandelsgesetz eingeführt und damit die Wirtschaftskraft geschwächt, um ein vorgeblich existenzbedrohendes Problem, den Klimawandel, welcher fast ausschließlich durch menschliche Aktivitäten in Zusammenhang mit CO₂-Emissionen verursacht sei, zu beheben.

Ein nennenswerter Einfluß von CO₂ auf das Klima der Erde ist jedoch weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der "UN-Weltklimarat" IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001: "In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, daß es sich dabei um ein gekoppeltes, nicht-lineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich."

Tatsächlich wohnt Prognosen der klimatischen Entwicklung, die über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinausgreifen, nach wie vor keinerlei Vorhersagekraft mehr inne. Die Klimaforschung behilft sich daher mit Szenarien, die zwar plausibel und in sich widerspruchsfrei sind, denen aber aufgrund ihrer Konstruktion keine Eintrittswahrscheinlichkeiten

zugeordnet werden können.

Allein der unvermeidbare statistische Fehler bei der Bestimmung des Langwellenstrahlungseffekts der Wolkenbildung in Standard-Klimamodellen ist über hundertmal größer als der Effekt, der nach diesen Modellen vom CO₂ verursacht sein soll. Im Gegenteil - das Klima kann und muß nicht vor hohen CO₂-Gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen.

Auch der vielzitierte wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel gilt nur insofern, als eine Mehrheit der Klimawissenschaftler der Meinung ist, daß der Klimawandel real und zumindest teilweise vom Menschen verursacht sei. Über das Tempo des Klimawandels gibt es nach wie vor eine Kontroverse, ebenso über die Aussagekraft von Klimamodellen, über die Höhe des menschlichen Anteils am Klimawandel, über die direkten und indirekten Einflüsse der Sonne und der Wolkenbildung, über den Wärmeaustausch zwischen Atmosphäre und Ozeanen und über die CO₂-Bindekraft von Pflanzen.

Auch Art und Ausmaß der Auswirkungen des überwiegend natürlich bedingten Klimawandels auf unseren Planeten oder konkrete Wege zu seiner Bewältigung sind von einem weltweiten Konsens unter allen Experten nicht umfaßt.

Das IPCC kam 2014 zu der Schlußfolgerung, daß mit einer weiteren Erwärmung eine globale Zunahme von Hitzewellen und mit regionalen Unterschieden auch ein häufigeres Auftreten extremer Niederschläge wahrscheinlich seien, jedoch keine solche Aussage in Bezug auf Orkane, Tornados, Überflutungen und Dürren getroffen werden könne. Indes verursachen ausgerechnet Hitze und starke Niederschläge als Extremwetterereignisse die verhältnismäßig geringsten Schäden. Zudem nehmen klimainduzierte Todesfälle seit Jahrzehnten dramatisch ab.

Die Anzahl der Toten durch Stürme, Dürren, Überflutungen, Erdbeben, Lauffeuer und extreme Temperaturen ist in den letzten 90 Jahren um 95 Prozent zurückgegangen. Und das, obwohl sich im gleichen Zeitraum die Weltbevölkerung mehr als verdreifacht hat. Ursache des Rückgangs der Opferzahlen sind technologischer Fortschritt und steigender Wohlstand. Menschen sind immer besser in der Lage, Extremwetter vorherzusehen, sich vorzubereiten, die Versorgung sicherzustellen, geeignete Notfallmaßnahmen durchzuführen und sich somit auch physisch rechtzeitig vor klimatischen Gefahren zu schützen. Der Klimawandel ist in dieser Hinsicht bislang jedenfalls nach Ansicht der Antragssteller kein relevantes Problem für die Menschheit.

Die "Klimaschutzpolitik" und das Erneuerbare-Energien-Gesetz belasten die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über einer halben Billion Euro, über 500 Milliarden, in den letzten Jahren waren das allein für erhobene Zwangsumlagen 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich. Am "Green Deal" der EU mit seinem Umfang von etwa 1 Billion Euro wird Deutschland sehr wahrscheinlich mit den höchsten Beiträgen beteiligt sein. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein mustergültiges Beispiel gescheiterter, fehlgeleiteter, ideologisch verblendeter Wirtschaftspolitik.

Nach 20 Jahren und mehreren hundert Milliarden Euro Zwangsumlagen ist es nicht gelungen, Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten "erneuerbaren" Energien wettbewerbsfähig zu machen, die immer noch ausgezahlten Zwangsumlagen und deren jährliche Steigerungen sprechen für sich. Aber anstatt diese Geld- und Wohlstandsvernichtung zu beenden, wird von der Bundesregierung die zuverlässige und wettbewerbsfähige Erzeugung von Elektrizität entweder verboten - nukleare Brennstoffe - oder stark eingeschränkt - fossile Brennstoffe.

CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Der Treibhausgas-Emissionshandel hat die deutsche Wirtschaft seit 2012 mehr als 7 Milliarden Euro gekostet. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz wird Unternehmen und Bürger bis 2023 mit knapp 20 Milliarden Euro belasten. Die Abschaffung des Treibhausgas-

Emissionshandels und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes würde Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Teil der "Klimaschutzpolitik" befördert eine ineffiziente, instabile Energieerzeugung durch Photovoltaik und Windenergie und belastet die Bürger gleich mehrfach - über den Aufschlag im Strompreis, aus denen die Zwangsumlagen bezahlt werden, durch Verlagerung bzw. Schließung wertschöpfender Betriebe aus Deutschland und durch ein erhöhtes Risiko eines flächendeckenden Stromausfalls (Blackout), bedingt durch die wetterabhängige Stromerzeugung aus Wind und Sonne. Die politische Zielsetzung, Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand und wirkt auf die Gesellschaft in gefährlicher Weise destabilisierend.

Die Bundesregierung schlägt aktuell vor, daß die Herstellung von Wasserstoff die bestehenden Probleme der "Energiewende" und des sogenannten "Klimaschutzes" auflösen soll. Es gibt heute schon in der Industrie vielfältige Anwendungen und Verfahren in denen Wasserstoff erzeugt und verwendet wird (Dampfreformierung, Cracking in Raffinerien, Ammoniaksynthese). Wasserstoff hat das Potential, in der Industrie fossile Energieträger zu ersetzen, ist aber im Mobilitätsbereich eher ungeeignet.

Die Erzeugung von Wasserstoff steht nach Wahrnehmung der Antragssteller nur stellvertretend für eine breite Palette "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe, die Produkte aus Erdöl und Erdgas ersetzen könnten - etwa synthetisches Erdgas, Benzin oder Diesel und Ammoniak. Sollen Erdgas und Erdölprodukte ersetzt werden, können Wasserstoff sowie synthetische Treibstoffe auch aus der Aufspaltung von Wasser (Wasserelektrolyse) mit elektrischer Energie und/oder thermischer Energie beziehungsweise mittels prozeßchemischer Verfahren hergestellt werden.

Je höher die Temperatur der Elektrolysereaktion oder des prozeßchemischen Verfahrens, also je höher der Anteil der thermischen Energie desto geringer der Anteil elektrischer Energie beziehungsweise desto höher der Prozeßwirkungsgrad.

Kernreaktoren stellen eine weltweit anerkannt umweltfreundliche und wirtschaftliche Quelle zur Erzeugung von Energie dar. Insbesondere Reaktoren der Generation IV, vor allem Flüssigbrennstoffreaktoren, können durch ihre hohe Betriebstemperatur besonders vielseitig und ökonomisch effizient Wärme und Strom bereitstellen. Diese Reaktoren sind herausragend sicher auslegbar und zusammen mit der Fähigkeit, durch den Schluß des Brennstoffkreislaufs Nuklearbrennstoff vollständig verwerten und damit langlebige Rückstände praktisch völlig vermeiden zu können, besonders umweltfreundlich.

Sie stoßen keine relevanten Mengen an Schadstoffen aus. Aufgrund der großen Vorkommen und der hohen Brennstoffausnutzung in Schnellspaltreaktoren sowie des sehr geringen Ressourcenverbrauchs für die Bereitstellung und Unterhaltung der entsprechenden Infrastruktur ist eine nach menschlichen Maßstäben nachhaltige Erzeugung von Energie und Wasserstoff beziehungsweise synthetischen Kraft- und Betriebsstoffen möglich.

Die Speicherung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) hingegen als Wasserstoff oder die Erzeugung "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe mit eben diesen ist nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume verbunden. Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch "erneuerbare" Energien wird dadurch noch potenziert.

Die Verwendung von Biomasse zur Herstellung von sogenannten "Bio-Kraftstoffen" wirft zusätzlich ethische Fragen auf, da hier immer Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelherstellung entsteht, ausgenommen Biomasse aus Abfall- und Reststoffen, welche dem Wirtschaftskreislauf entstammen und keine weitere Verwendung finden. Energieumwandlung mit fossiler und nuklearer Energie ist zehn- bis einhundertmal effizienter als die Nutzung von

Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse, etwa Mais, mit entsprechend deutlich geringerer Flächenintensität und Einwirkung auf die Artenvielfalt.

Die großtechnische Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen als Ersatz für Produkte aus Erdöl oder Erdgas setzt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Quelle, wie Kernkraftwerke der Generation IV oder später möglicherweise auch Kernfusionsreaktoren voraus.

Technologieoffenheit würde an dieser Stelle aber bedeuten, die Bemühungen - Forschungsinvestitionen, nicht Subventionen - in diesem Gebiet, insbesondere auch alternativ zu Konzepten des magnetischen Plasmaeinschlusses (Stellarator oder Tokamak), zu verstärken, um auch hier zu genügend kostengünstigen Lösungen, etwa für die Erzeugung von Wasserstoff, zu gelangen. Fusoren, welche nach dem Prinzip des elektrostatischen Trägheitseinschlusses (IEC) arbeiten, stehen zwar am Anfang der Entwicklung, erlauben aber eine prinzipiell wesentlich effektivere Nutzung der Kernfusion, welche eine sehr wirtschaftliche Energiebereitstellung in allen Sektoren bewirken könnte.

Die Forschungsinitiativen sind jedoch fast ausschließlich auf einige kleinere Arbeitsgruppen beschränkt, was stellvertretend für eine sehr bescheidene Finanzierung im Vergleich zu den Aufwendungen für z.B. ITER (Tokamak-Prinzip) steht - in derartige Zukunftstechnologien sollte dringend verstärkt investiert werden.

Kostengünstige Energie ist nach Meinung der Antragssteller der Schlüssel zu Verfahren, die zudem auch andere Substanzen, etwa Kunststoffe, aus Reststoffen herstellen oder die Wiederverwertung von Baustoffen bewerkstelligen können. So würde wettbewerbsfähiges Recycling gelingen. Ein Zwang durch höhere Abgaben oder Verbote durch das Verpackungsgesetz beantwortet keine Rohstoff- und Schadstoffemissionsfragen.

Weitere Technologien, wie etwa additive Verfahren, die Nanotechnologie oder Erkenntnisse in der Mikrobiologie oder etwa auf dem Gebiet der Bioökonomie, würden zu Effizienzsteigerungen in der Fertigung und im Materialverbrauch führen beziehungsweise eine leistungsfähige, umweltverträgliche Landwirtschaft ermöglichen. Nur auf diese Weise könnten bei begrenzter Fläche materielle Voraussetzungen für Wohlstand für alle Menschen bei gleichzeitiger Beibehaltung natürlicher Umgebungen geschaffen werden.

Eine in Deutschland ansässige, weltweit marktwirtschaftlich konkurrenzfähige Industrie in all diesen relevanten Zukunftsbereichen würde weltweite Absatzmöglichkeiten und Betätigungsfelder erschließen sowie die Unabhängigkeit auf dem wichtigen Gebiet der Energieversorgung und damit insgesamt die strategische Position Deutschlands allgemein stärken. Die Forschung und Entwicklung auf diesem Feld wurde und wird in Deutschland gar nicht bzw. in völlig unzureichender Weise vorgenommen, was im Lichte der Chancen und Möglichkeiten völlig unverständlich ist.

Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar. Gründe für Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sehen die Antragssteller ausschließlich im menschlichen Unverständnis.<<

2. Wie sind Politiker eines demokratischen Rechtsstaates wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie zweifelsfrei gegen geltendes Recht verstoßen haben?

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 24. Februar 2021 folgenden Antrag - Forschung zu Kernreaktoren der IV. Generation vorantreiben - Energieversorgung in Deutschland sichern. Drucksache 19/26898 (x1.041/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch den Ausstieg aus der Kernenergie, der 2011 nach der Fukushima-Havarie beschleunigt

wurde, wird nun mit dem Ende der Kohleverstromung die letzte verlässliche Option für die Energieversorgung der deutschen Bevölkerung und Wirtschaft beseitigt.

Unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit führt die Abkehr von nuklearen und fossilen Brennstoffen und die Hinwendung zu rein regenerativen Energien das Land in eine ungewisse energiepolitische Zukunft.

Erneuerbare Energien wie Sonnen-, Wind- und Wasserkraft erscheinen auf den ersten Blick als sinnvolle Alternative zu den üblichen Verfahren der Stromerzeugung. Bei näherer Betrachtung allerdings wird deutlich, daß es sich hier um eine massive Fehleinschätzung handelt: Sowohl Windkraft als auch Sonnenenergie sind durch naturgemäße Schwankungen der Wetterlage und Jahreszeit nicht grundlastfähig, Biomasse und Geothermie als Energielieferanten höchst ineffizient.

Daher ist es fraglich, wie ein zu 100 Prozent auf regenerativen Energien basierendes Stromnetz verlässlich funktionieren soll, wenn die letzten konventionellen Kraftwerke abgeschaltet sind. Der einzige technisch denkbare Ausweg - ein umfangreicher Einsatz von gigantischen Speichern - scheidet aus ökonomischen und ökologischen Gründen aus.

Eine vielversprechende Alternative zu den bekannten Energiegewinnungsverfahren bieten Flüssigkern- bzw. Flüssigbrennstoffkonzepte. Bereits erprobt ist das Konzept des Flüssigsalzreaktors (Molten Salt Reactor - MSR), das den konventionellen Reaktoren in vielen Aspekten überlegen ist.

Dabei spielen vor allem auch Schnellspaltreaktoren (z.B. Molten Salt Fast Reactor - MSFR) eine übergeordnete Rolle, da sie als relevante Systeme mit Potential für Partitionierung (Abtrennung langlebiger, radioaktiver Substanzen) und Transmutation (Umwandlung in kurzlebige, weniger gefährliche Isotope) im Beseitigungsprozeß von endzulagerndem radioaktivem Material erwogen werden. Bereits vorhandener Atommüll kann als Brennstoff für Varianten mit schnellen Neutronen (MSFR) eingesetzt und so praktisch vollständig entschärft werden.

Anders als bei herkömmlichen Kraftwerken ist eine Gefahr durch Explosion und Überhitzung stark reduziert, im Nuklearteil sogar praktisch auszuschließen. Die Flüssigbrennstoffreaktor-Konzepte erlauben die kontinuierliche Entnahme der entstehenden Spaltprodukte während des Betriebs, so daß der Anteil des radioaktiven Materials, der bei Stör- und Unfällen freigesetzt werden kann, erheblich verringert wird.

Bezogen auf den Energieausstoß entstehen vergleichsweise sehr kleine Mengen an radioaktivem Abfall mit einer verhältnismäßig kurzen Lebensdauer. Als Energielieferant dient u.a. das Brutmaterial Thorium, das in Form eines flüssigen Brennstoffes bei regelmäßiger Reinigung von Spaltprodukten effektiv nutzbar ist und zwecks Wärmeabfuhr im Flüssigsalzreaktor zirkuliert. In der Natur hat Thorium ein etwa dreimal häufigeres Vorkommen als Uran. Auch das ist ein Vorteil der Flüssigbrennstoffreaktoren.

Für ein funktionierendes Stromnetz muß zu jeder Zeit die gleiche Menge Strom bereitgestellt werden, die auch verbraucht wird, so daß sich die Netzfrequenz (in Deutschland 50 Hertz) in einem relativ stabilen Rahmen bewegt. Der Toleranzbereich liegt zwischen 49,99 und 50,01 Hertz. Bei Frequenzen ober- oder unterhalb dieses Bereiches muß unmittelbar mehr Strom in das Netz ein- bzw. ausgespeist werden, um einen flächendeckenden Stromausfall mit weitreichenden Folgen für Bevölkerung und Wirtschaft zu verhindern.

Bereits 2018 warnte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) vor einem Leistungsdefizit ab dem Jahr 2023, da bei fortschreitender Energiewende nicht mehr genügend konventionelle Kraftwerke einen plötzlichen Ausfall volatiler Energien ausgleichen könnten.

Daß Deutschland massive Versorgungsengpässe ab Mitte des kommenden Jahrzehntes bevorstehen, wurde gleichermaßen durch Modellrechnungen der McKinsey-Experten bestätigt: Die Stilllegungen von Kohle- und Atomkraft führten in den kommenden zehn Jahren zu einem Verlust von 43 Prozent der gesamten gesicherten Leistung des Jahres 2018. Zur Kompensati-

on müßten daher u.a. neue flexible Kraftwerke errichtet oder vorhandene Kraftwerke als Reserve erhalten werden.

Um eine unabhängige, zuverlässige und sichere Energieversorgung Deutschlands langfristig zu gewährleisten, sind weitere Bemühungen im Bereich der Forschung zu Kernreaktoren der IV. Generation (MSR; MSFR) beziehungsweise zu technisch verwandten Designs (vgl. Thomas James Dolan, Molten Salt Reactors and Thorium Energy - 2017) und deren Einsatz als kommerzielle Möglichkeit zur Energiegewinnung zwingend erforderlich. Deutschland darf als Hochindustrieland den Anschluß an Länder wie die USA oder China, die längst auf diese neue Technik setzen, nicht verlieren.

Im "Generation IV International Forum (GIF)", das die Reaktoren neuen Typs erforschen will, haben sich Argentinien, Brasilien, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Japan, Kanada, Südafrika, Südkorea und die USA zusammengeschlossen. Mittlerweile sind auch die Schweiz, Rußland, China und Australien mit dabei. Deutschland ist nur indirekt als Teil der Europäischen Atomgemeinschaft vertreten, die ebenfalls Mitglied des GIF ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. dem "Generation IV International Forum (GIF)" beizutreten und den Bau eines Demonstrationsreaktors mit einer Flüssigbrennstofftechnologie wie dem MSR voranzutreiben, um so die Möglichkeit zu schaffen, den Einsatz von Thorium unter realen Bedingungen im Dauerbetrieb zu testen;

2. ein entsprechendes Forschungsprogramm zu Thorium-Flüssigbrennstoffreaktoren zu initiieren, das grundlegende Fragestellungen zu folgenden Punkten im praktischen Betrieb untersucht: a. Sicherheitsaspekte zu Flüssigbrennstofftechnologien (u.a. Proliferationsaspekte);

b. Untersuchung geeigneter Strukturmaterialien für den Reaktor und Materialuntersuchung zur Korrosionsbeständigkeit des Reaktors;

c. Untersuchungen zu einer geeigneten Salzzusammensetzung sowie physikalischen und chemischen Eigenschaften der Salzschnmelze oder anderer als Flüssigbrennstoff geeigneter Stoffe;

d. Entwicklung und Validierung von Computermodellen zur Thermohydraulik, Neutronik und weiterer wichtiger Prozesse, die umfassende probabilistische Sicherheitsanalysen von Flüssigbrennstoffsystemen erlauben und somit die inhärente passive Sicherheit numerisch belegen;

e. effektive Nutzung des Brennstoffes;

f. Reduzierung von endzulagerndem radioaktivem Material (z.B. MSFR).

Berlin, den 18. November 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 19. Mai 2021 folgenden Antrag - Synthetische Kraftstoffe als CO2-frei einstufen - Weg für einen freien Kraftstoffmarkt öffnen. Drucksache 19/29777 (x1.044/...): >>>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die von der Bundesregierung verfolgte "Energiewende" und "Klimaschutzpolitik" hat in den letzten 20 Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.

2. Auch nach 20 Jahren Förderung ist die Stromerzeugung aus Wind, Sonne und Biomasse im Vergleich zur Stromerzeugung aus Kohle, Erdgas, Erdöl oder nuklearer Energie nicht wettbewerbsfähig.

3. Ineffiziente Energieumwandlung bleibt ineffizient auch wenn man weitere Prozesse der Energieumwandlung ergänzt; die physikalischen Gesetze lassen sich nicht umgehen.

4. Die Speicherung von Umgebungsenergien aus Wind, Sonne und Biomasse (z.B. Mais) in Form von chemischer Energie ("E-Fuels") ist nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume (trockeneres und wärmeres Regionalklima durch Wind-Industrieanlagen, Insektensterben, Vogelschlag und Monokulturen) verbunden beziehungs-

weise steht in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion. Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch diese "erneuerbare Energien" wird auf diese Weise noch potenziert.

5. Synthetische Kraftstoffe ("SynFuels") im Sinne dieses Antrags sind Kraftstoffe, die durch Nutzung von Wind, Photovoltaik, Biomasse oder Kernenergie hergestellt werden und Kraftstoffe aus Erdöl und Erdgas ersetzen könnten.

6. Der mögliche Ersatz von Kraftstoffen aus Erdöl und Erdgas durch synthetische Kraftstoffe ist kein Selbstzweck, sondern dient der langfristigen, strategischen Verfügbarkeit und muß sich an wettbewerbsfähigen Kosten orientieren.

7. Die großtechnische Produktion von synthetischen Kraftstoffen als denkbaren Ersatz für Kraftstoffe aus Erdöl oder Erdgas setzt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Energiequelle voraus.

8. Auch eine umfassende Umstellung der Mobilität auf Elektrofahrzeuge würde eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Stromversorgung erfordern, zusätzlich noch milliardenschwere Investitionen in Ladeinfrastruktur und Stromversorgung.

9. Mit einer kostengünstigen Hochtemperatur-Quelle können aus verschiedensten Ausgangsstoffen (Abfall, Luft, Wasser) unterschiedlichste Betriebs- und Kraftstoffe (Ammoniak, Benzin, Diesel, Kerosin, Raketentreibstoff) hergestellt werden.

10. Es gibt keinen nennenswerten technischen Grund, die Herstellung und Nutzung synthetischer Kraftstoffe zu verbieten oder zu beschränken und in gesetzlichen Vorschriften (u.a. TEHG, BEHG, BImSchV, Treibhausgasminderungsquote und EU-Regelungen) zu benachteiligen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Zehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen - 10. BImSchV) mit Stand vom 13. Dezember 2019 zu novellieren, einen Absatz zu ergänzen und zuzulassen, daß synthetische Kraftstoffe gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen gegenüber dem Letztverbraucher in den Verkehr gebracht werden, soweit ihre wesentlichen Eigenschaften (z.B. Cetanzahl, Dichte, Flammpunkt, Viskosität) den Anforderungen der DIN EN 228 (Benzin) oder der DIN EN 590 (Diesel) genügen oder als Kraftstoff nach der DIN EN 15940 zugelassen sind,

2. in den entsprechenden Gesetzen und Verordnungen, den Regelungen des Treibhausgasemissionshandels, Brennstoffemissionshandels, der Treibhausgasminderungsquote, den Flottenemissionsvorgaben für Fahrzeughersteller sowie auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, synthetische Kraftstoffe als CO₂-frei bzw. CO₂-neutral einzustufen,

3. die Herstellung synthetischer Kraftstoffe durch Nutzung der Kernenergie, insbesondere mit Hilfe von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Reaktoren, als geeignete Strategie zur langfristigen, strategischen Verfügbarkeit anzuerkennen und dieser Strategie Priorität einzuräumen.

Berlin, den 14. Mai 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die Politik der Europäischen Union und der Bundesrepublik verfolgt seit Jahren das Ziel den Verbrennungsmotor durch Elektrofahrzeuge zu ersetzen. So schreibt das Bundeswirtschaftsministerium: "Die Zukunft der Mobilität ist elektrisch. Elektromobilität ist ein wichtiges Element einer klimagerechten Energie- und Verkehrspolitik. Im Rahmen des "Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität" erwartet die Bundesregierung, Deutschland bis 2022 als Leitmarkt mit mindestens einer Million Elektrofahrzeugen zu etablieren."

So sicher sich die politischen Akteure in Brüssel und Berlin auch sind, so unsicher sieht die Realität aus. Welche Antriebstechnologie sich auf mittel- bis langfristig durchsetzen wird, steht noch lange nicht fest. Neben Diesel, Benzin, Wasserstoff bzw. Strom ist großen Teilen der Öffentlichkeit noch immer nicht bekannt, daß es noch eine andere CO₂-freie Antriebsart

gibt: synthetische Kraftstoffe.

Synthetische Kraftstoffe haben entscheidende Vorteile: einerseits kann die bisherige Tankstelleninfrastruktur genutzt werden, andererseits würde der bisherige Bestand an Verbrennungsmotoren noch auf Jahre auf unseren Straßen fahren können. Denn sobald synthetische Kraftstoffe innerhalb der Normen für Diesel und Benzin in den Markt gebracht werden, können sie auch von konventionellen Verbrennungsmotoren als Kraftstoff eingesetzt werden. Mobilität mit Elektrofahrzeugen hingegen bedeutet einen radikalen Bruch und erfordert milliarden-schwere Investitionen in Ladeinfrastruktur und Stromversorgung.

Eine umweltfeindliche, nicht nachhaltige massenweise Entwertung völlig intakter Fahrzeuge geschieht nebenher infolge Verteuerungen und Nutzungseinschränkungen durch irrationale Grenzwertverschärfungen für Verbrennungsmotoren. Zusätzlich benötigt Elektromobilität in der geplanten Form horrend Subventionen. Somit wird individuelle Mobilität ein Luxusgut für hohe Einkommen und für den Durchschnittsverdiener eine finanzielle Herausforderung.

Die bisherige Haltung der Europäischen Union und der Bundesregierung zu synthetischen Kraftstoffen ist ablehnend. Zwar sieht die Bundesregierung prinzipiell in den Bereichen Luft- und Seeverkehr den Einsatz von synthetischen Kraftstoffen als sinnvoll an, räumt jedoch bei anderen Verkehrsträgern der Elektrifizierung den Vorrang ein. Zum jetzigen Zeitpunkt ist lediglich die Beimischung von synthetischen Kraftstoffen erlaubt. Obwohl im Personenverkehr der motorisierte Individualverkehr mit knapp 80 Prozent noch auf Jahre überwiegen wird, gibt es keine politische Bereitschaft, auf synthetische Kraftstoffe umzusteigen, oder zumindest eine Chancengleichheit mit Elektromobilität zu gewährleisten.

Oftmals wird das Argument angeführt, daß die Herstellung von synthetischen Kraftstoffen nicht wirtschaftlich wäre. Gleichzeitig hofft man bei Elektromobilität auf technologische Fortschritte bei der (Zwischen-)Speicherung von Strom, Innovationen bei Ladeprozessen von Batterien und allgemein auf Fortschritte in der Batterieforschung. Technologie- und Skaleneffekte sind bereits von der Regierung eingepreist und werden nicht weiter hinterfragt. Das Prinzip Hoffnung reicht der Bundesregierung, um sich einseitig auf die Elektromobilität zu konzentrieren. Bei synthetischen Kraftstoffen geht man genau umgekehrt vor. Es wird mit zweierlei Maß gemessen.

Inwiefern das Kostenargument in Zukunft eine Rolle spielen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Je nachdem woher die Energie zur Produktion bezogen würde, könnten synthetische Kraftstoffe noch günstiger werden - solche aus Kernkraftwerken würde zu weiteren Kostenreduzierungen führen, bei Nutzung nuklearer Prozeßwärme wäre sogar Marktparität mit Mineralölprodukten denkbar. Die großtechnische Produktion von synthetischen Kraftstoffen als Ersatz für Kraftstoffe aus Erdöl oder Erdgas setzt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Energiequelle, eine umfassende Umstellung der Mobilität auf Elektrofahrzeuge zusätzlich noch milliarden-schwere Investitionen in Ladeinfrastruktur und Stromversorgung voraus.

Zudem ist die Speicherung von Energie in synthetischen Kraftstoffen deutlich energie- und ressourceneffizienter als die Speicherung in Akkumulatoren (Batterien). Daher sind die Argumente, die derzeit gegen synthetische Kraftstoffe sprechen, nicht nachvollziehbar und im direkten Vergleich mit der Elektromobilität inkonsistent. Jedoch kann sich unsere Industrie die Ignoranz der Bundesregierung bei synthetischen Kraftstoffen nicht weiter leisten, denn speziell im Schwerverkehr wird sich keine wirtschaftlich auch nur einigermaßen durchführbare Alternative zum Verbrennungsmotor mittel- bis langfristig durchsetzen können.

Gerade der auf Langstrecken ausgelegte Schwerverkehr wäre mit der aktuellen Generation an Batterien nicht mehr überlebensfähig und würde entlang der gesamten Lieferkette massive Preissteigerungen nach sich ziehen. Speziell eine Exportnation wie Deutschland ist enorm auf günstige Kosten bezüglich Transporte und Transaktionen in unsere europäischen Nachbarländer angewiesen. Ohne die rechtliche Anerkennung von synthetischen Kraftstoffen als Rein-

Kraftstoff wird es für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren technisch äußerst schwierig, die geplanten Grenzwerte einzuhalten, denn die politische Drehschraube wird immer enger gezogen.

Hintergrund: Verstärkt werden die einseitigen Maßnahmen der Bundesregierung durch die Verteuerung von Verbrennungsmotoren seitens der Europäischen Union. So sinken jährlich die erlaubten CO₂-Flottenemissionswerte der PKW. Im Zuge des sogenannten "European Green Deal" dürften weitere Verschärfungen für CO₂-Flottenemissionswerte im Sommer 2021 verabschiedet werden, die Automobilherstellern de facto die gewinnbringende Herstellung von Verbrennern verunmöglicht.

Daneben werden Kraftstoffanbieter verpflichtet, die CO₂-Emissionen bei Benzinern und Dieselfahrzeugen schrittweise um 22 Prozent bis 2030 zu senken. Mit der neuen Treibhausgas-minderungsquote (THG-Quote) soll der Anteil sogenannter "erneuerbarer Energien" bis 2030 auf 28 Prozent erhöht werden. Damit folgt die Regierung einer europäischen Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus diesen volatilen Quellen (RED-II). Gleichzeitig wird der direkte Einsatz von elektrischer Energie in Elektroautos mit einer dreifachen Anrechnung innerhalb der Treibhausgas-minderungsquote gefördert.

Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie; öl- und kohlebasierte Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch viele Jahrzehnte zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 9. Juni 2021 folgenden Antrag - Blackout begegnen - Notstromversorgung sicherstellen, Drucksache 19/30404 - (x1.019/...):

>>**Der Bundestag wolle beschließen:**

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest: Die von der Bundesregierung eingeleitete und vom Deutschen Bundestag mehrheitlich beschlossene sogenannte Energiewende sowie einschneidende Maßnahmen in anderen Sektoren (bspw. Verkehr und Industrie) sehen die Beseitigung des durch Deutschland verursachten CO₂-Ausstoßes bis zum Jahre 2045 vor.

Damit verbunden ist der geplante Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022 und aus der Kohleverstromung bis 2038. Der gesamte in Deutschland erzeugte und verbrauchte Strom sollte ursprünglich vor 2050, inzwischen aber bereits im Jahr 2045, CO₂-frei sein. Die sogenannte Energiewende läßt selbst bei angenommener Dringlichkeit einer Reduzierung der CO₂-Emissionen keinen Nutzen erkennen. Unabhängig davon hat sie bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu Rekordhöhen der Strompreise bei gleichzeitiger Destabilisierung des Stromnetzes geführt.

Da sie trotz dieser Faktenlage Teil der politischen Agenda der Bundesregierung bleibt, sollten zumindest - wie in diesem Antrag gefordert - Vorkehrungen zur Abmilderung der Folgen eines Blackouts getroffen werden. Um die bisherigen und künftigen ökonomischen und ökologischen Schäden abzuwenden, müsste die Energiewende in Gänze unmittelbar beendet werden, wie in den Anträgen 19/10626, 19/9963, 19/14069 gefordert.

Deutschland sieht sich im Zusammenhang mit der sogenannten Energiewende schon heute und künftig verstärkt einem steigenden Bedarf an Elektroenergie bei gleichzeitiger Verringerung seiner eigenen Elektroenergieerzeugung durch die Abschaltung grundlastfähiger Kraftwerke gegenüber.

In gleichem Maße wächst die Gefahr eines flächendeckenden Zusammenbruchs des Stromnetzes (Blackouts). Die mit der sogenannten Energiewende verbundenen offensichtlichen Gefahren für die Volkswirtschaft und die privaten Haushalte - mithin für Deutschland insgesamt - werden von Bundesregierung und Medien dennoch heruntergespielt.

Demgegenüber hielten die Verfasser des Grünbuchs die mittelbare und unmittelbare Eintrittswahrscheinlichkeit des Szenarios "Stromausfall" in Deutschland schon 2008 für hoch.

Der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages legte 2011 einen entsprechenden Bericht vor, nach dem der Staat in einer solchen Situation "der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger ... nicht mehr gerecht werden" kann.

Selbst auf europäischer Ebene gab es kritische Auslastungszustände des Stromnetzes, welche bei einem weiteren Wegfall von Kraftwerkskapazitäten großflächige Stromausfälle bewirkt hätten. Hieraus und aus der vorgenannten Problematik einer nicht mehr leistbaren Schutzpflicht des Staates bei einem Blackout folgt unmittelbar, daß jedes Land zwingend in der Lage sein muß, einer solchen Situation mit eigenen Mitteln begegnen zu können.

Nach Einschätzung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) können langandauernde Stromausfälle nicht verhindert werden. Deshalb "sollte sich jeder Haushalt so vorbereiten, daß er einige Tage ohne Hilfe von außen auskommt ...". Die Notstromversorgung ist in Deutschland in Regie des Bundes bzw. der Bundesländer und Kommunen lediglich für Kritische Infrastrukturen und zum Teil detailliert für Krankenhäuser geregelt. Allerdings wird dabei die Fähigkeit einer Versorgung mit Notstrom von 24 bzw. 72 Stunden postuliert.

Angesichts der durch die sogenannte Energiewende zu erwartenden Unterversorgung mit Strom und der gleichzeitig vagen Notstromversorgung ist diese Mindestabsicherung in Zukunft nicht mehr ausreichend. Sie sollte auf mindestens vierzehn Tage erhöht werden. Entsprechende Regelungen sind in der Musterbauordnung (MBO) vorzusehen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), das bei der Gestaltung der sogenannten Energiewende die Federführung innehat, weist bei der Koordinierung des Prozesses erhebliche Versäumnisse auf.

Der Bundesrechnungshof sieht daher reale Gefahren für die Versorgungssicherheit, denen die Bundesregierung entgegenwirken müsse. Dennoch wurden durch sie bewährte Sicherheits- und Vorsorgestrukturen abgeschafft, wie die 1951 vom bundesdeutschen Innenminister Heinemann ins Leben gerufene Sicherheitskonferenz durch seinen Nachfolger im Amte de Maizière im Jahr 2015.

Je mehr die sogenannte Energiewende voranschreitet (bspw. Umstellung auf elektro-energie- bzw. batteriebetriebene Geräte, Fahrzeuge etc., energieintensive Digitalisierung), desto höher wird die Wahrscheinlichkeit und desto gravierender werden die Folgen eines Blackouts sein. Die in einschlägigen Studien beschriebenen Szenarien in Folge eines regionalen oder landesweiten Stromausfalls werden das Land demnach um so heftiger treffen, je mehr der Ausstieg aus der Energieerzeugung auf Basis fossiler Brennstoffe zunimmt.

Sogenanntes Lastmanagement, bei dem sich der Verbraucher nach dem Angebot zu richten hat oder die zeitweilige Abschaltung großer Lasten - beispielsweise von Stadtteilen, Metallschmelzen oder Chemieanlagen (Brown-Out) - sind keine geeigneten Mittel zur Verhinderung von Blackouts. Derartige Maßnahmen sind völlig inakzeptabel, weil sie die Wirtschaft schädigen und den Wohlstand der Bevölkerung gefährden.

Um dramatischen Entwicklungen im Zusammenhang mit einem Blackout vorzubeugen, ist nach Ansicht des österreichischen Bundesministeriums für Landesverteidigung "eine offene und ehrliche Sicherheitskommunikation erforderlich: Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar. ... Schlimmer als Unsicherheit ist Scheinsicherheit". Dies muß auch für Deutschland gelten. II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihrer grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben der Bürger auch und gerade angesichts der von der sogenannten Energiewende ausgehenden Risiken und Unwägbarkeiten gerecht zu werden und die reale Gefahr flächendeckender und langandauernder Stromausfälle durch monatliche Lageberichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) an den Deutschen Bundestag transparent darzustellen;

2. konkrete, dringend notwendige Vorsorgemaßnahmen, soweit erforderlich, auch in Zusam-

menarbeit mit den Bundesländern zu treffen, die sowohl kritische Infrastrukturen, die Wirtschaft, aber auch Haushalte vor den vernichtenden Folgen eines Blackouts zu bewahren in der Lage sind - darunter Beschaffung und Installation von Notstromaggregaten für Infrastruktur der Daseinsvorsorge sowie Gewährleistung der logistischen Voraussetzungen für deren zuverlässigen Betrieb;

3. für die Zeit, in der an der sogenannten Energiewende festgehalten wird, in Abstimmung mit den Bundesländern gesetzliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß angesichts der von Blackouts ausgehenden dramatischen Folgen für Leib und Leben und den Bestand von Staat und Gesellschaft Vorsorgemaßnahmen verpflichtend werden: - indem sie auf eine Anpassung der Musterbauordnung (MBO) hinwirkt, so daß Sonderregelungen zur Sicherstellung der Notstromversorgung öffentlicher Gebäude für einen Zeitraum von mindestens 14 Tagen geschaffen werden, - durch kurzfristige Gewährleistung einer Notstromversorgung kritischer Infrastrukturen für die Dauer von bis zu 14 Tagen - insbesondere für Krankenhäuser, aber auch für Tankstellen, Brennstoff- und Wasserversorgung, Telekommunikation, Altenheime und für die innere Sicherheit relevante Einrichtungen; - mittels Bereithaltung und, soweit noch möglich, Reaktivierung sämtlicher vorhandener Reservekraftwerke und in diesem Zusammenhang durch sofortige Rücknahme des Ausstiegs aus der Kohleverstromung und der Kernenergie;

4. ihrer Verantwortung im Rahmen der sogenannten Energiewende entsprechend der in den Berichten des Bundesrechnungshofes nach § 99 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) ("Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bei Elektrizität") aus 2018 und 2021 gerecht zu werden und insbesondere die darin angemahnte Rolle des BMWi wahrzunehmen ...<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Juli 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>"15jährige Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland"

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 6 Monaten sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeit:

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 diese 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 6 strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefern) und indirekte (stets zur Verfügung stehende und sofort einsatzbereite) Energiespeicher mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt fehlen.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Kernkraftwerkes gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen sollte die deutsche Bundesregierung die angestrebte Energiewende unverzüglich reformieren und nach dem Vorbild Spaniens handeln.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft

Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden.

In einer drastischen Kehrtwende bei der Atomenergie erwägt die spanische Regierung nun eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke von gegenwärtig 40 auf "50 oder 60 Jahre" oder sogar noch darüber hinaus. ... Das Industrieministerium dringt schon seit einiger Zeit auf einen solchen Schritt "im wirtschaftlichen Interesse" des Landes. ...<<

Die Stromversorgung gehört zu den wichtigen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge

Die Elektrifizierung zählt zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand. Die Energie- und Wasserversorgung gelten in einem Sozialstaat nicht umsonst zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Es gehört zu den Haupttätigkeiten des Staates, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten.

Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 und Artikel 28 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit. Danach müssen u.a. lebenswichtige Güter und Dienstleistungen dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden.

Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Es kann niemals zu den Aufgaben und Pflichten von gewählten deutschen Abgeordneten gehören, die nationale Stromversorgung und damit zwangsläufig die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zu gefährden.

Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Freiheit sowie Gewährleistung der Sicherheit

Das Leben, die Gesundheit, Freiheit und Sicherheit der Menschen zu schützen, zählt zu den wesentlichsten Aufgaben eines Staates und der gewählten Repräsentanten des Volkes

Die Pflichten des Abgeordneten ergeben sich aus der moralischen Verpflichtung, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des gesamten Volkes auszuüben. Die demokratisch legitimierten Volksvertreter sind niemandem untergeordnet, sondern als Repräsentanten des gesamten Volkes nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur dem eigenen Gewissen unterworfen (Artikel 38 Grundgesetz).

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.* ...) umfaßt auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der sog "Energiewende", wie zum Beispiel vor den extremen Ereignissen während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes begründet auch eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung in Bezug auf künftige Generationen und unsere Nachbarstaaten, denn in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden sollen, droht bei einem längeren Blackout die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität.

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diene nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

In einem demokratischen Rechtsstaat, der vor allem die Lebensgrundlagen der Deutschen

schützen muß, sind alle Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht zum Beispiel Hochverrat,

"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Nach den Grundsätzen des Rechtsstaates darf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die lebensbedrohlichen Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren, sondern ist von Amts wegen verpflichtet, zu prüfen, ob die angeordneten Maßnahmen der Bundesregierung tatsächlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind und ob diese staatlichen Maßnahmen der sog. "Energiewende" das Leben, die Gesundheit, Freiheit und Sicherheit der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und der Nachbarländer bedrohen können.

Falls es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, würden schließlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen. ...<<

3. Was bedeutet eigentlich die passive Haltung der Justiz, die in einem Rechtsstaat von Amts wegen verpflichtet ist, alle Maßnahmen zu prüfen, die die Sicherheit, die Gesundheit und das Leben der Menschen gefährden sowie den Bestand des Landes bedrohen können?

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Oktober 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Abschaltung der letzten noch in Betrieb befindlichen sechs deutschen Kernkraftwerke bis zum 31. Dezember 2022

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 3 Monaten sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeit:

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland die wichtigsten Stützpfeiler der deutschen Stromversorgung zerstört. Die letzten 6 Kernkraftwerke sind derzeit strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr laufen). Aufgrund fehlender Energiespeicher werden die stets zur Verfügung stehenden riesigen Kraftwerke (6 KKW mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt) gegenwärtig immer häufiger eingesetzt, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des deutschen Stromnetzes auszugleichen.

Ab 2023 stehen nur noch Kohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 MW (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage von rund 83.000 MW) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung. **In der Bundesrepublik Deutschland fehlen deshalb zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom.**

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Grund- und Mittellaststromerzeugung geradezu verbrecherisch, denn eine im Winter typische längere Dunkelflaute ohne Wind und Sonne sowie 5-10 Grad Kälte genügen bereits, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 droht zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von Radioaktivität.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Wenn die Kühlpumpen der Abklingbecken wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, kommt es zwangsläufig zum gefürchteten Super-Gau. Infolge der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen würden große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete unserer Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen muß endlich gerichtlich geprüft werden, ob die angeordneten Maßnahmen der Bundesregierung tatsächlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

Nach den Grundsätzen des Rechtsstaates darf der Bundesgerichtshof die gemeingefährlichen Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren, sondern ist von Amts wegen verpflichtet, alle Maßnahmen zu prüfen, die die Sicherheit, die Gesundheit und das Leben der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und unserer europäischen Nachbarn bedrohen können.

Hiermit ich alle gewählten Volksvertreter, die Bevölkerung über die tödlichen Gefahren der sogenannten Energiewende zu informieren, denn es bleibt nicht mehr viel Zeit, um unsere Bevölkerung und unsere Nachbarn vor dem drohenden Untergang zu bewahren. ...<<

4. Wieso blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich?

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. November 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>>Abschaltung der letzten noch in Betrieb befindlichen sechs deutschen Kernkraftwerke bis zum 31. Dezember 2022

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 2 Monaten sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland die wichtigsten Stützpfeiler der deutschen Stromversorgung zerstört. Die letzten 6 Kernkraftwerke sind derzeit strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr laufen).

Aufgrund fehlender Energiespeicher werden die stets zur Verfügung stehenden riesigen 6 Kraftwerke (in Schleswig Holstein, Niedersachsen, Baden Württemberg und in Bayern mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt) gegenwärtig immer häufiger eingesetzt, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des deutschen Stromnetzes auszugleichen.

Die Abschaltung der letzten 6 deutschen Kernkraftwerke von 2021-2022 wird letzten Endes zum Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes führen

Aufgrund der **Kürzung** der konventionellen Reservestromerzeugung **von 80 % der Strom-**

nachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 muß die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen.

In der Bundesrepublik Deutschland fehlen ab 2023 ständig mindestens **50.000** Megawatt Strom, deshalb ist die Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke verantwortungslos.

Eine im Winter typische Dunkelflaute genügt bereits, um zukünftig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefälle. In Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann. Die normale Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes beträgt 50 Hertz. Falls die Netzfrequenz z.B. wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung unter 47,5 Hertz sinkt, kommt es zwangsläufig zu einem flächendeckenden Stromausfall (Blackout) im gesamten Land.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung.

Alle Speicherbecken der 36 deutschen Pumpspeicherkraftwerke sind längst leer.

Weil die bisherigen Stromlieferanten Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich vor allem mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom selbst und können während der Kältephase den dringend benötigten Strom von mehr als 50.000 Megawatt Strom nicht nach Deutschland liefern.

Aufgrund einer konstanten Stromnachfrage von über 80.000 Megawatt wird die Lage in Deutschland immer aussichtloser, die normale Netzfrequenz bei 50 Hertz zu halten. Da es die dringend erforderlichen konventionellen Reservekraftwerke zum Ausgleich von Netzschwankungen nicht mehr gibt, werden sofort große Industrieunternehmen und Hunderttausende von Privathaushalten vom Netz genommen, um die Gefahr eines nationalen Netzzusammenbruchs (Blackouts) zu verhindern.

Die Notabschaltung der Stromverbraucher genügt jedoch wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung nicht, um die Netzstabilität zu erhalten. Die Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes sinkt unaufhaltsam unter 47,5 Hertz, so daß es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall im gesamten Land kommt.

Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes würde sich zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 droht außerdem in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von Radioaktivität.

Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den benachbarten deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Völkerrechtliche Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke seit 1961 von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Betrieb und der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden. Wenn die Kühlpumpen der Abklingbecken ausfallen, kommt es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen, deshalb muß vor allem eine sichere Stromversorgung gewährleistet sein, um Kernkraftwerke risikolos abschalten zu können.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.

Als im Jahre 1986 der Block 4 des Kernkraftwerkes in Tschernobyl explodierte und es zur Kernschmelze kam, mußten mindestens **800.000 Feuerwehrleute, und Soldaten** aus der gesamten Sowjetunion eingesetzt werden, um die Umgebung mit einer 300.000 Tonnen schweren Stahlbetonschicht vor den radioaktiven Strahlen der restlichen **20 Tonnen Kernbrennstoffe**, die sich noch im sogenannten Sarkophag befanden, zu schützen.

Allein im Kernkraftwerk Brokdorf befinden sich zum Beispiel **193 Brennelemente mit einer Schwermetallmasse von insgesamt 103 Tonnen.**

Bis 2005 starben etwa 112.000 bis 125.000 Helfer (sog. Liquidatoren) an den Folgen des lebensgefährlichen Einsatzes in Tschernobyl.

Falls es in den Abklingbecken der 7 stillgelegten deutschen Kernkraftwerke zu einer Kernschmelze der Brennelemente kommen sollte, müßte man in der Bundesrepublik Deutschland mindestens **5.600.000 Helfer** (sog. Liquidatoren) einsetzen, um die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität einzudämmen.

Die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen verfügt derzeit lediglich über 111 Mitarbeiter, um Stör- und Unfälle in kerntechnischen Anlagen zu bekämpfen. Da wahrscheinlich niemals 5.600.000 Liquidatoren für die lebensgefährlichen Rettungsmaßnahmen (Bau von 7 Stahlbetonsärgen) mobilisiert werden können, würden vermutlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 Nachbarländer Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden durch radioaktive Strahlen unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Die Frage der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit und Haftungsregelungen wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten stellt sich vermutlich nicht mehr, weil die Bundesrepublik Deutschland nach dem Super-Gau nicht mehr existieren wird. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. Juli 2021: >>Unterlassene Hilfeleistung

Hochwasser: Sturzfluten reißen Schneisen der Verwüstung / Eine JF-Reportage aus dem Katastrophengebiet

Martina Meckelein / Marco Pino, Bad Neuenahr

Konzentration. Trotz. Verschlossenheit. All dies läßt sich in den Gesichtern der über und über mit Schlamm verdreckten Menschen ablesen. Sie schleppen mit Wasser vollgesogene Sofas auf die Straße. Teppichrollen, Gartenstühle, Kartonagen - kaum noch als das zu erkennen, was sie einmal waren. Ab und an umspielt ein Lächeln ihre Gesichter. In Gummistiefeln fegen, schaufeln und wringen sie gegen die braune muffige Brühe an. Dieselaggregate - ohne sie geht gar nichts mehr in den zerstörten Städten und Gemeinden an der Ahr, der Erft, der Rur, der Inde, dem Merzbach oder der Wurm - brubbeln laut vor sich hin. Hubschrauberrotoren zerschlagen die Luft. Kein böses Wort ist von den Menschen zu hören, die seit Tagen hier, teils unter Einsatz ihres Lebens, Hilfe leisten.

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli hat eine bis dahin unvorstellbare Naturkatastrophe Teile des deutschen Westens zerstört. Mindestens 156 Tote sind zu beklagen. Der Wiederaufbau wird Jahre dauern. Doch das sind keine Bilder und Berichte über eine Tragödie, die ja ein unabwendbares Schicksal wäre. Vielmehr ist das Juli-Hochwasser 2021 der Beweis des totalen Versagens der deutschen Sicherheits- und Katastropheninfrastruktur.

Der Strom fällt aus. Das Wasser steigt. Das Auto schwimmt weg. Am Dienstag, dem 13. Juli 2021, um 15 Uhr erklärt der Meteorologe Felix Dietzsch die "bevorstehende Unwettersituation" auf dem Youtube-Kanal des Deutschen Wetterdienstes. Zu erwarten seien schwere Gewitter sowie andauernder Starkregen. Große Bereiche Nordrhein-Westfalens bis Rheinland-Pfalz seien bereits gewarnt: "Denn bis Donnerstag morgen kommen hier teils enorme Regenmengen zusammen."

Zur selben Zeit spaziert Thorsten Rech (39) mit einem Freund durch Brüssel. Er hat zwei Tage Urlaub. Rech ist Gastronom, er betreibt in der 900-Seelen-Gemeinde Mayschoß im Landkreis Ahrweiler in Rheinland-Pfalz das Restaurant "Bahnsteig 1" im alten Bahnhof. In nur 33 Stunden wird es Teile des über hundert Jahre alten Gebäudes nicht mehr geben.

"Wir fahren am Mittwoch zurück, durch schwersten Regen", sagt er der JUNGEN FREIHEIT. "Da kamen schon während der Fahrt Anrufe von zu Hause, daß es so schwer werden könnte wie 2016.

Da hatten wir ein Hochwasser von 3,71 Meter in Mayschoß." Rech erreicht mittags seinen Gasthof. Das steigende Wasser sieht er schon von weitem. "Wir haben dann erst einmal den Weinkeller ausgeräumt und die Flaschen und Kisten ins Restaurant getragen."

Das Wasser steigt weiter. Rech telefoniert mit der Feuerwehr, bittet um Sandsäcke für die Kellerfenster. Der gegenüber dem Lokal liegende gemeindeeigene Platz für die Camper ist schon am Vormittag von der Feuerwehr evakuiert worden. Zwei Camper treffen die Retter nicht an, erst Rech begegnet ihnen, als er nach Hause kommt. "Die wollten nicht weg", sagt Rech. "Die Feuerwehr sagte mir, daß ein Hochwasser bis zu vier Metern erwartet würde. Da dachte ich, okay, das ist safe, da kann nichts passieren."

Doch das Wasser steigt weiter. "Die Camper fuhren ihren Wagen ans Haus, und dann haben wir gemeinsam noch mein Auto ausgeladen. Dann sagte ich zu denen, kommt hoch in meine Wohnung, die Tür ist offen." Rech macht aus dem oberen Stockwerk ein paar Fotos. Dann hört er Stimmen. "Die beiden Camper riefen: Laß uns rein! Ich sagte, sie müßten ums Haus herum, damit sie in die Wohnung können, denn nur hier ist ein Treppenhaus. Doch die wollten nicht durchs ansteigende Wasser waten, sie wollten unbedingt ins Restaurant. Ich warf ihnen den Schlüssel herunter, und dann saßen sie im Anbau."

Der Strom fällt aus. Das Wasser steigt weiter. Sirenen heulen. Rech geht in die zweite Etage des alten Bahnhofs. Aus einem Fenster sieht er, wie sein Auto wegschwimmt. Dann legt er

sich auf das Bett in seiner Ferienwohnung. Er kann kein Auge zutun. Gurgelnde Geräusche. Dann dumpfes Aufschlagen. "Bäume krachten gegen die Hauswände." Und immer wieder ein ächzendes metallisches Knirschen. "Das waren die losgerissenen Gastanks. Ich dachte nur, wenn es da einmal funkt - dann war es das."

Einige Kilometer weiter in Bad Neuenahr ahnen die Menschen in der Innenstadt noch nichts Schlimmes. "Wir wurden erst durch die Feuerwehr gewarnt. Die gingen so um 23 Uhr durch die Straßen", sagt Maryana Marqus (22) gegenüber der JF. "Sie sagten, daß wir die Autos wegfahren sollten, die Türen schließen, und alle sollten wir nach Hause gehen. Um zwölf Uhr nachts oder halb eins kam dann das Wasser. Das ging so bis vier Uhr morgens." Ein Brummifahrer, der direkt an der Ahr wohnt: "Sirenen habe ich nicht gehört."

80 Kilometer nördlich von Bad Neuenahr liegt Wuppertal. Die Stadt mit der berühmten Schwebebahn hat 355.000 Einwohner. Auch hier regnet es seit Tagen. Um 0.03 Uhr verbreitet die Stadt auf ihrem Twitter-Account in Großbuchstaben die Warnmeldung "Die Talsperre läuft über!".

Plötzlich beginnen Sirenen zu heulen. Gemeint ist die Wuppertalsperre. Stadtteile werden evakuiert. Was wäre normaler, als das Fernsehgerät anzuschalten und nach Alarmmeldungen zu schauen? Doch der öffentlich-rechtliche WDR zeigt eine Olympiadokumentation. Im Gegensatz dazu das kleine Radio Wuppertal vom Privatsenderverbund Radio NRW. Bis tief in die Nacht informiert es live mit einer Sondersendung seine Zuhörer.

"Der WDR war beinahe ein Totalausfall. Beinahe, weil man auf der Website einen einsamen Text-Ticker aktualisiert", schreibt in einem vielbeachteten Kommentar später Thomas Lückerrath, Chefredakteur des Medienmagazins DWDL. Die Überschrift des Artikels lautet: "Unterlassene Hilfeleistung: WDR läßt den Westen im Stich". Erst Tage später wird der WDR Versäumnisse zugeben. Da ist es zu spät.

Denn am Donnerstag vergangener Woche, nach Sonnenaufgang, wird das ganze Ausmaß der Katastrophe bekannt: Teile Nordrhein-Westfalens, von Rheinland-Pfalz, Belgien, Holland sind betroffen. Der äußerste Westen Deutschlands allerdings am stärksten. Es sind die Menschen vor Ort, die sofort zupacken. Was bleibt ihnen auch anderes übrig?

Privatleute packen kräftig an, das Volk organisiert sich selbst

Als Thorsten Rech am Donnerstag um 5.53 Uhr aus dem zweiten Stock seines Hauses aus dem Fenster schaut, sieht er kein liebliches Ahrtal, sondern eine Wasserwüste. Keine Straßen, Brücken, das gesamte Landschaftsbild ist ein anderes. Dort, wo immer Häuser standen, klaffen jetzt Löcher. "Drei Häuser waren bei uns im Dorf weg, sechs Stück in Rech. Als ich dann versuchte, um mein Haus zu gehen, sah ich, daß ein Teil der Restaurantwand weg war. Die beiden Camper waren nicht mehr da." Im Landkreis Ahrweiler hat die teils neun Meter hohe Sturzflut eine Schneise der Verwüstung hinterlassen. Nichts geht mehr: kein Strom, kein Handyempfang, keine Wasserversorgung. Die gesamte Infrastruktur ist kaputt.

In der Gemeinde Schuld sind sechs Häuser zusammengebrochen. In Sinzig sterben zwölf Patienten einer Behinderteneinrichtung in den Fluten. Bundesstraßen und Autobahnen sind durch Unterspülungen oder Überflutungen nicht passierbar. Mindestens sieben Eisenbahnbrücken sind zerstört, Gemeinden so von der Außenwelt abgeschnitten. In NRW sind 25 Städte und Kreise vom Hochwasser betroffen. Die Steinbachtalsperre droht einzustürzen. Im Kreis Euskirchen ist es besonders kritisch. Die A1 und A 61 sind im Bereich der Erft gesperrt. In Erftstadt untergräbt das Wasser die Kiesgrube im Ortsteil Blessem. Der entstehende Krater reißt immer mehr Häuser in die Tiefe.

Die Hilfeleistungen der Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet sind enorm. Es bedarf keiner politischen Aufrufe dazu. Zum Beispiel schwingen sich 200 Bauern der Protestbewegung "Land schafft Verbindung" auf ihre Traktoren und fahren ins Katastrophengebiet. Auch Handwerker, Spediteure, Tierretter mit Pferdetransportern und Spezialbooten. Aus Grimma in Sachsen sind 14 Helfer seit Donnerstag vergangener Woche in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Laut Innenministerium in NRW kämpfen am 16. Juli 19.000 nichtpolizeiliche Einsatzkräfte, also THW, Feuerwehr und Hilfsorganisationen, dort gegen das Hochwasser an, darüber hinaus 650 nordrhein-westfälische Polizisten, Beamte aus anderen Landespolizeien und Soldaten der Bundeswehr.

Am Donnerstag fahren auch 61 Einsatzkräfte der Hamburger Wasserschutzpolizei, darunter Spezialisten wie Taucher, mit 15 Booten Richtung Westen in das Katastrophengebiet in NRW. Aber schon am Sonnabend sind sie wieder zurück in der Hansestadt. "Wir stellen fest, daß wir entlassen worden sind", sagt der Pressesprecher der Polizei zur JF. Auf die Frage, warum sie wieder zurückgefahren sind, sagt der Beamte sibyllinisch: "Da spiele ich den Ball zurück nach Nordrhein-Westfalen, rufen Sie bitte dort an."

Die JUNGE FREIHEIT hat beide Länder-Innenministerien um Presseauskünfte gebeten: "Immer häufiger ist zu hören, daß die Koordination der Einsatzkräfte im Hochwassergebiet nicht funktioniert." Auf die konkrete Frage an das Innenministerium in NRW, warum man die Hamburger Polizeispezialisten wieder entlassen habe, kam folgende Antwort: "Auf unserem Twitter-Kanal (@IM_NRW) können Sie das heutige Statement des Ministers zum Thema 'Unwetter/Katastrophenschutz' ansehen.

Hieraus dürften die Antworten auf Ihre Fragen hervorgehen. Außerdem finden Sie weitere Antworten unter folgendem Link: <https://www.im.nrw/starkregen-nrw>." Nein, Antworten finden wir nicht. Wieder ein Anruf. "Dazu können wir nichts sagen. Aber es kann sein, daß niemand etwas dazu sagen kann", meint Leonie Möllmann von der Pressestelle. Ist es ein Wunder, daß bei solchen ministerialen Fehlleistungen private Helfer unerlässlich sind?

Gastronom Thorsten Rech wurde am Donnerstag durch einen Hubschrauber evakuiert. Auch er engagiert sich jetzt. "Ich lege meine Hände nicht in den Schoß. Ich bin Burschenschafter. Wir haben in Bonn, auf unserem Haus, eine Einsatzzentrale eingerichtet. Von dort organisieren wir Hilfsaktionen, besorgen Putztrupps, Autos, Dieselaggregate und sammeln Geld. Über 30.000 Euro haben wir. Das geht dann in Wiederaufbauprojekte."

Und die Politik? Sie feixt wie NRW-Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Armin Laschet, wenn sie sich unbeobachtet fühlt. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. September 2021: >>**Land unter Hochwasser: Das grobe Aufräumen ist bewältigt, das politische Reinemachen nicht**

Peter Möller

Es ist noch nicht vorbei. Zwar sind die Bilder der katastrophalen Zerstörungen in den Flutgebieten Nordrhein-Westfalens und Rheinland-Pfalz aus den Hauptnachrichtensendungen verschwunden, doch in den betroffenen Regionen werden die Folgen der Naturkatastrophe noch auf Monate das Leben der Menschen bestimmen. Derzeit werden etwa für die Bewohner des besonders stark getroffenen Ahrtals Notquartiere für die Wintermonate gesucht. Denn selbst wenn die Häuser noch bewohnbar sind, fehlen häufig immer noch Strom, Wasser und teilweise der Anschluß an das Erdgasnetz. Die betroffenen Menschen sollen daher in der kalten Jahreszeit in Ferienwohnungen oder Pensionen unterkommen.

"Heillose Überforderung der Länder und Landkreise"

Neben den Planungen für den Wiederaufbau der Infrastruktur läuft auch die politische Aufarbeitung des Juli-Hochwassers bereits auf Hochtouren. Am Dienstag beschloß der Bundestag auf einer Sondersitzung ein Aufbauhilfegesetz, durch das ein "Solidaritätsfonds" mit bis zu 30 Milliarden Euro eingerichtet wird, um die Folgen der Katastrophe zu bewältigen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums erfolgt die Verteilung der Mittel in einem ersten Schritt durch einen festen Schlüssel, basierend auf den ersten Schadenserhebungen der betroffenen Länder. "Danach entfallen auf Rheinland-Pfalz 54,53 Prozent, auf Nordrhein-Westfalen 43,99 Prozent, auf Bayern 1 Prozent und auf Sachsen 0,48 Prozent der für die Länderprogramme vorgesehenen Mittel des Fonds", teilte das Ministerium mit.

Doch wie konnte es überhaupt zu der Katastrophe kommen, der mindestens 189 Menschen

zum Opfer gefallen sind? Diese Frage beschäftigt die Öffentlichkeit vor allem in den besonders schwer getroffenen Bundesländern.

In Rheinland-Pfalz soll nach dem Willen der Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen nun eine Enquete-Kommission des Landtages Lehren aus den Überflutungen ziehen. Vermutlich nicht vor Mitte 2023 wird dieses Gremium dem Parlament ihren Bericht vorlegen. Daran, daß die Enquete-Kommission substantielle Antworten geben wird, gibt es indes nicht nur von seiten der Opposition Zweifel.

Dabei wird auf den sehr weit gefaßten Einsetzungsantrag der Kommission verwiesen, in dem viel von Optimierung und Weiterentwicklung beim Katastrophenschutz die Rede ist und Empfehlungen für den Bevölkerungsschutz gefordert werden, weniger aber über politische Verantwortung zu lesen ist. Daher wird von der Opposition bereits die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vorbereitet, der für die Landesregierung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) weit unangenehmer werden könnte als die Enquete-Kommission.

Auch in Nordrhein-Westfalen läuft die politische Aufarbeitung der Flutkatastrophe, die in dem Bundesland 49 Menschenleben gefordert hat und Schäden in einer Höhe von mindestens 13 Milliarden Euro verursacht hat. Hier sind vor allem Umweltministerin Ursula Heinen-Esser und Innenminister Herbert Reul (beide CDU) in den Fokus geraten.

Die Frage lautet: Wer wußte wann von der drohenden Katastrophe und hat wann wen informiert? Nach Angaben der Landesregierung hat Heinen-Esser bereits Stunden vor den folgenreichen Unwettern ihren Urlaub unterbrochen und sich mit den Experten ihres Ministeriums in Verbindung gesetzt. Innenminister Reul sei laut einem Bericht an den Landtag am Tag danach aktiv geworden und habe seinen Urlaub ebenso wie Heinen-Esser abgebrochen.

Damit will die Landesregierung von CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet dem Vorwurf der Opposition entgegentreten, das Land habe trotz der Warnungen der Wetterdienste vor Starkregen nicht rechtzeitig gehandelt. Dennoch bleiben weiter Zweifel am Informationsfluß innerhalb der Landesregierung. Die Fraktionen von Grünen und AfD haben daher unabhängig voneinander die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert.

Mit einer vom Innenpolitiker Martin Hess initiierten Kleinen Anfrage hat die AfD-Bundestagsfraktion auf nationaler Ebene versucht, die Verantwortung der Bundesregierung zu klären. In ihrer Antwort, die der JUNGEN FREIHEIT vorliegt, weist das zuständige Bundesinnenministerium indes den Bundesländern die Verantwortung zu. "Gemäß der grundgesetzlichen Kompetenzverteilung liegt der Katastrophenschutz in der Zuständigkeit der Länder sowie der Landkreise und kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörden", heißt es in der Antwort.

Dies gelte unabhängig vom Ausmaß des Ereignisses und umfasse auch die Warnung der Bevölkerung vor Katastrophen. Der Bund könne mit der Bundeswehr, der Bundespolizei und dem Technischen Hilfswerk lediglich auf Anforderung der vor Ort zuständigen Behörden Amtshilfe leisten.

Hess hält diese Antwort für unzureichend. "Als zahlreiche Bürger im Hochwasser ihr Leben oder ihr Vermögen verloren, war das politische Berlin im Tiefschlaf. Die Bundesregierung versteckt sich hinter Kompetenzen", kritisiert Hess gegenüber der Jungen Freiheit die Antwort der Bundesregierung. Sie wolle deshalb keine stärkeren Bundeskompetenzen für den Bevölkerungsschutz, weil sie sonst Verantwortung übernehmen und handeln müsse. "Genau das wäre aber dringend nötig, wie die heillose Überforderung der Länder und Landkreise mit der Katastrophenhilfe gezeigt hat."

Plünderungen

Laut einer Antwort von Nordrhein-Westfalens Innenministerium auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion registrierten die Kreispolizeibehörden in 24 vom Hochwasser betroffenen Städten 193 Plünderungen (Diebstahl, besonders schwerer Diebstahl, Einbruch, schwerer Bandendiebstahl und Unterschlagung), von denen 27 als Versuch gewertet wurden. Der

Schaden belaufe sich derzeit geschätzt auf rund eine Viertelmillion (227.000) Euro. Die Polizei registrierte 145 Tatverdächtige zwischen 12 und 69 Jahren.

Die mit Abstand größte Gruppe bildeten dabei Tatverdächtige mit rumänischer Staatsbürgerschaft. Von ihnen zählte die Polizei insgesamt 52. Auf Platz zwei werden 27 deutsche Tatverdächtige aufgelistet. Hierunter wurden allerdings auch alle mutmaßlichen Täter aufgelistet, die neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit haben. Es folgen zwölf türkische Tatverdächtige sowie je sieben bulgarische und syrische, des weiteren Serben, Albaner und Kosovaren. Somit hatten von 145 Tatverdächtigen 118 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Das entspricht rund 81 Prozent. (krk)<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/15174" berichtete am 8. November 2019 (x1.049/...): >>**Fridays for Future - ein Instrument global-strategischer Interessen**

"Fridays for Future" hat sich innerhalb kürzester Zeit zu einer globalen Klimaschutzbewegung entwickelt. Angesichts der enormen Wucht, mit der diese bereits jetzt Forderungen an die etablierte Politik stellt, gilt es inne zu halten. Betrachtet man nämlich ähnlich große Bewegungen oder Revolutionen in der Vergangenheit, so stellt man fest, daß die Menschen dabei als Werkzeuge fremder Interessen mißbraucht wurden. Könnte dies auch bei "Fridays for Future" der Fall sein?

Seit Greta Thunberg Mitte 2018 begann, sich aktiv in der Öffentlichkeit gegen die angeblich durch den Menschen verursachte Erderwärmung einzusetzen, hat sich "Fridays for Future" zu einer globalen Klimaschutzbewegung entwickelt. Beim Klimastreik am 20. September 2019 rief die "Fridays for Future-Bewegung" bereits in fast 160 Staaten zum Streik auf.

Angesichts des rasanten Wachstums dieser Bewegung und der enormen Wucht, mit der diese bereits jetzt Forderungen an die etablierte Politik stellt, gilt es innezuhalten, um einen Blick auf ähnlich große Bewegungen oder Revolutionen in der Vergangenheit zu werfen. Denn bereits der spanisch-amerikanische Philosoph und Schriftsteller George Santayana sagte: "Ein Volk, das sich seiner Geschichte nicht erinnert, ist dazu verurteilt, sie erneut durchleben zu müssen."

Betrachtet man die letzten großen Revolutionen der Vergangenheit, wie z.B. die Revolution in Rußland 1917, die chinesische Kulturrevolution 1966, die Farbrevolutionen wie z.B. 2004 in der Ukraine oder den Arabischen Frühling ab 2010, so waren diese Umstürze von langer Hand geplant und die Menschen wurden dabei als Werkzeuge fremder Interessen mißbraucht. Die Oktoberrevolution 1917 in Rußland wurde z.B. von der Finanzelite und insbesondere von den Rothschilds sorgfältig eingefädelt und mit gewaltigen finanziellen Mitteln unterstützt.

Der Führer der chinesischen Revolution Mao Zedong war ein Zögling von "Yale in China", einem getarnten Geheimdienstnetzwerk der US-Elite, das die Maoisten an die Macht brachte. Alle Farbrevolutionen und auch der Arabische Frühling wiederum wurden von den US-Regierungen von langer Hand geplant und mit Milliarden von Dollars durchgesetzt.

Interessanterweise ist jetzt auch die "Fridays for Future-Bewegung" nicht zufällig entstanden. Organisiert und geplant wurde sie bereits 2015 von der "Plant for the Planet-Foundation". Diese kontrolliert jetzt die Finanzen von "Fridays for Future" und kümmert sich auch um die gesamte Organisation der Bewegung. Hinter der Foundation stehen globalistische sogenannte Denkfabriken wie beispielsweise der von David Rockefeller gegründete und auch finanziell unterstützte "Club of Rome".

Auf der Mitgliederliste des "Club of Rome" stehen äußerst einflußreiche Personen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien, wie z.B. der Medienmogul Ted Turner. Daher ist der kometenhafte Aufstieg von Greta Thunberg und die massive Unterstützung von "Fridays for Future" durch die Medien in keiner Weise mehr verwunderlich.

Auch finanziell hat die globale Klimaschutzbewegung mächtige Unterstützer. So haben Aileen Getty, die Erbin des gewaltigen Getty Erdöl-Imperiums, und auch die Nachfahren der einflußreichen Kennedy-Dynastie bis zum Ende des Jahres Spenden in Höhe von einer halben

Milliarde Euro in Aussicht gestellt. Ebenso setzt sich der Multimilliardär George Soros für den Klimaschutz ein.

Er unterstützt mittels seiner "Open Society Foundation" die radikale Klimaschutzorganisation "Extinction Rebellion" (Rebellion gegen das Aussterben). Auf diese Weise wird die junge Klimaschutz-Bewegung durch elitäre Kreise mit mächtigen finanziellen Mitteln ausgestattet, um gewaltigen Druck auf die Politik aufbauen zu können. Hier stellt sich natürlich die Frage, ob es all diesen einflußreichen Personen wirklich um Klimaschutz geht.

Wie in der Sendung "CLUB OF ROME-Schulen" aufgezeigt wurde, ist es nicht das Ziel des "Club of Rome", das Klima zu retten, sondern mittels solch globaler Krisen eine Eine-Welt-Regierung zu erschaffen. Auch David Rockefeller bekannte sich ganz offen dazu, Mitglied einer geheimen Verschwörung zu sein, um dieses Ziel zu erreichen. Der Klimawandel ist somit eine willkommene Gelegenheit, um vor allem die besorgte Jugend für das Ziel der "Eine Welt Regierung" zu mißbrauchen. Greta Thunberg spricht sogar ganz offen aus, daß mit den bestehenden politischen Systemen ihre Ziele nicht zu erreichen sind und ruft damit indirekt zu einem Systemwechsel auf.

Wie interne Dokumente belegen, strebt "Extinction Rebellion" sogar eine internationale Rebellion an und will nach einem Zusammenbruch der westlichen Demokratien die Welt auf den richtigen Kurs bringen. Die Aktivisten dieser extremen Bewegung sind auch keine reinen Idealisten, sondern erhalten pro Woche bis zu 450 Euro "Aufwandsentschädigung" von "Extinction Rebellion" und sollen ab Dezember 2019 sogar über ein reguläres Lohn- und Gehaltssystem bezahlt werden!

Äußerst gefährlich bei der aktuellen Klimaschutzbewegung ist, daß die Jugend gegen die ältere Generation aufgehetzt wird und diese wiederum gegen die Jugend. Dies ist die alte Strategie nach dem Prinzip: "Teile sie und beherrsche sie!" Deshalb ist es äußerst wichtig, sich nicht gegeneinander aufhetzen zu lassen, sondern miteinander zu reden und gemeinsam die Werke dieser globalistischen Elite aufzudecken, die uns nur für ihre Ziele mißbrauchen möchte. ...<<

Prüfung durch den Bundesgerichtshof in Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht gab am 24. März 2021 den Beschwerden von verschiedenen Umweltverbänden und Vertretern der "Fridays for Future-Bewegung" (FFF) gegen das Klimaschutzgesetz teilweise statt, da die Maßnahmen der Bundesregierung nicht mit den Grundrechten vereinbar seien, weil konkrete Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen würden. ...

Die Kläger hatten die Ansicht vertreten, daß das gegenwärtige Klimaschutzgesetz zu "schwach" wäre, um die drohende Klimakrise erfolgreich zu bekämpfen und damit ihr Recht auf eine menschenwürdige Zukunft zu bewahren. Ferner sahen sie ihre Grundrechte (Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit, Eigentum, Beruf und freie Entfaltung) gefährdet und kritisierten, daß die Bundesregierung ihren grundgesetzlichen Schutzauftrag nicht erfüllen würde.

Wenn die obersten Richter in Karlsruhe für den Kampf gegen **fiktive** Treibhausgasemissionen und den angeblich menschengemachten Klimawandel eintreten, um die Rechte der Menschen zu schützen, dann darf der Karlsruher Bundesgerichtshof die dramatischen **realen** Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren.

Da das Recht nicht teilbar ist, muß die Bundesanwaltschaft von Amts wegen prüfen, ob die gemeingefährlichen Folgen dieser staatlichen Maßnahmen tatsächlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind oder ob die sogenannte Energiewende das Leben, die Gesundheit und Sicherheit der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und der Nachbarländer bedrohen.

Falls es zu einem gefürchteten Super-Gau in den 7 Abklingbecken (Kernschmelze der Brennelemente und Freisetzung von tödlicher Radioaktivität) kommt, würden die freigesetzten ra-

dioaktiven Stoffe je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen auch in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Die obersten Richter in Karlsruhe können die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke eigentlich nur verbieten und eine angemessene Laufzeitverlängerung für die letzten noch in Betrieb befindlichen 6 Kernkraftwerke in Deutschland fordern, weil es kurz- und mittelfristig die einzige Möglichkeit darstellt, einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu vermeiden.

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19935" berichtete am 21. September 2021 (x1.049/...): >>>Das Bundesverfassungsgericht als verlängerter Arm der Herrschenden?

Anmoderation: Heute sendet Kla.TV einen Originalauszug aus dem Artikel "Das Bundesverfassungsgericht als verlängerter Arm der Herrschenden?", erschienen in Unabhängige Nachrichten (UN), in der Ausgabe September 2021. UN ist eine Aufklärungsschrift, die bereits seit 53 Jahren besteht. Wir bedanken uns bei UN für diesen wesentlichen Beitrag. ...

"Das Bundesverfassungsgericht war schon immer eine durch die Parteien dominierte Einrichtung. Spätestens aber, seit der CDU-Politiker Stephan Harbarth Präsident des Bundesverfassungsgerichtes ist, häufen sich Urteile, die noch mehr politisch motiviert sind als es in der Vergangenheit üblich war.

Im April dieses Jahres wurde das "Klima-Urteil" gefällt, das die Politiker wenig überraschend verpflichtet, für "zukünftige Generationen" jetzt und umgehend den CO₂-Ausstoß der BRD zu reduzieren.

Das Bundesverfassungsgericht verpflichtet den Gesetzgeber zu härteren Klima-Verordnungen - um zukünftigen Generationen das Weiterleben zu ermöglichen. Dafür dürfen dann auch "selbst gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein".

Ein Freibrief für eine schwarz-links-grüne Koalition nach der Bundestagswahl, um nahtlos an die "Corona-Freiheitsbeschränkungen" anschließen zu können. ...

Für das Urteil bedankten sich auch brav die Regierenden - die Annalena mit Anhang freute es. Wie der frühere Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt (SPD) feststellte, sind ganze Passagen des Urteils bereits fünf Monate vorher in einem Grünen-Papier aufgetaucht.

Zufall? Unwahrscheinlich!

Um so unwahrscheinlicher, wenn man weiß, daß die Verfassungsrichterin Gabriele Britz, die maßgeblich an dem Urteil mitgewirkt hat, die Ehefrau des Frankfurter Grünen-Politikers Bastian Bergerhoff ist. Auf dessen Website erschienen bereits im Dezember 2020 Feststellungen und Formulierungen zum Klimaschutz, wie sie jetzt in der Urteilsbegründung wiederzufinden sind.

Frau Britz hielt es auch nicht für nötig, wie man es von einem korrekten Richter erwarten müßte, Gegenargumente in das Verfahren einfließen zu lassen. Es drängt sich so der Verdacht auf, daß Frau Britz und ihr Gatte, verbunden durch Tisch und Bett, in heimeliger Runde zu Hause bei Chips und Bier das Urteil gemeinsam ausgekaspert haben könnten.

Nein, wir berichtigen uns, nicht ausgekaspert, sondern konspirativ zum Schaden des deutschen Volkes, unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit, ein Urteil herbeigeführt haben könnten, daß uns nicht nur hunderte von Milliarden Euro kosten wird, sondern auch massiv in das Leben der Menschen eingreifen wird.

Aber wenn man glaubt, es geht nicht schlimmer, wird man eines Schlechteren belehrt:

Am 21.7.2021 wurde vor dem Bundesverfassungsgericht die Klage der AfD Betreff Merkels "Intervention" bei der Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP) verhandelt. (Das Urteil wird erst in den nächsten Monaten verkündet.)

Und was macht Frau Merkel? Sie lädt die Verfassungsrichter am 30.6.2021 zu einem geselligen Abendessen ins Kanzleramt ein. In gemütlicher Runde bei gutem Essen und gepflegten

Weinen läßt es sich gut plaudern - so von Kanzlerin zu (unabhängigen?) Juristen.

In jeder funktionierenden Demokratie wäre der Aufschrei der "vierten Macht" im Staat, den Medien, unüberhörbar - nicht so in dieser Republik. Aber so ist das eben, der Verfall geht schleichend vonstatten und nicht mit einem großen Rums!"

Der ganze Artikel in der UN-Ausgabe 09/2021

[<<http://www.fk-un.de/UN-Nachrichten/UN-Ausgaben/2021/9-21/2021-09-3.php](http://www.fk-un.de/UN-Nachrichten/UN-Ausgaben/2021/9-21/2021-09-3.php)

Pflichten von Abgeordneten

Ungeachtet der zahlreichen erfolglosen Anträge der AfD-Fraktion, die sogenannte Energie-wende drastisch zu reformieren, darf die AfD-Fraktion nicht aufgeben, denn in den nächsten Tagen und Wochen entscheidet sich, ob es für uns und unser Land noch eine Zukunft geben wird.

Alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages sollten sich endlich daran erinnern, daß sie gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes Vertreter des gesamten Volkes sind. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Sie haben die Pflicht ihr Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des gesamten Volkes auszuüben. Das Leben und die Gesundheit der Menschen zu schützen, zählt nach wie vor zu den wesentlichsten Aufgaben eines Staates und der gewählten Repräsentanten des Volkes

Jeder Abgeordnete, der über einen gesunden Menschenverstand verfügt, kann sich gegenwärtig nur für eine angemessene Laufzeitverlängerung der letzten noch in Betrieb befindlichen 6 Kernkraftwerke einsetzen.

Die stets zur Verfügung stehenden strategisch ungemein wichtigen 6 Grundlastkraftwerke (in Schleswig Holstein, Niedersachsen, Baden Württemberg und in Bayern mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt) sind die letzten Garanten, um die bedrohlichen Spannungsschwankungen innerhalb des deutschen Stromnetzes auszugleichen. Nur diese 6 Kernkraftwerke können kurz- und mittelfristig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes vermeiden und die Vernichtung der bisherigen Grundlagen des Lebens in unserer Heimat sowie in großen Gebieten Mitteleuropas verhindern.

Wer seine Augen vor den Naturgesetzen und vor den Tatsachen verschließt, unterstützt stets gefährliche Ideologien und wahnhaftige Illusionen. Die Naturgesetze und die Wirklichkeit waren bisher immer stärker als menschlicher Größenwahn und Menschenverachtung.

Zur Diskussion über das Vorziehen des Kohleausstiegs auf 2030 erklärt der Vorsitzende der AfD-Fraktion Tino Chrupalla am 4. November 2021 im Deutschen Bundestag (x1.047):

>>Die Pläne, den Kohleausstieg um acht Jahre auf 2030 vorzuziehen sind völlig unverantwortlich. Sie senden energie- und wirtschaftspolitisch ein fatales Signal und erschüttern erneut das Vertrauen der Bürger in die Berechenbarkeit und die Verlässlichkeit der Politik in Deutschland.

Schon ein Kohleausstieg im Jahr 2038 wäre für die betroffenen Regionen aber auch für die Versorgungssicherheit in Deutschland eine Katastrophe. Zudem droht durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung ein weiterer Anstieg der deutschen Strompreise, die ohnehin die höchsten der Welt sind, und damit eine weitere Belastung von Bürgern und Wirtschaft. Die von der Ampel ebenfalls geplante Streichung der EEG-Umlage ist vor diesem Hintergrund nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Statt in der Energiepolitik immer schneller auf dem fatalen deutschen Sonderweg voranzuschreiten, müssen die politisch Verantwortlichen die Energiepolitik endlich wieder auf eine vernünftige Grundlage stellen. Nicht unrealistische Klimaziele, sondern die berechtigten Interessen unseres Landes und seiner Bürger müssen dabei im Zentrum stehen.

Anstatt den Kohleausstieg vorzuziehen, müssen angesichts der drastisch steigenden Energiepreise die ursprünglich vereinbarten Laufzeiten wieder gelten. Gleichzeitig müssen umgehend die Voraussetzungen für einen Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke geschaffen werden."<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 10. November 2021 folgenden Antrag - Energiewende rückgängig machen - Wirtschaft und private Haushalte entlasten. Drucksache 20/35 (x1.040/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Selbst wenn es gelänge, die CO₂-Emissionen in Deutschland auf null zu senken, entspräche diese Mengenreduktion dem gleichzeitigen Zuwachs der weltweiten CO₂-Emissionen von zwei Jahren. Zudem gibt es keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluß auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen.
2. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.
3. CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Zudem ist CO₂ ein lebensnotwendiger Grundstoff für die Photosynthese, dessen Anteil in der Atmosphäre früherer Zeitalter deutlich höher war als heute, was damals das Pflanzenwachstum gefördert hatte.
4. Die politische Zielsetzung, Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand, wirkt auf die Gesellschaft bei der gegenwärtigen Strategie in gefährlicher Weise destabilisierend und schädigt die Umwelt.
5. Die behauptete Vorbildfunktion Deutschlands für andere Staaten ist reines Wunschdenken. Diejenigen Staaten, deren CO₂-Ausstoß wirklich relevant ist oder zukünftig relevant werden wird: USA, China, Indien, Brasilien und Rußland nehmen sich Deutschland nicht als Vorbild, sondern verfolgen ihre eigenen nationalen Ziele und diejenigen Staaten, die sich Deutschland zum Vorbild nehmen könnten, wie z.B. Burkina Faso, Liechtenstein und Estland, sind nicht relevant.
6. Die von den Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte verfolgte "Energiewende" und Klimaschutzpolitik hat immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
7. Auch nach 20 Jahren Förderung kann der Strom aus sogenannten erneuerbaren Energien nicht wettbewerbsfähig produziert werden.
8. Auch der komplett unrealistische Ausbau (Verdopplung oder Verdreifachung gegenüber heute) der Stromerzeugungskapazitäten aus sogenannten erneuerbaren Energien wird den weiterhin steigenden Strombedarf nie bedarfsgerecht (zu jedem Zeitpunkt) decken können und damit auch nicht die bislang in Deutschland selbstverständliche Versorgungssicherheit (n-1) sicherstellen.
9. "Klimaschutz" und Naturschutz stehen oft im Widerspruch zueinander, die ungebremste Industrialisierung der Landschaft durch sogenannte erneuerbare Energien verbraucht immer größere Flächen, zerstört natürliche Lebensräume, die Auswirkungen (Vogelschlag, Insektensterben) stehen in keinem Verhältnis zu den Einsparungen an modellierten CO₂-Äquivalenten, beim Rückbau müssen riesige Betonfundamente wieder aus dem Boden geholt werden, Sondermüll (Rotorblätter, Solarzellen) muß aufwendig entsorgt werden.
10. Restriktiv und regulativ angelegte "Wirtschaftslenkung" wie CO₂-Steuer, CO₂-Emissionszertifikatehandel oder CO₂-induzierte Quoten schaden der Wirtschaft, vermindern den Wohlstand und sind im Kern nichts anderes als selektiv zugestandene Privilegien, also illiberal und undemokratisch erworbene Gruppenrechte. Wettbewerb und Leistungsorientierung des demokratischen Rechtsstaats werden so mittel- und langfristig durch Willkür ähnlich jener archaischer Stammesgesellschaften ersetzt.
11. Die geplante Umstellung der Stahl- und Chemieindustrie auf durch regenerative Energieträger erzeugten "grünen" Wasserstoff würde den Bedarf an Windenergie- und Photovoltaikanlagen auf ein Maß ansteigen lassen, der nicht mehr in Deutschland und seinen Meeresgebieten erzeugt werden kann. Der Import derartigen Wasserstoffs würde die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten weiter erhöhen, statt sie zu senken. Die Energiekosten

würden noch weiter ansteigen.

12. Wohlstand entsteht durch effiziente, nachhaltige Nutzung von Technik und der jederzeitigen einfachen Verfügbarkeit kostengünstiger Energie für jedermann.

13. Wohlstand ist zwingende Voraussetzung für den Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und dem Erhalt von Naturräumen.

14. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.

15. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.

16. In jedem Fall ist jetzt der Gefahr durch Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen als irgendeiner Klima-Fiktion.

17. Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen im Rahmen der angeblichen "epidemischen Lage nationaler Tragweite" rigoros verhängten Maßnahmen wirkten als "Brandbeschleuniger" für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits deutlich zu erkennende Wirtschaftskrise - die negativen Folgen sind und bleiben klar erkennbar.

18. Derzeit ist Europa, auch Deutschland, von einer beispiellosen Energieversorgungskrise mit sehr hohen Energiekosten betroffen, wieder wirken sich die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte aus, in diesem Fall in Form hoher Energiekosten durch sogenannte erneuerbare Energien und Verknappung von Energie durch Atom- und Kohleausstieg.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alle Zahlungen und Begünstigungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien, die neu oder erneut in Betrieb genommen werden, vollständig und ersatzlos zu streichen,

2. alle bereits gewährten Zahlungen und Begünstigungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für bestehende Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung des Vertrauensschutzes schnellstmöglich zu beenden,

3. das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) unmittelbar nach Auslaufen der letzten Regelungen für bestehende Anlagen vollständig und ersatzlos zu streichen,

4. sicherzustellen, daß alle Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien nach dem Auslaufen ihrer Zwangsumlagen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz wie jede andere Anlage zur Erzeugung von Elektrizität aus fossilen und nuklearen Brennstoffen eingestuft und behandelt werden und auf keinen Fall eine erneute Bevorzugung oder Begünstigung erhalten,

5. sicherzustellen, daß alle Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien, die neu oder erneut in Betrieb genommen werden, wie jede andere Industrieanlage in Deutschland eingestuft und behandelt werden und auf keinen Fall eine Bevorzugung oder Begünstigung bei der Betriebsgenehmigung erhalten,

6. sicherzustellen, daß Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien nur neu oder erneut in Betrieb genommen werden dürfen, wenn für die Stabilität der Elektrizitätsversorgung das "n-1-Kriterium" erfüllt ist,

7. sicherzustellen, daß alle Betreiber von neu oder erneut in Betrieb genommenen Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien verpflichtet werden, jederzeit lieferbereit für Elektrizität mit der erforderlichen Spannung und Frequenz zu sein, wobei dies ggf. durch Vorab-Verträge mit anderen Versorgern oder andere geeignete Maßnahmen ersatzweise dargestellt werden kann und die Kosten dafür der Betreiber zu tragen hat,

8. umgehend die Bundesnetzagentur zu beauftragen, durch vorbeugende Planungen und Maß-

nahmen insbesondere sicherzustellen, daß bestehende Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien, die durch die Regelungen des EEG begünstigt werden und für die Vertrauensschutz gilt, keine Versorgungs-Notlagen (Blackout, Brownout) verursachen oder deren Risiko signifikant erhöhen und langfristig das "n-1-Kriterium" für die Stabilität der Elektrizitätsversorgung gewährleistet wird,

9. alle Betreiber von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien zu verpflichten, einen Fonds für sämtliche finanziellen Aufwendungen, die für Rückbau, Rekultivierung und Renaturierung solcher Anlagen am Ende der Betriebslaufzeit anfallen, zu finanzieren,

10. alle Betreiber von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien zu verpflichten, einen Fonds zu finanzieren, der für alle Schadensersatzansprüche aus physischen und psychischen Schäden (z.B. Umweltschäden, Infraschall), die durch den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien entstehen, haftet,

11. die Einnahmen aus jedweder CO₂-Bepreisung ersatzlos zu streichen und übergangsweise formal diese Bepreisung dauerhaft auf 0 Euro je Tonne festzusetzen,

12. das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) vollständig und ersatzlos zu streichen,

13. schnellstmöglich aus dem Treibhausgas-Emissionszertifikatehandel der Europäischen Union (EU-ETS) auszusteigen beziehungsweise einen Beitritt zu jedweden CO₂-Bepreisungssystemen zu unterlassen sowie die Umsetzung aller EU-Verordnungen und Richtlinien zum Treibhausgas-Emissionszertifikatehandel sofort zu beenden.

Berlin, den 10. November 2021

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen in der Vergangenheit rigoros verhängten und noch nachwirkenden Maßnahmen bezüglich COVID-19 wirken noch immer als Brandbeschleuniger für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits schwelende Wirtschaftskrise. Die Menschen haben nicht nur substantielle Freiheitsbeschränkungen erduldet, die allermeisten haben mit deutlichen Einkommenseinbußen zurechtkommen müssen, nicht wenige verloren ihre Arbeit und sind in ihrer beruflichen Existenz bedroht. Es ist daher dringend geboten, wirkungslose beziehungsweise überflüssige Ausgaben einzusparen - insbesondere der Staat ist hier in der Pflicht.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Teil der Klimaschutzpolitik befördert ineffiziente, instabile Energieerzeugung wie Photovoltaik und Windenergie und belastet die Bürger gleich mehrfach - über den Aufschlag im Strompreis, aus denen die Zwangsumlagen bezahlt werden, durch Verlagerung bzw. Schließung wertschöpfender Betriebe aus Deutschland und durch ein erhöhtes Risiko eines flächendeckenden Stromausfalls (Blackout) beziehungsweise eines gesteuerten großräumigen Lastabwurfs (Brownout), bedingt durch die wetterabhängige Stromerzeugung aus Wind und Sonne.

Gerade in der aktuellen Energiekrise zeigen regelbare, jederzeit verfügbare Energiequellen, thermische Kraftwerke, wie sehr eine wohlhabende Gesellschaft auf eine ausreichende und sichere Energieversorgung angewiesen ist, um ihre lebensnotwendigen Bedürfnisse - aktuell besonders sichtbar im Gesundheitssektor - zu decken. Bereits jetzt sind Lieferketten durch die COVID-19-Politik stark gestört, nun stellen auch noch wichtige Bereiche wie Kraftwerke, chemische Industrie und Heizbrennstoffversorgung teilweise ihren Betrieb ein und Grundbedarfsgüter verteuern sich zusätzlich.

Aktuell wird sehr deutlich, wie stark eine Volkswirtschaft von hohen Energiepreisen beeinflusst wird - ein Zustand, welcher durch die Umstellung auf die sogenannten "Erneuerbaren Energien" zementiert oder gar verschärft wird. Obwohl seit langer Zeit zahlreiche Warnungen vor Energieknappheit formuliert wurden, ignoriert die Bundesregierung bis heute

drohende Gefahren und betreibt ihre ideologisierte Energiewendepolitik weiter. Anstatt die Kernenergie weiter auszubauen, hat sie sich nun so noch stärker von ausländischen Akteuren auf dem Energiemarkt abhängig gemacht.

Die Klimaschutzpolitik und das Erneuerbare-Energien-Gesetz belasten die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über einer halben Billion Euro, über 500 Milliarden, in den letzten Jahren waren das allein für erhobene Zwangsumlagen 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein mustergültiges Beispiel gescheiterter, fehlgeleiteter, ideologisch verblendeter Wirtschaftspolitik. Nach 20 Jahren und mehreren hundert Milliarden Euro Zwangsumlagen ist es nicht gelungen, Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten "erneuerbaren" Energien wettbewerbsfähig zu machen, die immer noch ausgezahlten Zwangsumlagen sprechen für sich. Aber anstatt diese Geld- und Wohlstandsvernichtung zu beenden, wird von der Bundesregierung die zuverlässige und wettbewerbsfähige Erzeugung von Elektrizität entweder verboten - nukleare Brennstoffe - oder stark eingeschränkt - fossile Brennstoffe.

CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Der Treibhausgas-Emissionshandel hat die deutsche Wirtschaft seit 2012 mehr als 7 Milliarden Euro gekostet. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz wird Unternehmen und Bürger bis 2023 mit knapp 20 Milliarden Euro belasten. Die Abschaffung des Treibhausgas-Emissionshandels und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes würde Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Teil der "Klimaschutzpolitik" befördert eine ineffiziente, instabile Energieerzeugung durch Photovoltaik und Windenergie und belastet die Bürger gleich mehrfach - über den Aufschlag im Strompreis, aus denen die Zwangsumlagen bezahlt werden, durch Verlagerung bzw. Schließung wertschöpfender Betriebe aus Deutschland und durch ein erhöhtes Risiko eines flächendeckenden Stromausfalls (Blackout), bedingt durch die wetterabhängige Stromerzeugung aus Wind und Sonne. Die politische Zielsetzung, Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand und wirkt auf die Gesellschaft in gefährlicher Weise destabilisierend.

Wirtschaftspolitik gegen die Physik ist von Beginn an zum Scheitern verurteilt, deutlich wird dies durch den Erntefaktor (EROI), dem Verhältnis der Summe aller Nutzenergie, die über die Lebensdauer erzeugt wird, mit der Summe aller Energie, die für Bau, Betrieb und Rückbau sowie Förderung und Transport von Brennstoffen und verbrauchsgerechter Energiebereitstellung (Speicher) benötigt wird. Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten "erneuerbaren" Energien haben einen Erntefaktor (EROI) unter 10, Photovoltaik unter 2, Biomasse (Mais) und Wind unter 4, lediglich Wasserkraft kommt auf einen wettbewerbsfähigen Erntefaktor von 35.

Die Erntefaktoren von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus fossilen Brennstoffen liegen zwischen 28 (Erdgas) und 30 (Kohle), Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus nuklearen Brennstoffen erreichen Erntefaktoren über 758. Während die technischen und wirtschaftlichen Potentiale bei den sogenannten "erneuerbaren" Energien und bei fossilen Energien nahezu ausgeschöpft sind, ist das Entwicklungspotential bei Kernenergie gerade einmal gestreift, physikalisch sind Erntefaktoren von 2.000 und mehr möglich.

"Erneuerbare" Energien sind zudem schädlich für die Umwelt und die Artenvielfalt sowie durch ihre vorgenannte Ineffizienz äußerst ressourcenintensiv. Bioenergie reduziert die Artenvielfalt durch Monokulturen, Photovoltaik und vielmehr noch die Windenergie sind für erheblichen Insekten- bzw. Vogelschlag verantwortlich. Es ist nach Ansicht der Antragsteller nicht einzusehen, weshalb die Bürger für ineffiziente, instabile Energieerzeugung, welche

zudem auch noch schädlich für den Naturschutz ist, derartige Belastungen schultern müssen, erst recht nicht in der aktuellen wirtschaftlichen Lage. ...<<

Der erste AfD-Antrag zur Energieversorgungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, der am 11. November 2021 im Deutschen Bundestag beraten und danach in den künftigen Hauptausschuß überwiesen wurde, lautete wie folgt (x1.029/...): >>Deutscher Bundestag Drucksache 20/32 ...

Antrag der Abgeordneten ... und der Fraktion der AfD

Horizont erweitern - Kernenergie für umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Wirtschaftlicher Wohlstand, Bildung und ein starkes Sozialsystem gehen mit der Bewahrung unserer natürlichen Umgebung Hand in Hand - ohne materielle Wohlfahrt ist kein Umwelt- und Naturschutz denkbar, wie die unterschiedlich industriell entwickelten Länder in der Welt zeigen.
2. Automatisierte, effiziente Prozesse steigern die Wirtschaftskraft und ermöglichen gleichermaßen hohe Sozial- wie Umweltstandards, bedingen aber einen hohen Energieverbrauch.
3. Kostengünstige Energie, neben Technik und effizienten Prozeßketten, ist eine zwingende Voraussetzung für eine leistungsstarke, freiheitliche Volkswirtschaft bei gleichzeitig hohem Umweltschutz.
4. Die Kernkraftwerke, soweit überhaupt noch aktiv, tragen zur sicheren und unabhängigen Energieversorgung bei.
5. Deutschland verfügt über für die Lebensqualität sehr geschätzte, einzigartige, in Naturräume eingebettete und natürlich intakte Kulturlandschaften, zum Beispiel Wald- und Forstgebiete mit ihrer Artenvielfalt und ihrer Regulationsfähigkeit in Bezug auf das lokale Klima, welche es unbedingt zu erhalten gilt.
6. Moderne, hocheffiziente Technik wie die Kernenergie im Bereich der Energieversorgung sind der Schlüssel, um den Flächenverbrauch und den Eingriff in Ökosysteme minimal zu halten - Effizienz und Naturschutz schließen sich gerade nicht aus, sie gehören zusammen.
7. Die Kernenergie zeigt, gemessen am Energieausstoß, den kleinsten Flächenverbrauch, die niedrigsten Schadstoffemissionen und die geringste Beanspruchung von Ressourcen, auch beziehungsweise gerade im Vergleich zu Umgebungsenergien wie Wind und Sonne.
8. Gerade die deutschen Kernkraftwerke laufen beziehungsweise liefern besonders sicher und effizient - ihre Abschaltung bis Ende 2022 zusammen mit dem Ausstieg aus der Kohleenergie werden die gegenwärtige Energiekrise immer mehr zu einem Dauerzustand werden lassen.
9. Fortschrittliche Kerntechnik, insbesondere Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren, können die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke in Bezug auf Umweltfreundlichkeit und Effizienz teils deutlich übertreffen, dabei passiv sicher operieren und durch vollständiges Schließen des Kernbrennstoffkreislaufs eine geologische Endlagerung nicht mehr notwendig werden lassen - sie eignen sich sehr gut für die Partitionierung und die Transmutation (P&T, PuT) gegenwärtiger Restkernbrennstoffinventare, siehe auch Drucksache 19/17127.
10. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren können in naher Zukunft als Hochtemperatur-Quelle Elektrizität mit hohem Wirkungsgrad und Prozeßwärme für die großtechnische Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen zu marktfähigen Preisen bereitstellen und so hier kostengünstig Kreislaufwirtschaft etablieren.
11. Auch die EU zieht im Rahmen der Taxonomieverordnung 2020/852 die Kernenergie als umweltfreundliche Energiequelle in Betracht - Länder wie die Schweiz, Italien und die Niederlande erwägen beziehungsweise betreiben den (Wieder-)Einstieg - ungeachtet der teils unsubstantiierten Gegendarstellungen zum EU-Gutachten aus Deutschland (BASE) und Öster-

reich.

12. Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen im Rahmen der angeblichen "epidemischen Lage nationaler Tragweite" rigoros verhängten Maßnahmen wirken als "Brandbeschleuniger" für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits deutlich erkennbare Wirtschaftskrise.

13. Derzeit ist Europa, auch Deutschland, von einer beispiellosen Energieversorgungskrise mit sehr hohen Energiekosten betroffen, wieder wirken sich die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte aus, hohe Energiekosten durch sogenannte erneuerbare Energien und Verknappung von Energie durch Atom- und Kohleausstieg.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf eine nachhaltig sichere und kostengünstige Energiebereitstellung, langfristig, soweit möglich, sogar unterhalb des Kostenniveaus heutiger Großanlagen (gerechnet ohne CO₂-Bepreisung), hinzuwirken,

2. die Laufzeitbeschränkungen und Strommengeneinspeisebegrenzung, auch, soweit möglich, bestehender Kernkraftwerke, durch entsprechende Abänderung des Atomgesetzes (AtG) aufzuheben und deren Weiterbetrieb bei drohender, ernster Netzinstabilität notfalls auch staatlich zu gewährleisten,

3. zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung auf die Landesregierungen einzuwirken, notfalls sofort per Erlaß durch die Bundesregierung, eine provisorische Laufzeitverlängerung für die noch in Betrieb befindlichen bzw. noch betriebsbereiten Kernkraftwerke zu erteilen und sofern den Betreibern der Weiterbetrieb nicht zuzumuten ist, diesen durch den Bund zu sicherzustellen,

4. national und international sich für einen Ausbau der umweltfreundlichen und effizienten Kerntechnik, insbesondere Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren und der Kernfusion, einzusetzen,

5. die Herstellung "synthetischer" Betriebs- und Kraftstoffe (z.B. Wasserstoff) durch Nutzung der Kernenergie, insbesondere mit Hilfe von Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren, als geeignete Strategie zur langfristigen, strategischen Verfügbarkeit anzuerkennen und dieser Strategie Priorität einzuräumen,

6. einen Weiterbetrieb beziehungsweise eine Renaissance der Kernenergie mit allen zur Verfügung stehenden guten Argumenten zu unterstützen und die Forschung auf diesem Gebiet umfassend national und international zu fördern,

7. die Genehmigung derartiger Anlagen unter Beachtung vernunftgeleiteter Umwelt- und Sicherheitsauflagen konstruktiv zu begleiten und investitionssicher zu gestalten,

8. die Partitionierung und Transmutation (PuT) als gleichermaßen geeignete und wirksame alternative, mindestens ergänzende Strategie zur direkten Endlagerung für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe einzustufen und anzuerkennen beziehungsweise somit ihre Entwicklung und Nutzung durch Verwendung der Rückstellungen im Entsorgungsfonds zu ermöglichen sowie

9. eine Änderung für das Atomgesetz (AtG) vorzulegen, mit der Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren zu ermöglichen (insbesondere §§ 1, 7 und 9 AtG).

Begründung

Umwelt- und Naturschutz wird nach Wahrnehmung der Antragssteller stets als Zielkonflikt zur Industrialisierung und Durchdringung mit Technik angesehen. Dabei zeigen gerade die industriell wenig entwickelten Länder, daß gerade dort das Umweltschutzniveau deutlich geringer ist - etwa höhere Schadstoffemissionen in Wasser und Luft und eine verstärkte Jagd nach geschützten Wildtierarten oder der großskalige Abbau von Lithium für die Batterieelektronik. Eine hohe Inanspruchnahme von Land läßt sich nur wegen der teils geringeren

Bevölkerungsdichte nicht beobachten, oft werden aber wegen fehlender effizienter Landwirtschaftskonzepte und aufgrund des hohen Bedarfs an Biomasse als Brennstoff weiträumig Wälder gerodet und so Naturräume zerstört.

Das Gegenteil ist in Gebieten wie Mitteleuropa, Nordamerika oder auch in Ostasien (z.B. Japan und Südkorea) trotz der eher höheren Bevölkerungsdichte zu beobachten - hier ist die Luft- und Wasserqualität überwiegend hoch, es wird verstärkt, wenn auch nicht vollständig geschlossen, Kreislaufwirtschaft betrieben und es existieren intakte Naturräume und Kulturlandschaften.

In Deutschland entwickelt sich die Lage dramatisch in die falsche Richtung. Nach 20 Jahren EEG sind die sogenannten erneuerbaren Energien trotz exorbitanter Subventionen immer noch nicht konkurrenzfähig. Wind- und Solaranlagen verursachen unter Berücksichtigung der Dauersubventionen Strompreise, die weit über denen von Kernenergie liegen: eine Megawattstunde Offshore-Windstrom und Photovoltaik kostet 100-220 Euro. Dazu kommen die gern ignorierten Folgekosten für die großflächige Zerstörung der Umwelt und für den Rückbau. Die einst von Umweltminister Trittin versprochene "Kugel Eis pro Monat" kostet heute bereits über 200 Euro.

Kernenergie war im Vergleich dazu schon immer kostengünstig: die weltweiten gewichteten Durchschnittskosten für eine Megawattstunde Strom aus Kernenergie lagen 2018 bei umgerechnet 60 Euro inklusive aller Aufwendungen, die in Deutschland neuerdings auf staatlicher Seite entstehen. Die günstigsten Stromgestehungskosten liegen bei rund 35 Euro pro Megawattstunde - in Ländern in Ostasien, die durch regelmäßigen Bau ihre Kompetenz auf diesem Gebiet ausbauen.

Dies muß noch im Lichte der massiven populistischen Angriffe und Fehlinformationen in den Medien und der dadurch in Europa zunehmenden Projektschwierigkeiten gesehen werden. Die sogenannten Erneuerbaren produzieren nicht den billigsten, sondern den am Ende teuersten Strom, wie Deutschland selbst eindrucksvoll zeigt.

Die Energieversorgung und damit die Netzstabilität kann bzw. muß zudem in Hinblick der gerade jetzt notwendigen Versorgungssicherheit durch nichtvolatile Quellen, insbesondere durch saubere fossile und nukleare Kraftwerke, unbedingt sichergestellt werden. Durch den inzwischen leider viel zu weit fortgeschrittenen Ausstieg aus der Kernenergie muß bei letzterem im Ernstfall auch ein staatlicher Weiterbetrieb erwogen werden. Fluktuierende Techniken wie Photovoltaik und Windenergie sind hierfür nicht geeignet und erhöhen somit das Risiko eines Versagens des Elektrizitätsnetzes oder, um dies zu vermeiden, erhöhen gegebenenfalls erheblich die Häufigkeit für Zwangsabschaltungen/Lastabwürfe.

Sie gefährden damit gerade in der aktuellen Notsituation den Erfolg der Maßnahmen in nicht akzeptabler Weise. Erschwerend kommt nun die derzeitige besondere Situation bei der Gasversorgung zum Tragen, was die Vulnerabilität eines Landes bei mangelnder Energieversorgung besonders deutlich macht.

Zudem laufen die Laufzeitgenehmigungen für 3 Kernreaktoren mit etwa 4 GW Elektrizitätsleistung beziehungsweise bis über 30 TWh jährlicher Einspeisemenge (ca. 5 % des gesamten deutschen Stromverbrauchs) zum Jahresende aus - deren Abschaltung muß in Anbetracht der gegenwärtig kritischen Situation unbedingt abgewendet werden. Deutschland muß bei der Bereitstellung von lebensnotwendigen Gütern - hier der Energieversorgung - zumindest weitgehend autark sein.

Mit 12 Kilogramm CO₂-Äquivalente pro Megawattstunde hat die Kernenergie den niedrigsten CO₂-Fußabdruck aller Stromerzeugungstechniken, und zwar inklusive Uranförderung und Anreicherung. Die Uranförderung findet dabei ausschließlich in OECD-Staaten wie Kanada nach modernsten technischen Umweltstandards (z.B. dem minimalinvasiven In-situ-Leaching) statt, ganz im Gegensatz zum ewigen Mythos eines angeblich "menschenrechtsverachtenden Uranbergbaus". Insbesondere bei NO_x- und SO₂-Emissionen schneidet die Kern-

energie oft am besten ab. Diese Bilanz wird mit zukünftigen Kernreakortypen noch deutlich verbessert werden.

Kernreaktoren stellen eine weltweit anerkannt umweltfreundliche, effiziente und wirtschaftliche Quelle mit hoher Versorgungssicherheit zur Erzeugung von Energie dar. Insbesondere Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren, können durch ihre hohe Betriebstemperatur besonders vielseitig und ökonomisch effizient Wärme und Strom bereitstellen. Diese Kernreaktoren sind herausragend sicher auslegbar und zusammen mit der Fähigkeit, durch den Schluß des Brennstoffkreislaufs Nuklearbrennstoff vollständig verwerten und damit langlebige Rückstände praktisch völlig vermeiden zu können, besonders umweltfreundlich.

Sie stoßen keine relevanten Mengen an Schadstoffen aus. Aufgrund der großen Vorkommen und der hohen Brennstoffausnutzung in Schnellspaltkernreaktoren sowie des sehr geringen Ressourcenverbrauchs für die Bereitstellung und Unterhaltung der entsprechenden Infrastruktur ist eine nach menschlichen Maßstäben nachhaltige und kostengünstige Erzeugung von Energie und Wasserstoff beziehungsweise synthetischen Kraft- und Betriebsstoffen möglich. Kostenprojektionen bei z.B. Salzschnmelzekernreaktoren (MSRs) bewegen sich je nach Blockgröße zwischen 2 Cent/kWh und 4 Cent/kWh.

Anders als in Deutschland, auch in Europa, aber vor allem in China und Kanada, besinnt man sich auf die Entwicklung von Kernreaktoren. Die EU, initiativ durch den EU-Rat, plant, basierend auf entsprechende Gutachten, die Kernenergie in ihre Umweltbewertungen als in Frage kommende Technologie aufzunehmen, trotz unhaltbarer Gegenargumentation aus Deutschland (BASE), Luxemburg und Österreich, wo fälschlicherweise insbesondere auf die vorgeblich mangelhafte Analyse von Unfallgefahren und Entsorgungsfragen verwiesen wird.

Die Schweiz und Italien diskutieren hingegen eine Hinwendung zur Kernenergie, während ihr Ausbau in den Niederlanden schon konkret geplant wird. Der Weg zu fortschrittlicher Kerntechnik wurde weltweit bereits seit etwa 60 Jahren - leider mit langen, oft nicht technologisch bedingten Unterbrechungen - beschritten.

In Deutschland wird oft lapidar auf mangelnde Kenntnis derartiger Technologien und Akzeptanz verwiesen. Forschungen zu Partitionierung und Transmutation (PuT) wie etwa basierend auf den Empfehlungen der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, werden von der Bundesregierung nicht oder nur marginal unterstützt und wegen der Beschlüsse zum Kernenergieausstieg als "nicht zielführend", sogar kontraproduktiv angesehen.

Basis dieser Einschätzungen ist die Tatsache, daß auch Forschungen an fortschrittlicher Kerntechnik als Wiedereinstieg angesehen werden und eine Gleichsetzung dieser neuen Kernreakortypen mit der heute etablierten Infrastruktur pauschal vorgenommen wird. Zugleich werden die neuartigen Eigenschaften zukünftiger Systeme aber gerade wegen ungenügender Forschung und Erfahrung, z.B. im Bericht der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages (<https://www.bmu.de/download/bericht-der-kommission-lagerung-hoch-radioaktiver-abfallstoffe/>), angezweifelt.

Weitere Forschungs- und Entwicklungsbemühungen werden also vor allem wegen mangelnder Kenntnisse in diesem Feld als ungeeignet oder nicht lohnenswert verworfen - ein widersinniger Zirkelschluß. Die gegenwärtige aus Sicht der Antragsteller einseitige Diskussion über den als "alternativlos" angesehenen Ausstieg aus der Nukleartechnologie verbaut somit den Blick auf mögliche Antworten bestehender Fragen, etwa der Entsorgung hochaktiver Reststoffe. Die Entwicklung in der Welt zeigt aber, daß auf diesem Gebiet aktuell geforscht wird, wovon sich Deutschland offenkundig nun abkoppeln möchte und nach Meinung der Antragsteller technologisch rückzufallen droht.

Für eine Lösung der Frage zur geologischen Endlagerung würden die bereits im Rückstellungsfonds des Bundes für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe bereitgestellten Mittel (knapp 25 Mrd. Euro) hiernach ohne weiteres alternativ auch für einen Partitionierungspfad oder auch für eine komplette PuT-Strategie zur schadlosen Verwertung dieser Brennelemente

genügen, siehe auch Drucksache 19/17127.

Letztere könnte sogar Erträge erwirtschaften, unabhängig von der Verfahrensweise in Bezug auf die aktuell gültige Fassung des AtG - eine Nutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität, wie in dieser Stellungnahme der Bundesregierung, ist nicht zwingend erforderlich. Zudem dürfte die Beteiligung Deutschlands an diesem strategisch wichtigen Feld im Lichte der internationalen Ausrichtung geboten sein. Entsprechende Änderungen des Atomgesetzes (AtG) würden weitere Bemühungen auf diesem Gebiet ermöglichen und könnten so diese Blockade aufheben sowie damit eine seit Jahrzehnten geführte Debatte für alle Beteiligten zufriedenstellend lösen.<<

Der zweite AfD-Antrag zur Energieversorgungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, der am 11. November 2021 im Deutschen Bundestag beraten und danach in den künftigen Hauptausschuß überwiesen wurde, lautete wie folgt (x1.033/...): >>Deutscher Bundestag Drucksache 20/34 ...

Antrag der Abgeordneten ... und der Fraktion der AfD

Blackout und Brownout verhindern - Energieversorgung sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse, zudem gibt es keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluß auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen.
2. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.
3. Moderne Abgasfiltersysteme, über welche die deutschen Kohlekraftwerke verfügen, ermöglichen eine genügend hohe Luftqualität, welche keinerlei Gefahr für die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellt. Dabei werden für die Industrie relevante Rohmaterialien (z.B. Gips) generiert.
4. Die von den Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte verfolgte "Energiewende" und Klimaschutzpolitik hat immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
5. Auch nach 20 Jahren Förderung kann der Strom aus sogenannten erneuerbaren Energien nicht wettbewerbsfähig produziert werden.
6. Auch der komplett unrealistische Ausbau (Verdopplung oder Verdreifachung gegenüber heute) der Stromerzeugungskapazitäten aus sogenannten erneuerbaren Energien wird den weiterhin steigenden Strombedarf nie bedarfsgerecht (zu jedem Zeitpunkt) decken können und damit auch nicht die bislang in Deutschland selbstverständliche Versorgungssicherheit (n-1) sicherstellen.
7. Kostengünstige sowie nachfragegerechte und zuverlässig bereitgestellte Energie, neben Technik und effizienten Prozeßketten, ist eine zwingende Voraussetzung für Sicherheit und Bevölkerungsschutz. Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.
8. Alle Bereiche der Grundversorgung basieren in Deutschland direkt oder indirekt auf Prozessen, für die elektrischer Strom erforderlich ist.
9. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.
10. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.
11. In jedem Fall ist jetzt der Gefahr durch Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen als irgendeiner Klima-Fiktion.
12. Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen im Rahmen der angeblichen "epidemischen Lage nationaler Tragweite" rigoros verhängten Maßnahmen wirkten als

"Brandbeschleuniger" für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits deutlich zu erkennende Wirtschaftskrise - die negativen Folgen sind und bleiben klar erkennbar.

13. Derzeit ist Europa, auch Deutschland, von einer beispiellosen Energieversorgungskrise mit sehr hohen Energiekosten betroffen, wieder wirken sich die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte aus, in diesem Fall in Form hoher Energiekosten durch sogenannte erneuerbare Energien und Verknappung von Energie durch Atom- und Kohleausstieg.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Betrieb von Kohlekraftwerken, die dem Stand der Technik entsprechen, uneingeschränkt zu ermöglichen und sämtliche Bemühungen zum Ausstieg aus dieser Technik zu unterlassen bzw. zu beenden, insbesondere ist das Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz) ersatzlos zu streichen und rückabzuwickeln,

2. jegliche Beschränkung oder Pönalisierung des Brennstoffs Kohle aufgrund der bei der Verfeuerung anfallenden CO₂-Emissionen zu unterlassen bzw. zu beenden,

3. zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung auf die Landesregierungen einzuwirken, notfalls sofort per Erlaß durch die Bundesregierung, eine provisorische Laufzeitverlängerung für die noch in Betrieb befindlichen bzw. noch betriebsbereiten Kohlekraftwerke zu erteilen und, sofern den Betreibern der Weiterbetrieb nicht zuzumuten ist, diesen durch den Bund sicherzustellen,

4. die Bundesnetzagentur zu beauftragen, durch geeignete Planungen und Maßnahmen sicherzustellen, daß die Bundesrepublik Deutschland zu keinem Zeitpunkt von Stromimporten abhängig wird und zu diesem Zweck ausreichend, gesicherte, jederzeit abrufbare Stromerzeugungsleistung im Inland verfügbar ist,

5. das Abwälzen von Planungs- und Vorhersagerisiken bei der Stromerzeugung mit sogenannten erneuerbaren Energien auf alle Stromverbraucher und das Aushöhlen der Versorgungssicherheit zu beenden und

6. kurzfristige Stromausfälle bis 3 Minuten Länge, die nicht in den "SAIDI-Index" eingerechnet werden, statistisch zu erfassen und auszuwerten. Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt. ...

Begründung

Ein nennenswerter Einfluß von CO₂ auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der "UN-Weltklimarat" IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001: "In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, daß es sich dabei um ein gekoppeltes, nichtlineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich." Diese Aussage bleibt nach Einschätzung vieler Experten weiterhin gültig.

Tatsächlich wohnt Prognosen der klimatischen Entwicklung, die über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinausgreifen, nach wie vor keinerlei Vorhersagekraft mehr inne. Die Klimaforschung behilft sich daher mit Szenarien, die zwar plausibel und in sich widerspruchsfrei sind, denen aber aufgrund ihrer Konstruktion keine Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können.

Allein der unvermeidbare statistische Fehler bei der Bestimmung des Langwellenstrahlungseffekts der Wolkenbildung in Standard-Klimamodellen ist über hundertmal größer als der Effekt, der nach diesen Modellen vom CO₂ verursacht sein soll. Im Gegenteil - das Klima kann und muß nicht vor hohen CO₂-gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen.

Auch der vielzitierte wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel gilt nur insofern, als eine Mehrheit der Klimawissenschaftler der Meinung ist, daß der Klimawandel real und zumindest teilweise vom Menschen verursacht sei.

Über das Tempo des Klimawandels gibt es nach wie vor eine Kontroverse, ebenso über die Aussagekraft von Klimamodellen, über die Höhe des menschlichen Anteils am Klimawandel, über die direkten und indirekten Einflüsse der Sonne und der Wolkenbildung, über den Wärmeaustausch zwischen Atmosphäre und Ozeanen und über die CO₂-Bindekraft von Pflanzen. Auch Art und Ausmaß der Auswirkungen des überwiegend natürlich bedingten Klimawandels auf unseren Planeten oder konkrete Wege zu seiner Bewältigung sind von einem weltweiten Konsens unter allen Experten nicht umfaßt.

Die Klimaschutzpolitik und das Erneuerbare-Energien-Gesetz belasten die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über einer halben Billion Euro, über 500 Milliarden, in den letzten Jahren waren das allein für erhobene Zwangsumlagen 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein mustergültiges Beispiel gescheiterter, fehlgeleiteter, ideologisch verblendeter Wirtschaftspolitik.

Nach 20 Jahren und mehreren hundert Milliarden Euro Zwangsumlagen ist es nicht gelungen, Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien wettbewerbsfähig zu machen, die immer noch ausgezahlten Zwangsumlagen und deren jährliche Steigerungen sprechen für sich. Aber anstatt diese Geld- und Wohlstandsvernichtung zu beenden, wird von der Bundesregierung die zuverlässige und wettbewerbsfähige Erzeugung von Elektrizität entweder verboten - nukleare Brennstoffe - oder stark eingeschränkt - fossile Brennstoffe.

CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Der Treibhausgas-Emissionshandel hat die deutsche Wirtschaft seit 2012 mehr als 7 Milliarden Euro gekostet. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz wird Unternehmen und Bürger bis 2023 mit knapp 20 Milliarden Euro belasten.

Die Abschaffung des Treibhausgas-Emissionshandels und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes würde Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben. Die politische Zielsetzung Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand und wirkt auf die Gesellschaft in gefährlicher Weise destabilisierend.

Die Transformation des deutschen Energiesystems im Rahmen der bereits umgesetzten Energiewende bringt eine Vielzahl technischer Risiken mit sich, die bisher in den Maßnahmen der Bundesregierung nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die Wahrscheinlichkeit von großflächigen Stromausfällen (Blackout) infolge unkontrollierbarer Netzzustände nimmt derzeit stark zu. Stromausfälle im Millisekundenbereich sowie Lastabwürfe der Industrie (Brownout) zur Netzstabilisierung kommen schon heute regelmäßig vor und dürften nach Wahrnehmung der Antragssteller zur Vermeidung von Blackouts in Zukunft noch großräumiger ausfallen.

Engpässe im Stromnetz traten früher nur sehr selten auf, wenn geplante Unterbrechungen für Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten und ungeplante Ausfälle durch Starkwetterereignisse oder Materialermüdung ungünstig zusammenkamen. Heute ist knapp die Hälfte der Stromerzeugungskapazität in Deutschland direkt von Wind und Sonne abhängig.

Bei Windkraft- und Photovoltaikanlagen ist die in jedem Moment maximal erzeugbare Strommenge nicht steuerbar. Somit ergibt sich das Problem, das Wetter möglichst exakt vorherzusagen, um daraus dann die erzeugbaren Strommengen für die Planung des Netzbetriebs abzuleiten. Verhält sich das Wetter nicht so wie vorhergesagt, kann die Strommenge aus Wind und Sonne deutlich geringer als erwartet ausfallen.

Die fehlenden Strommengen müssen durch konventionelle Kern-, Kohle- oder Gaskraftwerke im In- und Ausland ausgeglichen werden oder, wenn diese nicht schnell genug zur Verfügung stehen, durch Lastabwürfe von Wirtschafts- bzw. Industrieunternehmen - sonst droht ein langanhaltender flächendeckender Stromausfall.

Die unregelmäßige Einspeisung aus volatilen, sogenannten erneuerbaren Energien stellt mittlerweile ein erhebliches Systemrisiko dar. Die Übertragungsnetzbetreiber sind durch den star-

ken Zubau von Anlagen zur Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien zunehmend zu Eingriffen in das Stromnetz gezwungen, um die Systemstabilität aufrechtzuerhalten. Die erforderliche Energiemenge zur Stabilisierung des Stromnetzes und zur Engpaßbewältigung hat sich zwischen 2010 und 2015 um den Faktor 50 vervielfacht, waren im Jahr 2010, also vor dem massiven Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, noch Redispatch-Maßnahmen mit einem Umfang von lediglich 306 GWh erforderlich, so waren es im Jahr 2015 bereits über 15.000 GWh.

Die Kosten stiegen dabei im gleichen Zeitraum von unter 50 Mio. € auf rund 1,1 Milliarden jährlich. Dies ist auf den nicht systemverträglichen Zubau von unregelmäßig einspeisenden Anlagen zur Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien zurückzuführen und damit direkte Folge der Energiewende. Es ist absehbar, daß sich diese Entwicklung mit dem weiteren Zubau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen noch verstärkt und die Überlastung der Netze weiter zunimmt.

Der deutsche Kraftwerkspark wird aufgrund des starken Zubaus von dezentralen Stromerzeugungskapazitäten zunehmend komplex und damit schwer beherrschbar. Die Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende haben dazu geführt, daß die Stromversorgung mittlerweile aus rund 1,6 Millionen dezentralen (Klein-)Kraftwerken besteht. Diese Anlagen müssen zwangsläufig digital vernetzt werden, um angesteuert werden zu können. Ergänzend hierzu sollen nach Plänen der Regierung zukünftig auch möglichst viele Verbraucher in digitale Infrastrukturen eingebunden werden, um ein umfassendes Lastmanagement zu ermöglichen.

Daraus ergibt sich ein hoch komplexes, "digitales" Energiesystem. Die zunehmende Digitalisierung des Energiesystems birgt aber erhebliche Risiken - an dieser Stelle seien Faktoren wie die strategische Einflußnahme durch ausländische Akteure (Huawei), die stark zunehmende Cyberkriminalität oder die immer wichtiger werdenden Datenschutzaspekte (digitale Stromzähler) genannt. Ohne Digitalisierung der Netze ist die geplante sogenannte Energiewende jedoch nicht darstellbar.

Mit dem Abbau von konventioneller Kraftwerksleistung ist ebenfalls eine Abnahme der rotierenden Schwungmasse im Stromnetz verbunden. Diese ist jedoch für die Netzfrequenzhaltung im Sekundenbereich, also für sehr schnelle Korrekturen, derzeit noch unerlässlich. Generell läßt sich feststellen, daß das Stromnetz bei hohen Anteilen von Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien hinsichtlich Regelleistung und Momentanreserve im Störfall bei einem System-Split und im Falle eines erforderlichen Versorgungswiederaufbaus nach einem Blackout nicht ausreichend kontrollierbar ist. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Bundesnetzagentur in einer entsprechenden Veröffentlichung.

Die stabile Verfügbarkeit von elektrischer Energie ist in einer vollständig technisierten Gesellschaft ein unverzichtbares Gut. Alle Bereiche der Grundversorgung basieren in Deutschland direkt oder indirekt auf Prozessen, für die elektrischer Strom erforderlich ist. Die Auswirkungen von großflächigen, länger andauernden Stromausfällen werden allgemein unterschätzt. Tatsächlich würden derartige Ereignisse einer nationalen Katastrophe gleichkommen, da die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufgrund der nicht mehr gewährleisteten Grundversorgung innerhalb kürzester Zeit kollabieren würde.

Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) hat die zu erwartenden Folgen eines derartigen Szenarios bereits im Jahr 2010 untersucht und dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Bericht dazu vorgelegt. Spätestens seit Veröffentlichung dieser Studie steht damit außer Frage, daß die Versorgungssicherheit in allen energiepolitischen Maßnahmen das vorrangige Ziel der Bundesregierung sein muß, um der staatlichen Schutzpflicht gegenüber der Bevölkerung gerecht zu werden. Insofern muß jederzeit auch ein Mindestmaß an Versorgungssicherheit bei Wegfall ausländischer Elektrizitätslieferungen vorliegen, was ausdrücklich nicht ausschließen soll, daß zu nichtkritischen Zeiten natürlich auch grenzüberschreitender Elektrizitätshandel stattfinden kann.

Energiepolitik gegen die Physik ist von Beginn an zum Scheitern verurteilt, deutlich wird dies durch den Erntefaktor (EROI), dem Verhältnis der Summe aller Nutzenergie, die über die Lebensdauer erzeugt wird, mit der Summe aller Energie, die für Bau, Betrieb und Rückbau sowie Förderung und Transport von Brennstoffen und verbrauchsgerechter Energiebereitstellung (Speicher) benötigt wird. Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien haben einen Erntefaktor (EROI) unter 10, Photovoltaik unter 2, Biomasse (Mais) und Wind unter 4, lediglich Wasserkraft kommt auf einen wettbewerbsfähigen Erntefaktor von 35.

Die Erntefaktoren von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus fossilen Brennstoffen liegen zwischen 28 (Erdgas) und 30 (Kohle), Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus nuklearen Brennstoffen erreichen Erntefaktoren über 75. Während die technischen und wirtschaftlichen Potentiale bei den sogenannten erneuerbaren Energien und bei fossilen Energien nahezu ausgeschöpft sind, ist das Entwicklungspotential bei Kernenergie gerade einmal gestreift, physikalisch sind Erntefaktoren von 2.000 und mehr möglich.

Energieumwandlung mit fossiler und nuklearer Energie ist zehn- bis einhundertmal effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais). In der Gesamtschau folgt daraus, daß der Ressourcenverbrauch bezogen auf die ausgestoßene Energie und somit der "Footprint" bei den sogenannten Erneuerbaren erheblich höher ist. Dies ist nach Auffassung der Antragssteller als nicht nachhaltig zu bezeichnen und dürfte zudem ein Mehrfaches an Energiegestehungskosten verglichen mit dem heutigen System thermischer Kraftwerke bewirken.

Die derzeitige Infrastruktur aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken hat sich bisher für eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung bewährt. In den letzten Jahrzehnten wurde zudem der Schadstoffausstoß durch wirksame Filteranlagen erheblich reduziert - technisch wird international eine Rückhaltung von über 90 % aller relevanten Schadstoffe, Ruß und Feinstaub gar 99,9 %, erreicht, welche die modernen deutschen Kohlekraftwerke ebenso realisieren. Die Luftqualität in Deutschland hat sich nicht zuletzt auch deshalb in den letzten 40 Jahren stark verbessert.

Die schon seit Jahrzehnten vorhandenen, bereits abgeschriebenen Kohlekraftwerke produzieren Strom zu sehr geringen Kosten und leisten somit einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand und zur Versorgungssicherheit in Deutschland. Ihre erzwungene, abrupte Abschaltung nach dem zur Diskussion stehenden Kohleausstieg läßt sich nach Ansicht der Antragssteller mit Blick auf alles vorher Gesagte nicht mit den Auswirkungen auf die Umwelt sowie die Gesundheit begründen und ist daher wegen offensichtlicher Unverhältnismäßigkeit abzulehnen. Es zeigt sich weltweit, daß sich nur wohlhabende Gesellschaften guten Naturschutz leisten können - Armut ist eine der größten Gefahren für Mensch und Umwelt. ...<<

Zur aktuellen Debatte um enorm steigende Energiekosten erklärte der umweltpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Karsten Hilse, am 11. November 2021 im Deutschen Bundestag (x1.047): >>Mal wieder sehen weder die geschäftsführende Bundesregierung noch die Altparteien den riesigen Elefanten im Raum, nämlich die fast schon wahnwitzig zu nennende Verteuerung von Energie, verstärkt durch das Abreißen gesamter Lieferketten und der beschlossenen Abschaltung weiter dringend gebrauchter Kernkraftwerke in diesem Land. Sie beschäftigen sich lieber mit Scheinproblemen.

Bis zum Jahresende gehen 4,25 GW grundlastfähiger Kernkraftleistung vom Netz, bis Ende 2022 nochmals dieselbe Menge. Diese sicheren, technologisch modernsten Kernkraftwerke liefern allein deutlich mehr Strom als alle Photovoltaik-Anlagen zusammen. Und das in jedem gewünschten Augenblick, nicht nur dann wenn die Sonne mal gerade scheint.

Diese Abschalteritis und noch viel mehr wird besonders mit dem sogenannten Klimaschutz begründet, obwohl allen längst klar ist, daß - selbst wenn die CO₂-Hypothese stimmen sollten, wofür es immer noch keinen Beweis gibt - Deutschlands Anteil an irgendeiner sehr

moderaten globalen Temperaturerhöhung unmeßbar klein ist. Trotzdem wird zunächst eine zunehmende Energiearmut bewußt herbeigeführt, statt den Menschen in diesem Land ihren Wohlstand zu lassen. Das Wieselwort vom 'Klimaschutz' ist die Rechtfertigung für diesen Frontalangriff auf die Energieversorgung in diesem Land. Durch Infraschall gesundheitsgefährdende Windkraftanlagen sollen weiter in Massen dazu gebaut werden, so als gäbe es kein Morgen.

Jedwede CO₂-Erzeugung soll jedes Jahr noch höher besteuert werden. Um diesen Wahnsinn zu stoppen, ihn zumindest aktenkundig zu machen, hat die AfD-Fraktion heute drei Anträge eingebracht, die eine Abkehr vom 'Klimaschutz', eine sofortige Beendigung der Energiewende und ein Wiederhochlaufen der Kernenergie fordern. Den Parlamentariern muß bewußt sein, daß es fast schon zu spät ist, für eine Umkehr ohne Riesenschäden in Kauf zu nehmen. Drum merke: Wer von diesen Leuten 'Klimaschutz' sagt, will betrügen.<<

Der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Steffen Kotré, erklärte am 24. November 2021 im Deutschen Bundestag über die verantwortungslose Zerstörung bewährter Energieinfrastrukturen (x1.047): >>In quasireligiösem Rausch wird die sichere und günstige Energieversorgung Deutschlands auf dem Altar der selbsternannten Klimaretter geopfert. Aber ohne die bewährten grundlastfähigen Kohle- und Kernkraftwerke steuert Deutschland absehbar ins wirtschaftliche und soziale Abseits.

Die steigenden Strom- und Energiekosten sind ein deutliches Warnsignal. Daß nun der E.on-Chef sogar davon spricht, ganze Städte vom Stromnetz zu trennen, muß allen ein Weckruf sein.

Die Energieversorgung Deutschlands mit den sogenannten Erneuerbaren allein ist auf absehbare Zeit nicht realistisch. Ohne bestehende und erprobte Lösungen für die Probleme der ideologischen, sogenannten Energiewende ist die Zerstörung der bewährten Energieinfrastruktur nicht nur dumm, sondern in höchstem Maße verantwortungslos.

Der Ausstieg aus der Kernenergie muß sofort rückgängig gemacht, der Kohleausstieg muß gestoppt werden."<<

Zum Kohleausstieg, den die sogenannten Ampel-Parteien laut Koalitionsvertrag bis 2030 "idealerweise" vorziehen wollen, erklärte der umweltpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Karsten Hilse, am 26. November 2021 im Deutschen Bundestag (x1.047): >>Welchem auf schrecklichste Weise zerstörerischen Ideal die Ampel-Koalition folgt, läßt sich kaum besser illustrieren, als durch die erklärte Absicht den Kohleausstieg bis 2030 'idealerweise' vorziehen.

Sie verfolgt damit zwar erklärterweise das Ziel den '1,5 Grad Pfad' der 'Pariser Beschlüsse' für Deutschland einzuhalten, übersieht dabei aber bewußt, daß Deutschlands Einfluß auf das sogenannte Weltklima auch nach den Berechnungen des IPCC insgesamt null ist. Verschwände Deutschland von heute auf morgen von der Weltklimakarte würde der potentielle Anstieg der globalen Mitteltemperatur nur um 0,000653 Grad Celsius gebremst.

Die bis zu diesem Zeitpunkt vorgesehene Verdopplung bis Verdreifachung der Kapazitäten der 'Erneuerbaren' - beispielsweise bei Windkraft von jetzt 60 Gigawatt onshore auf dann eventuell 120 Gigawatt und 30 Gigawatt offshore und von Photovoltaik von jetzt 60 Gigawatt auf dann 200 Gigawatt - brächte zwar extrem hohe Kosten für Verbraucher und Steuerzahler, würde aber den Bedarf bei Flauten und Dunkelheit - also vor allem in Energie intensiven Winterhalbjahr - bei weitem nicht decken. Ihr Beitrag läge dann bei wenig über Null, wie eine Auswertung der Entso-e Stromdaten von 2020 und 2021 deutlich zeigt.

In Spitzenzeiten hingegen - also vor allem im Sommer - würden die Leitungen glühen, sogar verglühen, wenn man die Erzeuger nicht - wie heute schon praktiziert - dann trotz Weiterbezahlung vom Netz trennt, da dann das Drei- bis Vierfache der maximal erforderlichen Last bereitgestellt würde. Auch die nicht vorhandenen also Geister-Gaskraftwerke würden daran nichts ändern, weil es sowohl an Gas wie an der Bereitschaft sie zu bauen aus guten Gründen

fehlt."<<

5. Weshalb kann es im Jahre 2023 in den Abklingbecken der 7 stillgelegten Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von Radioaktivität kommen?

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Dezember 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Abschaltung von drei weiteren deutschen Kernkraftwerken am 31. Dezember 2021

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 4 Wochen sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland die wichtigsten Stützpfeiler der deutschen Stromversorgung zerstört. Die letzten 6 Kernkraftwerke sind derzeit strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke, die praktisch rund um die Uhr laufen.

Aufgrund fehlender Energiespeicher werden die stets zur Verfügung stehenden riesigen 6 Kraftwerke (in Schleswig Holstein, Niedersachsen, Baden Württemberg und in Bayern mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt) gegenwärtig immer häufiger eingesetzt, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des deutschen Stromnetzes auszugleichen.

Falls diese 6 Kernkraftwerke tatsächlich abgeschaltet werden sollten, ist kurz- und mittelfristig ein flächendeckender Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes vermutlich nicht mehr zu vermeiden und die Vernichtung der bisherigen Grundlagen des Lebens in unserer Heimat sowie in großen Gebieten Mitteleuropas ist wahrscheinlich nicht mehr zu verhindern.

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Spruchwort aus China

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Betrieb und der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, kommt es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören, falls es im Jahre 2023 in den Abklingbecken der 7 stillgelegten Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von Radioaktivität kommen sollte.

Aufklärungsarbeit, Demonstrationen und Aufruf zum Generalstreik

Da die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages wesentliche Reformen der Energiewende starrsinnig ablehnt und die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die Gefahren und Schäden der planmäßig eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen weiterhin ignoriert, obgleich sie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland nachweislich gefährden sowie die

innere und äußere Sicherheit Deutschlands bedrohen, müssen die Staatsbürger ihr Leben in Freiheit und Sicherheit unverzüglich selbst verteidigen und auf die Straße gehen.

Im gesamten Land müssen Demonstrationen stattfinden, um die Bevölkerung wegen der drohenden Gefahren für das Leben, die Gesundheit und Sicherheit aufzurütteln. Falls diese Demonstrationen wirkungslos bleiben sollten, müssen wegen der drohenden Gefahren für das Leben, die Gesundheit und Sicherheit der deutschen Bevölkerung massenhafte Arbeitsverweigerungen und letzten Endes ein Generalstreik folgen.

Weil die Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland nicht über die extrem gemeingefährlichen Folgen der sogenannten Energiewende informiert ist, muß die Bevölkerung umfassend aufgeklärt werden. Die Bevölkerung muß wissen, daß es während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, zum nicht mehr beherrschbaren Super-Gau kommen kann.

Die Menschen müssen endlich damit konfrontiert werden, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der finanzstarken Lobbyverbände seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte führt".

Die Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise, der menschengemachte Klimawandel und die Corona Pandemie etc. sind offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen, um von dem eigentlichen Hauptziel abzulenken. Es geht anscheinend in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen in Deutschland zu zerstören.

Pflicht zum Widerstand

Wenn wir dieses NWO-Projekt "Energiewende" zur Rettung des Weltklimas nicht rechtzeitig stoppen können, werden die Deutschen letzten Endes alles verlieren und unser Land wird schon bald nicht mehr existieren.

Um dieses langfristig systematisch geplante epochale Zerstörungswerk doch noch zu verhindern, muß die Bevölkerung unbedingt sofort Widerstand leisten.

Gemäß Grundgesetz (Artikel 20) geht in einem demokratischen Staat die oberste Gewalt immer noch vom Volk aus. Wenn die politische Führung ihre Aufgaben und Pflichten nachweislich ignoriert oder mißachtet, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihr natürliches Recht auf Selbsterhaltung persönlich zu verteidigen.

Laut Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes haben alle Deutschen "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung (gemäß Artikel 20 Absatz 1 bis 3) zu beseitigen, ... das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Alle Menschen, die noch über einen gesunden Menschenverstand verfügen, sind verpflichtet, die geplante Vernichtung der bisherigen menschlichen Lebensformen nicht widerstandslos hinzunehmen. Unsere Heimat darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld mißbraucht werden.

Anstatt sich widerstandslos in den kollektiven Selbstmord treiben zu lassen, müssen alle Menschen endlich erbitterten Widerstand leisten und die totalitäre Klimasekte zum Teufel jagen. Nachfolgende Generationen sollen uns später nicht den Vorwurf machen, daß wir uns feige weggeduckt und keinen Widerstand geleistet hätten.

Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß.

Ohne die Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.

Als Christen sind wir verpflichtet, zu vergeben, aber wir sind nicht verpflichtet, ideologische Lügen und Halbwahrheiten widerstandslos zu akzeptieren. Seit Jahrtausenden zählt es zu den natürlichen Pflichten der Menschen, künftigen Generationen nach Möglichkeit gute Lebens-

möglichkeiten zu hinterlassen, deshalb muß diese unsägliche Energiewende sofort beendet werden.

Es geht gegenwärtig um Sein oder Nichtsein und ob nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben werden oder nicht. Niemand darf sich jetzt ängstlich zurückhalten, sondern muß aktiv Widerstand leisten, denn was wollen die Überlebenden später ihren Kindern oder Enkelkindern antworten, wenn sie fragen: **Warum habt ihr diesen Wahnsinn widerstandslos hingenommen?**

Wir müssen endlich wieder zur Vernunft und Wahrheit zurückkehren! Alle staatlich angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen müssen sofort eingestellt und korrigiert werden. Wir haben nur noch eine Chance, unsere Heimat vor dem drohenden Untergang zu bewahren, wenn wir unverzüglich Widerstand gegen diese totalitäre Öko-Diktatur leisten.

In diesem Kampf um Sein oder Nichtsein können wir nur siegen, wenn wir uns an den jahrhundertealten Tugenden unserer Vorfahren orientieren, denn ein Volk von Feiglingen und Mitläufern wird sang- und klanglos für alle Zeiten verschwinden.

Wenn Lügen und Betrug, Angst und Schrecken, Unrecht und Unfreiheit das tägliche Leben bestimmen, wird ziviler Widerstand zur ersten Bürgerpflicht. ...<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 15. Dezember 2021 folgenden Antrag - Blackout verhindern - Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ermöglichen. Drucksache 20/274 (x1.039/...): >>>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Ausstoß von elektrischer Energie der sechs noch laufenden Kernkraftwerke entspricht etwa der Hälfte der von allen derzeit installierten flächenintensiven Windenergieanlagen bereitgestellten Strommenge.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe stuft einen "Blackout", also einen längerfristigen, großflächigen Zusammenbruch der Stromversorgung, als "wahrscheinlichste Katastrophe" ein. Die Gründe sind offensichtlich: Windenergie- und Photovoltaikanlagen erzeugen keinen bedarfsgerechten und zuverlässigen Strom. Industriell wettbewerbsfähige Energiespeicher sind auch langfristig nicht verfügbar und selbst Stromimporte bieten keine Lösung im Spitzenbedarf. Kernenergie liefert hingegen zuverlässig und regelbar genau dann Strom, wenn dieser benötigt wird.

Die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke wird unweigerlich zu einer Versorgungslücke führen. Der geplante Ausbau der Elektroinfrastruktur, etwa für E-Autos, verschärft diese Problematik erheblich. So hatte das Bundeswirtschaftsministerium einen später zurückgezogenen Gesetzentwurf auf den Weg bringen wollen, mit dem Strom rationiert werden kann. Der Weiterbetrieb der letzten deutschen Kernkraftwerke ist daher vor allem für die Versorgungssicherheit unverzichtbar. Die bestehenden Kernkraftwerke schützen unser Land im Falle von Dunkelflauten vor Versorgungsengpässen und vor schädlichen Stromausfällen im Millisekundenbereich.

§ 7 des Atomgesetzes regelt die Laufzeitbegrenzung von Kernkraftwerken und sieht eine Abschaltung der Kernkraftwerke Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen zum Ende des Jahres 2021 vor. Der parallel vorangetriebene Ausstieg aus der Kohleverstromung führt zwangsläufig zu einer Gefährdung unserer Stromversorgung und zu einer Versorgungslücke.

Der erzwungene Umbau unserer Energieversorgung führt schon jetzt zu unsozial hohen Strompreisen und gefährdet über die Belastung der Unternehmen die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohleverstromung und Kernenergie begibt sich unser Land auf einen verantwortungslosen Alleingang. Es wird unserer Verantwortung für die Zukunft dieses Landes nicht gerecht, alleine auf die Hoffnung zu bauen, daß sich die nach wie vor ungelösten Probleme der sogenannten Energiewende wie etwa die ungelöste Speicherproblematik schon irgendwie lösen lassen werden.

Die letzten sechs deutschen Kernkraftwerke liefern sicher, bezahlbar und umweltfreundlich elektrische Energie. Daher müssen sie, und vor allem die Betriebsgenehmigungen, unbedingt bis auf weiteres erhalten werden.

Gerade wer CO₂ einsparen möchte, muß die Kernenergie im Energiemix berücksichtigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, 1. einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Atomgesetzes vorzulegen, um die in § 7 festgeschriebene Laufzeitbegrenzung zu ändern, um mittels Verlängerung der Betriebsgenehmigungen einen Weiterbetrieb bzw. die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke bis mindestens zum Ende des nächsten Jahrzehntes zu ermöglichen;

2. ein Rückbaumoratorium für die letzten in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke durch das Bundeswirtschaftsministerium zu erlassen, um die Möglichkeit des Weiterbetriebes bzw. einer Wiederinbetriebnahme bis mindestens zum Ende des nächsten Jahrzehntes zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit sicherzustellen;

3. diejenigen bereits jetzt vom Stromnetz getrennten Kernkraftwerke, für die noch keine Stilllegungsgenehmigung erteilt wurde, wieder an das Stromnetz anzuschließen und ihnen eine Betriebslaubnis zu erteilen;

4. durch den Abschluß eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Energiewirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen sowie einen Garantiezeitraum für die Energiewirtschaft zu schaffen, um einen rechtssicheren Weiterbetrieb der Kernkraftwerke zu ermöglichen und die Betreiber bei der Beschaffung neuen Reaktorbrennstoffes zu unterstützen und

5. die staatliche Kapazitätsreserve in Höhe von derzeit 14 GW um die weiteren Kernkraftwerke gemäß Nummer 3 zu ergänzen, um die unverantwortlich gestiegene Blackout-Gefahr zu reduzieren, welche vorrangig auf die wetterbedingt unsichere Wind- und Solareinspeisung zurückzuführen ist.

Berlin, den 14. Dezember 2021

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die Energiepreise sind längst unsozial und gefährden die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Die Vertuschung der wahren Kosten durch teilweise Steuerfinanzierung, in der die EEG-Umlage anteilig aus dem Staatshaushalt finanziert wird, ändert daran nichts; sie offenbart nur den verantwortungslosen Umgang mit der Arbeitsleistung der Bürger.

Die Versorgungssicherheit ist akut gefährdet, die Blackout-Gefahr nimmt zu. Der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken kann das Eintreten einer derartigen Katastrophe verhindern.

Geologische Endlager sind mit modernster Kerntechnologie nicht mehr notwendig, da durch verschiedene Transmutationsverfahren langlebige Radionuklide in kurzlebige umgewandelt und damit Kernbrennstoffkreisläufe praktisch vollständig geschlossen werden können. Moderne Kerntechnologie erlaubt so auch die Entschärfung der bisher für die geologische Endlagerung vorgesehenen nuklearen Reststoffe.

Die Einsicht in die Notwendigkeit des Weiterbetriebs von Kernkraftwerken nimmt zu. Andere Länder, auch in unserer direkten Nachbarschaft, machen es vor. Das Argument der Versorgungssicherheit sowie der erheblich niedrigere Strompreis haben ideologische Vorurteile überwunden. Auch die deutsche Bevölkerung ist mehr und mehr von der friedlichen Nutzung der Kernenergie überzeugt.

Und schließlich: Wer CO₂ einsparen will, ohne die Zukunft Deutschlands zu gefährden, muß auf die CO₂-neutrale Kernenergie setzen. Selbst der sogenannte Weltklimarat (IPCC) ist der Überzeugung, daß eine Vervielfachung der Kernenergie notwendig sein wird, um die im Rahmen von Szenarien der Vereinten Nationen gesteckten Klimaziele zu erreichen.

5 Kernenergie ist kostengünstig. Dies wird auch zunehmend durch die Menschen in Deutschland wahrgenommen. Eine jüngst durchgeführte INSA-Umfrage ergab eine Änderung der gesellschaftlichen Wahrnehmung, welche daran zu erkennen ist, daß sich 43 % der Befragten

für eine Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken aussprechen und nur noch 43 % der Befragten an einem Ausstieg aus der Kernenergie festhalten.

Die Umfrage zeigte weiter, daß die Nutzung von Kernenergie von 53 % der Befragten als ein Beitrag gegen den Klimawandel gesehen wird. Selbst jeder vierte Wähler der Grünen sprach sich für einen Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke aus. Bezüglich der hohen Energiepreise sahen 63 % der Befragten die Nutzung von Kernenergie als eine Möglichkeit, den Energiepreis zu begrenzen bzw. zu reduzieren ...<<

6. Warum ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung nicht nur verantwortungslos, sondern auch extrem gemeingefährlich?

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Januar 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Energiewende bis zum Super-Gau oder Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 31. Dezember 2021 wurden 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet.

Ungeachtet der mangelhaften Grund- und Mittellaststromerzeugung ließ die deutsche Bundesregierung am 31. Dezember 2021 das Kernkraftwerk Gundremmingen C in Bayern, das Kernkraftwerk Grohnde in Niedersachsen und das Kernkraftwerk Brokdorf in Schleswig Holstein mit einer Nettoleistung von 4.058 Megawatt ersatzlos abschalten.

Aufgrund fehlender Energiespeicher wurden diese stets zur Verfügung stehenden riesigen 3 Kernkraftwerke in Schleswig Holstein, Niedersachsen und in Bayern bis zu ihrer staatlich angeordneten Abschaltung fast täglich eingesetzt, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des deutschen Stromnetzes auszugleichen.

In 12 Monaten sollen die letzten Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden

Wenn man am 31. Dezember 2022 die letzten deutschen Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland die wichtigsten Stützpfeiler der deutschen Stromversorgung zerstört. Die letzten 3 Kernkraftwerke Emsland in Niedersachsen, Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und Isar 2 in Bayern, mit einer Nettoleistung von 4.055 Megawatt, sind derzeit strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke, die praktisch rund um die Uhr laufen.

Die Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke von 2021-2022 wird letzten Endes zum Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes führen

Aufgrund der **Kürzung** der konventionellen Reservestromerzeugung **von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022** muß die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen.

In der Bundesrepublik Deutschland fehlen ab 2023 ständig mindestens **50.000** Megawatt Strom, deshalb ist die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke verantwortungslos.

Infolge der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung genügen bereits eine im Winter typische längere Dunkelflaute ohne Wind und Sonne sowie 5-10 Grad Kälte, um zukünftig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Spruchwort aus China

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Betrieb und der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **minde-**

stens fünf Jahre in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, kommt es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.**

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören, falls es im Jahre 2023 in den Abklingbecken der 7 stillgelegten Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von Radioaktivität kommen sollte.

Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den benachbarten deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt. Große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 Nachbarländer Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden würden vermutlich durch radioaktive Strahlen unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung

Unsere Heimat darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld mißbraucht werden. Nachfolgende Generationen sollen uns später nicht den Vorwurf machen, daß wir uns feige weggeduckt und keinen Widerstand geleistet hätten.

Wir benötigen endlich wieder eine realistische Energiepolitik, die konkrete Lösungen für reale Probleme sucht, statt ideologiegetriebenen Visionen hinterherzulaufen.

Wir benötigen endlich wieder eine sachliche Energiepolitik, die wieder auf Effizienz und die Innovationskraft von Forschern, Ingenieuren und Unternehmern setzt. Gerade in der Energiewirtschaft mit ihren langlebigen und kostenintensiven Anlagen benötigen wir endlich wieder eine effektive Energiepolitik, in der sich die Kreativität von Wissenschaftlern und Unternehmen frei entfalten kann.

In Deutschland bestand die konventionelle Stromerzeugung bis zum Ausstiegsbeschluß aus der Kernenergie im Jahre 2011 zu 80 % aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet nach wie vor die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz. Nur aufgrund der Regelbarkeit von konventionellen Kern-, Kohle- und Gaskraftwerken kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden.

Folgende Maßnahmen sind unverzüglich zu realisieren, um wieder eine sichere konventionelle Grundlast-Stromerzeugung zu gewährleisten:

1. 15jährige Laufzeitverlängerung für die letzten noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen (drohende De-Industrialisierung, wirtschaftlicher Ruin sowie Zerstörung der bisherigen Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands) sollte die deutsche Bundesregierung unverzüglich nach dem Vorbild Spaniens handeln und eine angemessene Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke in Deutschland beschließen.

Zusätzliche Reaktivierungskosten für die Beschaffung von neuen Brennelementen und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung von Fachpersonal sind vom Gesetzgeber zu übernehmen.

2. Wiederinbetriebnahme der vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke

Da die Zeit drängt, sollte nicht nur die Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke beschlossen werden, sondern alle vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke, die reaktiviert werden können, sind wieder bis zur ursprünglich geplanten Abschaltung in Betrieb zu nehmen.

In Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende bisher mindestens 500 Milliarden Euro, deshalb dürfen die Reaktivierungskosten für die Wiederinbetriebnahme der völlig überhastet stillgelegten Kernkraftwerke und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung des erforderlichen Fachpersonals keine Rolle spielen.

Während in Deutschland seit Jahren keine Forschung im Bereich der Kernenergieerzeugung existiert, werden weltweit die Atomforschung intensiviert und neuartige Kernkraftwerke entwickelt. Frankreich, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien, Slowakei und Slowenien forderten im März 2021 die EU-Kommission in einem offenen Brief zur größeren Förderung der Kernenergie auf, da es ohne die zivile Nutzung der Kernenergie zukünftig keine sichere Stromversorgung geben würde.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag im Rahmen der sogenannten Energiewende zwar den endgültigen Atomausstieg und die Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022, aber die Bundesrepublik Deutschland blieb trotz Atomausstieg weiterhin Mitglied und großzügiger Beitragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), die am 25. März 1957 in Rom gegründet wurde.

Da die Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein zahlendes Mitglied der Europäischen Atomgemeinschaft ist, sollte sie endlich wieder an der Entwicklung moderner Kerntechnik und an der Errichtung von neuartigen Kernreaktoren der "Generation IV" teilnehmen, denn nur die Kernenergie bietet zukünftig eine grundlastfähige Stromversorgung ohne CO₂-Emissionen.

3. Bau von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" mit staatlicher Unterstützung

Um zukünftig eine **zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung** zu gewährleisten sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die Bundesregierung für die Nutzung von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" einsetzen und den Bau dieser neuartigen Kernkraftwerke durch angemessene Staatsbeteiligungen und Kredite fördern.

Die neuartigen Kernreaktoren der Generation IV (DFR = Dual-Fluid-Reaktor, SMR = small modular reactor, u.a.) **sind** extrem kompakt, **physikalisch sicher und produzieren keine hochradioaktiven Abfälle**. Sie können ferner relativ preisgünstig und schnell gebaut werden.

Dual Fluid Reaktor (DFR) - ein neuartiger Reaktor der sog. Generation IV

Der neuartige Dual Fluid Reaktor wurde von Physikern des "Instituts für Festkörper-Kernphysik zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung" (IFK) in Berlin entwickelt. Der Dual Fluid Reaktor wurde erstmalig während der IAEA-Konferenz FR13 vom 4. bis zum 7. März 2013 in Paris vorgestellt. Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren.

Der Dual Fluid Reaktor nutzt **als Brennstoff Natururan, abgereichertes Uran, Thorium**

und abgebrannte Brennelemente, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern könnten sinnvoll genutzt werden.

Das schon vor Jahrzehnten entwickelte Grundkonzept des Dual Fluid Reaktors, bei dem der Brennstoff in Form von Flüssigsalz durch den Reaktor gepumpt wird, wurde um einen weiteren Kreislauf erweitert. Der Dual Fluid Reaktor ermöglicht wegen der hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000° Celsius neben der **Bereitstellung von elektrischer Energie** auch die **zusätzliche Nutzung von Prozeßwärme (zur Herstellung von Wasserstoff**, der in Kombination mit Kohlendioxid in synthetische Treibstoffe verwandelt werden kann u.a.).

Der Dual Fluid Reaktor ist **physikalisch sicher**. Es sind z.B. keine aktiven Sicherungen vorhanden, die versagen können. Selbst bei hohen Temperaturen reagiert Blei sehr träge, Explosionen können nicht entstehen, wegen der vorhandenen Doppelkühlung ist ein GAU ausgeschlossen. Der Dual Fluid Reaktor **produziert keine hochradioaktiven Abfälle**, die jahrtausendlang sicher gelagert werden müssen. Die schwachradioaktiven Abfälle des DFR besitzen mehrheitlich Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren, die restlichen Abfälle müssen etwa 300 Jahre gelagert werden.

Die **Baukosten** für einen Dual Fluid Reaktor mit **1.500 Megawatt elektrischer Leistung** und **3.000 Megawatt thermischer Leistung** betragen **etwa 1,5 Milliarden Euro**.

Das DFR-Konzept wurde von Mitarbeitern der TU München und der E.ON Kernkraft GmbH (gegenwärtig PreussenElektra GmbH) überprüft und validiert.

Der Dual Fluid Reaktor frühestens ab 2030 in Betrieb gehen.

Während die Öko-Energieerzeugung (Wind, Sonne und Biomasse) höchstens nur ein Zehntel der Effizienz der konventionellen Kraftwerke bzw. das Niveau des Mittelalters erreicht, ist der neuartige Dual Fluid Reaktor in der Lage, die Effizienz der derzeitigen konventionellen Kraftwerke sogar mindestens zu verdoppeln.

Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt werden, sind **keine neuen Stromleitungen** und **keine weiteren Windkraftanlagen** erforderlich.

Da der Dual Fluid Reaktor abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen kann, werden die hochradioaktiven Abfälle (etwa 20.000 Tonnen Atommüll) nicht nur langfristig die Stromerzeugung Deutschlands garantieren, sondern außerdem größtenteils sinnvoll entsorgt. **Damit endet** auch die unendliche **Suche nach einem geeigneten Lager für die jahrtausendlange Entsorgung** von abgebrannten Brennelementen.

Am 1. Juli 2017 übertrugen die KKW-Betreiber für die Zwischen- und Endlagerung **24,1 Milliarden Euro** an den Bund. Diese finanziellen Mittel könnten wegen der drastischen Reduzierung der radioaktiven Abfälle größtenteils für den Bau von DFR-Kernkraftwerken und konventionellen Gaskraftwerken genutzt werden.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Mai 2019: >>**Atom ist das neue Grün**

Renaissance der Kernenergie ist denkbar und machbar: Der Dual-Fluid-Reaktor ist ein möglicher Ausweg aus der verkorksten Energiewende

Karsten Mark

Der Aufsichtsratsvorsitzende des Industriekonzerns Linde AG, Wolfgang Reitzle, redete vergangene Woche in einem Interview mit der Welt Klartext: Es mache ihn "sprachlos", wie "lässig und faktenignorierend die Politik in Deutschland bei Themen wie der Energiewende Grundsatzentscheidungen trifft", sagte der Topmanager. Der großen Koalition unter Angela Merkel warf er vor, mit falschen Weichenstellungen den Wohlstand des Landes aufs Spiel zu setzen. "Die gesamtwirtschaftlichen Folgen werden nicht betrachtet", so Reitzle.

Vielleicht waren es die dunklen Wolken am Konjunkturhorizont, vielleicht hatten ihn auch die jüngsten Forderungen der "Fridays for Future-Schulschwänzer", ein 47-Tage-Ultimatum

zum nationalen Stopp der Kohleverstromung an den Essener Konzern RWE, zur Weißglut gebracht. Mit Blick auf die Klimaerwärmung forderte Reitzle, den Beschluß zum Atomausstieg zu korrigieren: "Die Kernenergie sollte weiter Bestandteil unserer Energiepolitik bleiben, weil nur sie grundlastfähig, billig und CO₂-frei ist."

Das hatte sich lange keiner mehr getraut: öffentlich eine Lanze für die Kernenergie zu brechen. Wer sich in den vergangenen Jahren überwiegend aus der Tagesschau und ihren öffentlich-rechtlichen Nachrichten-Schwestern über die 2011 von Merkel ausgerufenen "Energie-wende" informiert hatte, mußte doch glauben: Der Atomausstieg bis Ende 2022 ist ebenso unantastbar wie zweifelsfrei vernünftig. Schließlich betonen dort immer gleiche wie neue Experten, daß der Atom- und Kohlestrom, also das, was die Netzbetreiber allgemein als "Grundlast" bezeichnen, sowieso nur das Netz für die Erneuerbaren verstopft - respektive exportiert wird, weil man ihn in Deutschland gar nicht mehr brauche.

Daß die Realität ganz anders aussieht, zeigt die neueste Prognose der Bundesnetzagentur. Diese hält eine Verdoppelung der bisherigen Reserve-Kraftwerksleistung auf 10.647 Megawatt bis zum Winter 2022/23 für notwendig. Das entspricht der Leistung von etwa zehn Kernkraftwerken. Von einem Kohleausstieg ist in diesem Szenario noch gar keine Rede, weshalb die Ermahnung des Netzagentur-Präsidenten Jochen Homann, das mache "die Bedeutung eines zügigen Netzausbaus deutlich", eigentlich nur die halbe Wahrheit darstellt.

Denn mit der Aufgabe der gesamten Kohleverstromung, die politisch aktuell diskutiert wird, fiel gleich ein ganzes Drittel der deutschen Stromversorgung flach - die Kernenergie liegt nur noch bei knapp zwölf Prozent. Und ohne Kohle und Kernkraft hilft auch kein noch so extensiver Netzausbau mehr. Die letzte verbleibende, vom Wetter unabhängige Brückentechnologie zur Stromerzeugung blieben die Gaskraftwerke, die aber wegen des Gaspreises teuer zu betreiben sind, die die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas vergrößern und ebenfalls aus grüner Ideologie heraus bekämpft werden. Schließlich "blockiert" auch der Strom aus den mittlerweile sehr energieeffizienten Gaskraftwerken potentiell den Ausbau der "grünen" Energiequellen Wind und Sonne.

Der neue Kernreaktor soll absolut sicher sein

Die Lösung, die der Leiter des Berliner Instituts für Festkörper-Kernphysik (IFK Berlin GmbH), Armin Huke, für das Energie-wende-Problem präsentiert, scheint ein wenig wie eine Maschine, die zu schön ist, um wahr zu sein: Der Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor, ein neuartiger Kernreaktor der Generation IV, soll sämtliche Sicherheitsprobleme bisheriger Kernkraftwerke beseitigen und auch noch das Problem des über Hunderttausende von Jahren strahlenden Atommülls lösen. Als Sahnehäubchen versprechen die Atomphysiker obendrein einen Strompreis von einem Cent pro Kilowattstunde - auf lange Sicht vielleicht sogar nur einen Zehntel Cent. Heute zahlen die Deutschen pro Kilowattstunde zwischen 29 und 30 Cent.

Die Zutaten des neuen Reaktors, für den das Berliner Institut mittlerweile sogar ein internationales Patent hat, sind nicht neu, aber neu konzipiert: Es handelt sich um einen schnellen Brutreaktor, der überwiegend mit günstigem Thorium oder natürlichem Uran statt mit aufwendig angereichertem Uran arbeiten kann, der statt mit festen Brennstäben mit einem nuklearen Brennstoff in einer flüssigen Salzschnmelze funktioniert und der statt mit vergleichsweise ineffektivem Wasser die Wärme mit flüssigem Blei aus dem rund 1.000 Grad heißen Reaktorkern abführt, wobei das Blei exzellent die radioaktive Strahlung absorbiert - Röntgenpatienten kennen die anzulegende Bleischürze. Nach den zwei Flüssigkeiten, mit denen das neue Reaktorkonzept im Gegensatz zu herkömmlichen Siedewasserreaktoren arbeitet, gaben ihm die Entwickler den Fachnamen Dual-Fluid-Reaktor (DFR).

Das alles erscheint auf den ersten Blick kaum wie eine idyllische Vision zur Erzeugung sanften, nebenwirkungsfreien Ökostroms. Doch die Argumente für den Dual-Fluid-Reaktor, der die Vorteile eines Thorium-Brutreaktors, eines Flüssigsalz-Reaktors und eines metallgekühlten Reaktors vereinen soll, sind bestechend: Der Reaktor soll etwa inhärent sicher sein, also

bauartbedingt aus sich selbst heraus nicht überhitzen können. Unter keinen Umständen würde die gefürchtete Radioaktivität in die Umgebung freigesetzt. Ein Super-GAU wie in Tschernobyl oder Fukushima wäre damit ausgeschlossen.

"Sobald die Kernreaktion mehr Wärme erzeugt als optimal, steigt die Temperatur. Das flüssige spaltbare Material dehnt sich aus und kann dann durch seine geringere Dichte weniger Neutronen einfangen, welche die Kettenreaktion aufrechterhalten. Dadurch wird die Wärmeproduktion wieder reduziert, und die Schmelze kühlt sich automatisch wieder ab. Es pendelt sich immer die optimale und unproblematische Temperatur ein", erklärt Projektleiter Götz Ruprecht gegenüber der JUNGEN FREIHEIT.

"Und bei einer echten Überhitzung schmilzt ein Sicherheitsstopfen im Röhrensystem, und das spaltbare Material fließt in mehrere unterirdische Becken ab, wodurch die Kettenreaktion gestoppt wird. Die Restzerfallswärme nähmen dann die meterdicken Betonwände auf, danach die Umgebung." Wasserstoffexplosionen wie in Fukushima oder ein verheerender Graphitbrand wie in Tschernobyl wären in solch einem Reaktor schlicht nicht möglich.

Überdies soll der Dual-Fluid-Reaktor nur noch zum Anfahren teures, hoch angereichertes Uran benötigen - als starke Neutronenquelle, die die nukleare Kettenreaktion in Gang setzt. Läuft diese Kettenreaktion dann erst einmal, "erbrütet" der Reaktor seinen eigenen Brennstoff - zumindest in der Theorie. Praktische Erfahrungen mit einem Dual-Fluid-Reaktor gibt es bislang schlichtweg nicht.

In der öffentlichen Forschungsförderung sind neue Reaktorkonzepte nicht vorgesehen. Von offizieller staatlicher Seite stößt das technische Konzept der Berliner Physiker bislang auf "völliges Desinteresse", beklagt Projektleiter Ruprecht. Zudem sei auch die Nuklearindustrie kaum zu begeistern. Das Flüssigsalzkonzept würde am bisherigen Geschäftsmodell mit festen Brennstäben und deren Wiederaufarbeitung rühren.

Einzigster Hoffnungsschimmer: die derzeitige konservative Regierung in Polen. Sie plant für die Zukunft mit weniger Kohle, die derzeit etwa 85 Prozent der heimischen Stromversorgung speist, und mit mehr Kernenergie - zunächst mit den zur Zeit gängigen Druckwasserreaktoren, für die Zukunft aber ausdrücklich auch mit dem Dual-Fluid-Reaktor. Demnächst werden es sieben Doktoranden sein, die an der Universität Stettin an ersten Projekten zur praktischen Umsetzung des DFR-Konzepts arbeiten, zudem arbeiten die Doktoranden am Warschauer Nationalen Kernforschungszentrum NCBJ.

"Das ist ein guter Anfang, aber reicht bei weitem nicht", sagt Projektleiter Ruprecht, "die Doktoranden sind noch in der Ausbildung. Doch wir brauchen auch erfahrene Physiker und Ingenieure, erst dann kann wirklich etwas entwickelt werden." In Deutschland gibt es von solchen Fachleuten immer weniger, die Studiengänge für Reaktorbauer wurden durchweg abgeschafft - und Fördergelder für Forschung an Nukleartechnik gibt es erst recht kaum noch.

Niedriger Millionenbetrag für Versuchsanlage nötig

Indes schicken sich die Berliner Physiker an, alte und scheinbar auf ewig währende Probleme der Kernkraft zu lösen: nämlich den Atommüll zu "entschärfen", der derzeit in Zwischenlagern untergebracht ist. In Kernreaktoren herkömmlicher Konzepte werden nur fünf Prozent des Urans in einem Brennstab tatsächlich genutzt, dann springt der Reaktor nicht mehr an. "Wir könnten abgebrannte Brennelemente zermahlen, chemisch geeignet umwandeln und im DFR weiter abbrennen", sagt Götz Ruprecht der JF.

"Die Spaltprodukte, die regelmäßig aus der Brennstoffschmelze herausdestilliert werden, hätten am Ende nur noch Abklingzeiten von 100 bis maximal 300 Jahren - statt bislang 300.000 Jahren." Denn der DFR würde mit schnellen Neutronen arbeiten, womit schwere Nuklide gespalten werden. Es bleiben kleine Mengen unverwertbarer Isotope übrig. Die radioaktiv strahlenden Abfälle, die im öffentlichen Bewußtsein emotional sehr angstbehaftet sind - Stichworte Castor-Transporte nach Gorleben - und ganze Generationen von Umweltbewegten auf Trab hielten, würde der DFR im Gegenteil maximal verwerten und Energie in Hülle und Fülle ge-

winnen.

Armin Huke und sein Team haben ihr Reaktorkonzept auf eine Leistung von drei Gigawatt ausgelegt. Zum Vergleich: Das zweitleistungstärkste Kraftwerk Deutschlands, das Braunkohlekraftwerk Niederaußem, hat eine Leistung von knapp 3,4 Gigawatt. Diese über drei Milliarden Watt Wärme könnte auch der DFR produzieren - ganz ohne CO₂ in die Atmosphäre zu pusten.

Kritiker wie der aus dem ZDF bekannte Astrophysiker Harald Lesch bezweifeln, daß sich abgebrannte Brennelemente tatsächlich so einfach in den Reaktor einbringen ließen. Auch strahlten die abgebrannten Spaltprodukte zwar weniger lang, dafür aber zunächst weitaus stärker. Zu diesem Ergebnis kam zumindest ein Gutachten, das noch eine rot-grüne Regierungskoalition in Norwegen in Auftrag gegeben hatte.

Götz Ruprecht zeigt sich gegenüber Kritikern durchaus selbstbewußt: "Wir würden uns über ein Gutachten, das unser Konzept kritisch überprüft, absolut freuen." Für eine Versuchsanlage ("Demonstrator") mit Originalmaterialien, allerdings ohne Kernspaltung, nebst begleitendem Forschungsprojekt setzt Ruprecht im Gespräch mit dieser Zeitung einen Betrag von 20 Millionen Euro an. Die nötige Summe bis zum Bau eines Prototypen ihres Reaktors schätzen die Forscher auf etwa 10 Milliarden Euro.

Ein serienreifes Kraftwerk soll dann etwa 1,5 Milliarden Euro kosten - was für ein Kernkraftwerk durchaus günstig wäre und nur rund ein Drittel über den Kosten eines modernen Steinkohlenblocks läge. Mit einem geologischen Endlager für die abgebrannten Kernbrennstoffe kalkulieren die Forscher übrigens gar nicht mehr. Die aus Sicherheitsgründen unterirdisch zu bauenden Kraftwerke könnten selber auch als Zwischenlager dienen.

Auf die Effizienz kommt es an

Der Erntefaktor (englisch EROI, Energy return on investment) ist das Verhältnis zweier Energien: der elektrischen Energie, die eine Anlage während ihrer gesamten Lebensdauer produziert, zu derjenigen Energie, die für Bau, Betrieb/Wartung und Rückbau aufgewendet werden muß. Effizienz, Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit lassen sich somit mathematisch exakt bestimmen. Photovoltaik- und Windkraftanlagen weisen einen extrem kümmerlichen Erntefaktor auf, der unterhalb der Wirtschaftlichkeitsschwelle von Faktor 8 liegt.

Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor

Funktionsschema des Dual-Fluid-Reaktors (DFR): Effizient, CO₂-frei und abfallarm

Der DFR ist ein Kernkraftwerk der vierten Generation, das mit flüssigen statt festen Kernbrennstoffen betrieben wird. Der Trick besteht darin, die Funktionen der Brennstoffzufuhr und Wärmeabfuhr zu trennen. Man erhält so zwei parallele Kreisläufe, die in ihrer jeweiligen Funktion optimiert werden können. Er erzeugt aus Atommüll Unmengen von Energie. Auf ein Endlager kann verzichtet werden.<<

4. Rückgängigmachung des Kohleausstiegs

Der Weiterbetrieb aller noch in Betrieb befindlichen und noch einsatzfähigen Kohlekraftwerke sind durch staatliche Fördermaßnahmen zu gewährleisten, bis sie durch Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" (Dual Fluid Reaktor) ersetzt werden können.

5. Baustopp für Windkraftwerke und Solaranlagen

Regenerative Energieträger (Windkraft- und Photovoltaikanlagen) sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger. Windkraftwerke und Solaranlagen können ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nachweislich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen, aber sie können niemals eine zuverlässige Energieversorgung und die unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit gewährleisten. Da der gegenwärtige Ausbau der Windenergie nachweislich wesentlich mehr Schaden als Nutzen verursacht, dürfen keine weiteren Wind- und Solarenergieanlagen genehmigt werden.

Kampf um Sein oder Nichtsein

Es geht gegenwärtig um Sein oder Nichtsein und ob nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben werden oder nicht. Wir müssen endlich wieder zur Vernunft und Wahrheit zurückkehren! In diesem Kampf um Sein oder Nichtsein können wir nur siegen, wenn wir uns an den jahrhundertealten Tugenden unserer Vorfahren orientieren, denn ein Volk von Feiglingen und Mitläufern wird sang- und klanglos für alle Zeiten verschwinden.

Ohne die Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden. ...<<

7. Wer verhindert, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung über die lebensgefährlichen Folgen der sogenannten Energiewende informiert wird?

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Februar 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Die vorsätzliche Zerstörung der deutschen Stromversorgung!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ende des 20. Jahrhunderts besaßen die deutschen Energieversorgungsunternehmen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt. In Deutschland gab es pro Jahr nur durchschnittliche Ausfallraten von etwa 12 Minuten. E.ON gehörte damals zu den besten privaten Energieunternehmen der Welt, welches weltweit über beachtliche Beteiligungen verfügte.

Die deutschen Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich auch nach der vollständigen Privatisierung im Jahre 1988 nicht durch überhöhte Strompreise aus. Sie verzichteten zu Gunsten der Wirtschaft und auch im nationalen Interesse auf überzogene Profite.

Im Januar 1999 betrugen die monatliche Strompreise bei einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden für Privathaushalte in Europa z.B. in Italien = 152 D-Mark, in Portugal = 129 D-Mark, in Dänemark = 95 D-Mark, in Deutschland = 94 D-Mark, in Frankreich = 86 D-Mark, in Schweden = 54 D-Mark und in Finnland = 51 D-Mark.

EU-Vorgaben, das Erneuerbare Energien Gesetz und planwirtschaftliche Maßnahmen

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft. Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" mußte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden.

Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an, die besonders die deutsche Energiewirtschaft sehr schnell in den Grundfesten erschütterte.

Der EU-Wirtschaftsliberalismus zeichnete sich besonders durch ungehemmtes Gewinnstreben der einzelnen Unternehmen aus, während die Interessen der Allgemeinheit nur noch unbedeutend waren. Die verhältnismäßig kleinen deutschen Versorgungsunternehmen gerieten durch die überstürzte Marktliberalisierung in eine ungemein schwierige Lage, denn sie mußten sich plötzlich mit übermächtigen subventionierten ausländischen Staatsmonopolen auseinandersetzen. Rund 80 neue Anbieter und Dienstleister kamen später aus dem Ausland auf den deutschen Strommarkt, um ihre überschüssige Energie als Billigstrom zu verkaufen und strategische Beteiligungen in Deutschland zu erwerben.

Die in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Energieerzeugungsunternehmen wurden letzten Endes durch die EU-Vorgaben, das Erneuerbare Energien Gesetz sowie durch plan-

wirtschaftliche Maßnahmen der deutschen Bundesregierung, wie z.B. durch die Vorrangspeisung von Wind- und Solarstrom, planmäßig ruiniert. Infolge dieser destabilisierenden politischen Maßnahmen wurde besonders der Betrieb von konventionellen Kraftwerken unrentabel.

E.ON, der ehemals größte nationale deutsche Stromerzeuger, verkaufte z.B. im Jahre 2018 sämtliche konventionellen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke - außer den deutschen Kernkraftwerken - an den finnischen Staatskonzern Fortum.

Ausstieg aus der Atomenergie

Am 13. Januar 1999 verständigte sich bereits die deutsche Bundesregierung - SPD und Bündnis 90/Die Grünen - auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden, um die bis 1990 in Deutschland aufgebaute leistungsfähige Nuklearindustrie systematisch zu zerstören. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde schließlich ab 2000 verboten.

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken damals fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Nach dieser Flutwelle an der japanischen Nordostküste beschloß der deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 im Rahmen der sogenannten Energiewende die Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022, obwohl die deutschen Kernkraftwerke damals weltweit zu den effektivsten und sichersten aller in Betrieb befindlichen Anlagen zählten.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. August 2016: >>**Die vergessenen Helden des Atomnotstands**

Der japanische Ex-Premier Naoto Kan schildert, was hinter den Kulissen der Fukushima-Krise geschah

Albrecht Rothacher

Dieses Buch ist so spannend, daß man es nicht mehr aus der Hand legen kann. Fünf Jahre nach der Fukushima-Katastrophe gibt es bereits viele bewegende Erfahrungsberichte (JF 10/15) und jede Menge Kritik an der Atompolitik. Aber dies ist ein authentischer Blick hinter die Kulissen, der erklärt, warum die ersten Reaktionen so zögerlich waren und der ultimative GAU verhindert werden konnte. So wurde der damalige Regierungschef Naoto Kan zum Helden wider Willen. Frank Rövekamp, Leiter des Ludwigshafener Ostasieninstituts, hat diesen technisch schwierigen und politisch heiklen Text in eine sehr lesbare deutsche Prosa übertragen - die erste Übersetzung des Buches überhaupt.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf

Daß Kan überhaupt einen Rechenschaftsbericht vorlegt, ist ungewöhnlich für einen japanischen Premier. Aber er war auch kein Durchschnittspolitiker, der, in einen politischen Klan geboren, einen Wahlkreis geerbt hatte, sondern konnte sich, einer Bürgerbewegung und einer linken Kleinpartei (Shaminren) entstammend, in 40 Jahren Parlamentsarbeit zum Regierungschef hocharbeiten.

Das japanische System funktioniert wunderbar - für alle minutiös geplanten und vorhergesehenen Abläufe. Bei Unvorhergesehenem, wenn energisches Improvisieren gefragt ist, läuft es völlig aus dem Gleis. Und für einen AKW- Maximalstörfall war bewußt nichts vorgesehen worden, ihn durfte es nicht geben. Und, wie Kan zugibt, wären solche Übungen durchgeführt worden, wäre dies vom Atomkartell (LDP-Langzeitregierung, Herstellern und Energiekonzernen) als Eingeständnis gewertet worden, daß es solche undenkbaren Unfälle doch geben könnte.

Deshalb unterblieben sie - auch nach dem Bau von 54 AKWs innerhalb von 40 Jahren. Die gleiche Sorglosigkeit gab es bei den beiden Fukushima-Kraftwerken: unterschiedliche Reak-

toren einschließlich eines mit Plutoniumbetrieb, drei Hersteller (General Electric, Toshiba, Hitachi) sowie kaum gesicherte Abklingbecken für Hunderte verbrauchte Brennelemente, denn auf eine Endlagerung für die nächsten 100.000 Jahre hatte man sich nicht einigen können. Und schließlich die Hauptsünde: Notstromaggregate, die, in einem Untergeschoß untergebracht, sogleich geflutet wurden und dauerhaft ausfielen. Mit dem Ausfall der Kühlsysteme war die Kernschmelze eigentlich programmiert.

Kan hielt die dann notwendige Massenevakuierung des Großraumes Tokio und des gesamten Nordteils der Hauptinsel Honshu (Tohoku) für unmöglich: 30 bis 50 Millionen Menschen binnen weniger Tage dauerhaft nach SüdJapan zu transportieren - das wäre das Ende Japans gewesen. Dabei geht er auf die langfristige Unbewohnbarkeit der Hälfte Honshus und die globalen Folgen nach der Enthauptung der japanischen Finanz- und Exportindustrie, die alle ihre Entscheidungszentralen in Tokio konzentriert haben, nicht einmal ein. Ein solcher Evakuierungsplan wird nicht entworfen: er würde bei Bekanntwerden nur Panik auslösen. Wiederum kann nicht sein, was nicht sein darf.

Das tatsächliche Katastrophenmanagement verlief daher absehbar chaotisch. Vom Erdbeben am 11. März 2011 wurde Kan bei einer Ausschusssitzung des Oberhauses überrascht, bei der er - wegen einer Spende eines "Ausländers", eines in Japan geborenen Koreaners - politisch gegrillt wurde. Zunächst stehen das Tohoku-Erdbeben und die folgende Tsunamikatastrophe zusammen mit 19.000 Toten, 2.500 Vermißten und 122.000 zerstörten Gebäuden im Vordergrund. Erst später wird klar, daß es auch in Fukushima Probleme gibt. Doch der AKW-Betreiber Tepco wiegelt ab.

Der Konzern ist regionaler Elektrizitätsmonopolist mit einem für ihn glänzenden und überaus einträglichen Geschäftsmodell. Sein Management pflegt die Geheimhaltung und ist mit Medien- und politischer Manipulation bestens vertraut - weniger allerdings mit den technischen Abläufen in AKWs, wie Kan bald feststellen muß. Auch bei der für Katastrophenfälle zuständigen Atomkontrollbehörde findet er an der Spitze nur verdiente Generalisten, die aber technisch ahnungslos sind. Auch im Wirtschaftsministerium Meti muß Kan lange suchen, bis er wirkliche Atomexperten findet. Er stellt schließlich seinen eigenen alternativen Beraterstab aus den technischen Hochschulen zusammen.

In letzter Minute das Schlimmste verhindert

Als schließlich eine Wasserstoffexplosion der nächsten folgt, werden die Anwohner im Radius von drei, dann zehn und schließlich 20 Kilometern evakuiert. Allerdings unabhängig von der Windrichtung, die, für Tokio segensreich, stets von Südost nach Nordwest bläst. So werden viele Leute im Süden völlig überflüssig evakuiert, während viele im Nordwesten ohne jede Warnung noch tagelang überhöhte Strahlungs Dosen erhalten. Schließlich wird die Flutung durch Meerwasser eingeleitet.

Auch kann dank gesprengter Dächer mit Militärhubschraubern Kühlwasser auf die Reaktoren und Abklingbecken, die auszutrocknen drohen, geworfen werden. Über 100.000 Soldaten werden schließlich mobilisiert. Sie, die Feuerwehrleute, Polizisten und die Tepco-Arbeiter vor Ort sind die eigentlichen Helden jenes Dramas, die das Schlimmste für Japan und die Welt in letzter Minute mit viel Glück verhindert haben.

Kan besucht Fukushima während der Katastrophe, schließlich muß er die Entscheidungen treffen und verantworten. Normalerweise stört ein solcher Katastrophentourismus nur die Abläufe. Hier nicht. Er findet vor Ort alle Informationen, die er braucht und in Tokio nicht erhält. Schließlich besucht er auch das Tepco-Krisenzentrum - und auf dessen Monitoren, nur 15 Minuten Fußweg von seinem Büro entfernt, sieht er alle Daten und Vorgänge live, die seinem Amt nur verspätet und bürokratisiert geliefert werden.

Als Tepco dann die Situation in Fukushima für nicht länger kontrollierbar hält und den Rückzug anordnen will, befiehlt Kan das Ausharren: Bei einem Großfeuer oder einem Chemieunfall kann man sich zur Not zurückziehen, bei einer AKW-Havarie würden aber wegen der

Kettenreaktionen immer höhere Temperaturen und Strahlungen entstehen - ohne absehbares Ende.

Die Reaktion des Auslands kommt nur am Rande vor. Hilfslieferungen, die "Operation Tomodachi" der US Army, die Tsunami-Opfer aus dem Pazifik fischte und als erste das Ausmaß der Verstrahlungen bekanntgab, sowie internationale Politikeranrufe (aus Europa nur Nicolas Sarkozy) werden höflich erwähnt.

Kan unternahm zwar einige vergebliche Versuche, eine überparteiliche Krisenregierung zu bilden, doch schon im September 2011 wurde er nach nur 15 Monaten Amtszeit nach einer Palastrevolte von seiner eigenen Demokratischen Partei (DPJ) gestürzt. Immerhin gelang es ihm noch, eine unabhängige AKW-Überwachung im Ministeriumsrank, die Überprüfung der japanischen Energiepolitik und einen Nachtragshaushalt für die Opfer und den Wiederaufbau auf den Weg zu bringen.

Kan hat sich seither vom bedingten Anhänger des Atomstroms ("Übergangstechnologie") zum entschiedenen Gegner gewandelt: Die Technologie sei unbeherrschbar, zu teuer und bei Katastrophen im dichtbesiedelten, erdbebengefährdeten Japan zu riskant. Dabei begrüßt Kan den deutschen Atomausstieg. Die Begründung Angela Merkels, wenn Japan als Hochtechnologieland AKWs nicht meistern könne, seien sie wohl unsicher, ist im Lichte von Kans Darstellungen im tsunamifreien Deutschland jedoch nicht nachzuvollziehen.

Naoto Kan: Als Premierminister während der Fukushima-Krise. Iudicium Verlag, München 2016 ...<<

Die sogenannte Energiewende

Die Umweltorganisation der Vereinten Nationen "UNEP" und die Weltorganisation für Meteorologie "WMO" gründeten im Jahre 1988 den Zwischenstaatlichen Ausschuß für Klimaänderungen "IPCC".

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde schließlich am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen zur Rettung des Weltklimas.

Im Jahre 2000 wurde danach das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern und um die sog. Energiewende durchzusetzen.

Am 16.2.2005 trat nach der Ratifizierung durch die russische Duma das Kyoto-Protokoll in Kraft.

Der BDI berichtete im Jahre 2015, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Senkung der deutschen CO₂-Emissionen von etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro durchführen müßte.

Chinas Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß betrug im Jahre 2015 z.B. 28,1 % , USA = 16,0 % , Indien = 6,2 % , Rußland = 4,5 % und Japan = 3,7 % . Die Regierungen dieser Länder denken jedoch bis heute nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen, denn klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn auch die großen Umweltsünder den CO₂-Ausstoß drastisch verringern.

Riesenschwindel

Die Energiewende zur angeblichen Klimarettung entpuppte sich sehr schnell als Riesenschwindel und entwickelte sich vor allem in der Bundesrepublik Deutschland zu einer totalitären Öko-Diktatur, die in erster Linie die Zerstörung der Energieversorgung, die Deindustrialisierung, die Auflösung des Nationalstaates sowie die "Befreiung" der Menschen von Eigentum, Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Identität anstrebt.

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee der deutschen Bundesregierung, im 21. Jahrhundert zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führte statt der angekündig-

ten Rettung des Weltklimas zunächst lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Energiewirtschaft.

Der Strompreis stieg z.B. von 14 Cent pro kWh im Jahre 2000 auf 30,5 Cent im Jahre 2019 und steigt immer weiter. Aufgrund der hohen Strompreise können schon bald viele private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen und immer mehr Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern, so daß diese destabilisierende politische Energiewende schließlich den offensichtlich planmäßig angestrebten unaufhaltsamen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zusammenbruch Deutschlands einleiten wird.

Bei der Energiewende handelt es sich zweifelsfrei um ein ökonomisch unbezahlbares und hochgradig unsoziales sowie um ein völlig unsinniges Projekt, bei dem es nur sehr wenige Gewinner gibt.

In Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende bereits mindestens 500 Milliarden Euro. Trotz dieser riesigen Kosten wurde das Klima in keinsten Weise gerettet, sondern lediglich die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die stabile Stromversorgung in Deutschland systematisch zerstört.

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diene nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

Die Energiewende wurde in der Bundesrepublik Deutschland als wirksames Machtinstrument genutzt, um planwirtschaftliche Maßnahmen zu realisieren sowie um eine gigantische Umverteilung von Vermögen an einige Gewinner des elegant inszenierten Klimaschwindels zu verwirklichen. Ferner wurde der weltweite Klimaschwindel genutzt, um unbequeme Konkurrenten, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, zu destabilisieren und um vermeintliche "klimageschädigte" Entwicklungsländer zu entschädigen.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 8. Januar 2010 über den Klimawandel: >>>Nicht so leicht zu beurteilen

von *Michael Wiesberg*

Auf dem Forum der JF 50/09 ("Kopenhagen darf kein Erfolg werden") verwarf der frühere leitende FAZ-Redakteur und Journalist Klaus Peter Krause die These eines menschengemachten Weltklimawandels und wies auf die massenmanipulativen Möglichkeiten durch geschürte "Klimahysterie" hin. Heute setzt sich Michael Wiesberg kritisch mit Krauses Argumenten auseinander: Menschliches Wirtschaften sei sehr wohl für die Klimaerwärmung mitverantwortlich, und Forscher, die den Klimawandel bezweifeln, würden im "Weltklimarat" keineswegs ausgegrenzt.

Bei kaum einem Thema stoßen die Meinungen wohl gegensätzlicher aufeinander als bei der Frage, inwieweit die globale Erwärmung auf den Menschen beziehungsweise auf menschlich verursachte Kohlenstoffdioxid-Emissionen zurückgeführt werden kann. Das Gros der Klimaforscher hält diesen anthropogenen Einfluß für evident und kann hierfür auch eine Reihe von Argumenten ins Feld führen.

Eben diese Argumente haben mehr und mehr Politiker auf den Plan gerufen, die sich, siehe die gerade beendete Klimakonferenz in Kopenhagen, mit eher geringem Erfolg bemühen, Klimaschutzmaßnahmen möglichst global verbindlich zu machen. Diesen Klimaforschern steht eine wachsende, lautstarke Schar von "Klimaskeptikern" gegenüber, die so ziemlich alles in Frage stellt, was als wissenschaftlicher Konsens im Hinblick auf die globale Erwärmung angesehen wird.

Einen Eindruck von deren Argumenten gab Klaus Peter Krause neulich an dieser Stelle (JF 50/09). Darin sprach er, wie andere "Klimaskeptiker" auch, von einem "Kartell der geballten

Interessen", von "Klimaschwindel", von dem Versuch, "den Menschen in den wohlhabenden Ländern eine drastische Senkung des Lebensstandards aufzuzwingen" und von einer "De-Industrialisierung", die durchgesetzt werden solle.

Die Behauptung eines Klimawandels "durch anthropogenes CO₂" bezeichnet Krause schlicht als eine "Fiktion" oder "Schimäre". Um diese Behauptungen zu untermauern, wartet er mit einigen "Tatsachen" auf, auf die unter anderem im folgenden eingegangen werden soll - wohlwissend, daß hiermit wiederum nur einige wenige Aspekte dieser überaus komplexen Diskussion angesprochen werden können. Derartige "Tatsachen" verbreiten im übrigen auch andere "Klimaskeptiker" wie zum Beispiel der notorische "Öko-Optimist" Dirk Maxeiner oder der "Ex-ZDF-Wetterfrosch" Wolfgang Thüne.

Eine immer wieder angeführte "Tatsache" ist der verschwindend geringe Anteil von anthropogenem Kohlenstoffdioxid an der Atmosphäre, mittels dessen "Klimaskeptiker" suggerieren, er sei so vernachlässigenswert, daß es nicht lohne, darüber überhaupt ein Wort zu verlieren. Festzuhalten bleibt, daß mit diesen Zahlen noch nichts über deren Bedeutung ausgesagt ist. In der Tat beträgt der Anteil von Kohlendioxid an der Atmosphäre nur zirka 0,04 Prozent. Davon entstammen etwa 95 Prozent aus natürlichen Quellen und sind damit Teil eines natürlichen Kohlenstoffkreislaufs. Dies ist der Grund für die relative Konstanz der CO₂-Konzentration der Atmosphäre durch die Jahrtausende hindurch.

Sie steigt merklich erst durch die zusätzliche Belastung mit Kohlendioxid aus fossilen Lagerstätten an, die großteils menschlich verursacht ist. Mit 388 ppm (parts per million) CO₂ in der Luft haben wir heute den höchsten Gehalt seit etwa 2,1 Millionen Jahren. Der Anteil am CO₂-Gehalt der Atmosphäre, der aus dem Verbrauch fossiler Brennstoffe herrührt, läßt sich deshalb so eindeutig bestimmen, weil dessen Isotopen-Zusammensetzung eine andere ist. Mit anderen Worten:

Dem geschlossenen Kohlendioxidkreislauf werden Jahr für Jahr riesige Mengen an Kohlendioxid fossiler Herkunft hinzugefügt. Ein Teil davon landet im Ozean, was die CO₂-Konzentration in den Ozeanen seit Jahren mit schwer kalkulierbaren Folgen erhöht.

Es sind die übergroßen Mengen an Kohlendioxid aus fossilen Quellen, die das Faß zum Überlaufen bringen, eben weil das hochsensible Klimasystem (die Betonung liegt hier auf "-system") schon auf minimale Änderungen ganz empfindlich reagiert.

Es sind diese Mengen an Kohlendioxid aus fossilen Quellen, die - bildlich gesprochen - das Faß zum Überlaufen bringen, eben weil das hochsensible Klimasystem (die Betonung liegt hier auf "-system") schon auf minimale Änderungen empfindlich reagiert. Ergänzend sei angefügt, daß Wasserdampf zwar als wichtigstes Treibhausgas gilt, das im Zusammenspiel mit anderen Treibhausgasen wie Kohlendioxid, Methan oder FCKW gehörig "einheizt".

Im Unterschied zu CO₂ bleibt Wasserdampf aber nicht so lange in der Luft. Und genau das ist ein wichtiger Grund, weshalb Kohlendioxid als hauptsächlicher Motor der globalen Erwärmung angesehen wird und warum die überwältigende Zahl der Klimaforscher, die aktiv publizieren, der These zustimmt, daß menschlich verursachte Emissionen von Kohlendioxid zumindest teilweise für die Erwärmung der letzten Jahrzehnte verantwortlich gemacht werden müssen.

"Klimaskeptiker" freilich überzeugt das nicht, sie verweisen auf den Einfluß der Sonne oder der kosmischen Strahlung auf das Erdklima und haben als neuen Gewährsmann unter anderem den dänischen Physiker Henrik Svensmark auf den Schild gehoben: Seiner These nach soll das zunehmende Magnetfeld der Sonne für den globalen Anstieg der Temperaturen verantwortlich sein. Svensmark ist der Meinung, daß die Intensität kosmischer Strahlung die Temperaturveränderungen des Erdklimas besser erklären könnte als andere Faktoren.

Michael Miersch, mit Maxeiner immer auf der Fahndung nach vermeintlichen "Öko-Irrtümern", breitete diese Argumente vor kurzem in der Welt unter der Überschrift "Ein Physiker erschüttert die Klimatheorie" aus. Miersch behauptet, daß Svensmark von den "führenden

Köpfen des Weltklimarates IPCC" (Intergovernmental Panel on Climate Change) "ausgegrenzt und diffamiert" werde.

Wie plausibel Svenmarks Erklärungsansatz ist oder nicht, kann hier nicht beurteilt werden. Allerdings soll darauf hingewiesen werden, daß viele Klimatologen diesem Ansatz Schwächen in der Beweisführung attestieren. Es gebe überdies Phänomene, die Svenmarks Modell nicht erklären könne. Dennoch finden sich genug Zeitgenossen, die der Meinung sind, daß das Problem globaler Erwärmung damit ad acta gelegt werden kann beziehungsweise der "Treibhausschwindel" damit evident sei.

Diese Meinung sehen sie auch durch den jüngsten Datendiebstahl vom Computerserver des Klimaforschungsinstituts CRU der britischen University of East Anglia bestätigt, der Datenmanipulationen dort beschäftigter Wissenschaftler aufgedeckt haben soll. Aus dem öffentlich gewordenen E-Mail-Verkehr des CRU will man "herauslesen" können, daß Gegner der These von einer globalen Erwärmung diskreditiert werden sollten, kritische Publikationen boykottiert und Daten mit "Tricks" beschönigt worden sein sollen.

Für so manchen "Klimaskeptiker" ist damit erhärtet, daß Klimaforscher korrupt sind und bewußt "Panik" verbreiten. Ihnen wird weiter unterstellt, im Zusammenspiel mit Medien und Politik vor allem darauf aus zu sein, als Propagandisten alternativer Technologien neue Forschungsgelder zu akquirieren.

Um hier nur auf den Verdacht einzugehen, daß "Analysen und Meinungen kritischer Wissenschaftler absichtsvoll unterdrückt" (Krause) worden seien: Darauf antwortete der Berner Klimaforscher Thomas Stocker in der Neuen Züricher Zeitung (2. Dezember), es sei "ja gerade die Stärke des IPCC-Begutachtungsprozesses, daß nicht ein einzelner Forscher darüber entscheidet, was im nächsten Bericht steht und was nicht", sondern "Autorenteam". Danach erfolgt eine mehrstufige "externe Begutachtung durch Experten und Regierungen weltweit". Zitiert werden sämtliche relevanten Daten zu einem Gebiet, eben auch "kritische".

Am dritten IPCC-Bericht zum Beispiel, so Stocker, sei der bekannte "Klimaskeptiker" Richard Linzen (Massachusetts Institute of Technology) beteiligt gewesen, und zwar als "koordinierender Hauptautor". In diesem Zusammenhang muß weiter darauf hingewiesen werden, daß die CRU-Daten nur einen Bruchteil jener Daten darstellen, auf die sich das IPCC beruft. Es gibt eine Unzahl anderer Forschungsergebnisse, die zu ähnlichen oder gleichlautenden Schlüssen gekommen sind.

Im Zuge der Diskussion um den CRU-Datenklau ist auch wieder die Diskussion um die Feststellung ausgebrochen, daß sich das Erdklima in der Zeit von etwa 1995 bis 2005 nicht weiter erwärmt hat. Aus einer "gehackten" E-Mail soll hervorgehen, daß es für das Ausbleiben der Erderwärmung in dieser Zeit keine Erklärung gebe.

In diesem Zusammenhang fällt in der Regel auch der Name des deutschen Klimaforschers Mojib Latef. Er kam in einer Untersuchung über die mögliche Temperaturentwicklung bis zum Jahre 2025 zu dem Ergebnis, daß die Temperatur im Zeitraum zwischen 2005 und 2025 in etwa gleich bleiben werde.

Das heißt, der Erwärmungstrend ist in dieser Zeit nach Latef zwar unterbrochen, keineswegs aber beendet. Entsprechend spricht Latef von einer "Atempause". Zu verweisen ist im weiteren darauf, daß eine derart kurze Spanne vor dem Hintergrund des großen Zeitraums, der zu betrachten ist, statistisch gesehen wenig bis gar nichts besagt. Es handelt sich hier, wie es der Wissenschaftsjournalist John Rennie ausdrückte, um eine "zu geringe Abweichung", als daß von einer "Trendumkehr" die Rede sein könnte.

All dies wird "Klimaskeptiker" natürlich nicht davon abhalten, weiter ihre Behauptung vom "Treibhausschwindel" zu propagieren. Dabei werden auch weitgehende Spekulationen darüber angestellt, wozu dieser "Schwindel" dienen könnte. Für Klaus Peter Krause und andere ist klar, wohin die Reise gehen soll: "die Menschen" sollen "für eine neue Weltgesellschaft gefügig gemacht werden", sie sollen "durch autoritäre Regime" zum "vermeintlichen Glück"

gezwungen werden. Dahinter ständen auch "Bestrebungen", "den Menschen in den wohlhabenden Ländern eine drastische Senkung des Lebensstandards aufzuzwingen und eine De-Industrialisierung durchzusetzen".

Eine "weltumspannende Klimadiktatur"? Wer sich den unverbindlichen Minimalkompromiß des gerade beendeten Kopenhagener Klimagipfels vor Augen hält, kann derartigen Verschwörungsszenarien nur noch verständnislos gegenüberstehen.

Um an dieser Stelle noch eine weitere Stimme hinzuzufügen: Der Wirtschaftspublizist Hartmut Bachmann sieht in der "Lüge (von) der Klimakatastrophe" das "gigantischste Betrugswerk der Neuzeit". Er nimmt für sich in Anspruch, so der "Klimaskeptiker" Christian Bartsch in einer rein affirmativen Rezension des Bachmann-Buchs in der JF 42/07, berufsbedingt "jahrelang Teilnehmer von Abspracherunden" mit den "Großen von Wirtschaft und Politik" zum Klimaschutz gewesen zu sein und direkt miterlebt zu haben, wie aus der "Klimakatastrophe" ein "lohnendes Geschäft und Machtinstrument für Politiker" gemacht wurde.

Bartsch teilt im übrigen die These, daß die Maßnahmen gegen die eingebildete Klimaerwärmung zur "Verarmung der Industrieländer" führten und in eine "weltumspannende Klimadiktatur" mündeten. Wer sich den unverbindlichen "Minimalkompromiß" des gerade beendeten Kopenhagener Klimagipfels vor Augen hält, kann derartigen Verschwörungsszenarien eigentlich nur noch verständnislos gegenüberstehen.

Ein Novum indes bleibt, daß Politik, Teile der Wirtschaft und Teile der Medien aufgrund von umstrittenen Daten und Erkenntnissen der Wissenschaft einig darin sind, daß wir an unserer Lebensweise etwas ändern müßten. Diese Unsicherheit im Hinblick auf die Daten ist, dies muß hier kritisch angemerkt werden, von den Vertretern der These einer globalen Erwärmung nicht hinreichend problematisiert und öffentlich gemacht worden.

Der mangelnden "Kommunikation" auf diesem Gebiet versucht im deutschsprachigen Raum unter anderem Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung zu begegnen, der sich immer wieder explizit mit den Thesen der "Klimaskeptiker" auseinandersetzt und den Stand der Forschung allgemeinverständlich zu vermitteln sucht. Einen Eindruck von der Heftigkeit der Auseinandersetzungen, die Rahmstorf hier von Fall zu Fall führt, vermittelt zum Beispiel sein Schlagabtausch mit dem "Physikochemiker" und "Skeptiker" Siegfried Dittrich.

Nicht in Abrede gestellt werden soll der Versuch, die These einer globalen Erwärmung politisch zu instrumentalisieren. Es hat sich, wie Florian Rötzer auf den Seiten des Internetmagazins Telepolis andeutete, unter den Themen "Ausbeutung der Ressourcen", "Zerstörung und Belastung der Umwelt", "Artenschwund" und anderen mehr zur "Speerspitze" derer entwickelt, die in der Tat eine Änderung unserer Lebensweise und Produktion verfolgen.

Daß diese Gruppierungen vor allem bei den Grünen und vielen Nichtregierungsorganisationen beheimatet sind, ist kein Geheimnis. Die Überspanntheit beginnt allerdings dann, wenn aus diesen bekannten Parteigängern einer "anderen Lebensweise" eine allgemeine Verschwörung ziseliert wird, gemäß der "die Menschen" für die "neue Weltgesellschaft gefügig" gemacht werden sollten. Hysterie ist nie ein guter Ratgeber für Erkenntnis.

Michael Wiesberg, Jahrgang 1959, arbeitet als Publizist und Lektor. ...<<

Die deutsche Bürgerinitiative "Gegenwind Saarland" berichtete über den Klimawandel (x1.048): >>Wie die großen Ölfirmen die Umweltschutzbewegung erschufen

Maurice Strong: Ein Name, der nur sehr wenigen Menschen etwas sagen wird. Und doch ist dieser Name engstens verwoben mit solchen "Großprojekten" wie der Stockholm Environmental Conference, die als Startschuß für die von den Internationalisten/Globalisten/Eliten (IGE) so "geliebten Agenden 21 und 2030". Maurice Strong war wohl eine der drei wichtigsten Personen, wenn es um die "moderne Umweltschutzbewegung" geht. Der Aufstieg des in Oak Lake, Manitoba (Kanada) geborenen Strong, der in bescheidenen Verhältnissen aufwuchs, das von ihm "aufgebaute Vermögen" und insbesondere sein politischer Einfluß sind

schlicht bemerkenswert.

Allein die Anzahl an Umweltorganisationen, die er gründete, Konferenzen, denen er vorsah, Kampagnen, die er leitete, sind schier unzählbar.

So war er der Organisator der Stockholm Environmental Conference, Gründer des United Nations Environment Program, Generalsekretär des Rio Earth Summit, Gründer des Earth Council und der Earth-Charter-Bewegung, Vorsitzender des World Resources Institute, Kommissar der World Commission on Environment and Development, sowie Vorstandsmitglied zahlreicher Organisationen, vom International Institute for Sustainable Development bis zum Stockholm Environment Institute oder dem African-American Institute.

Aber das bemerkenswerteste an der Person Maurice Strong, dieser zentralen Figur der Umweltschutzbewegung des 20. Jahrhunderts, war sein eigentlicher persönlicher Hintergrund: Ein in enger Beziehung zum Rockefeller-Imperium stehender Millionär, der tief im Ölgeschäft des kanadischen Bundesstaates Alberta verwurzelt war und der die Drehtür zwischen öffentlichen Ämtern im Bereich Umwelt und großen Erdölfirmen zentral in Schwung brachte. Um zu verstehen, warum Strong zu diesem "globalen Spieler" werden konnte, muß man sich die Geschichte der Entstehung der Umweltschutzbewegung genauer anschauen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges benötigte das Thema der Bevölkerungskontrolle, das für die IGE schon immer von immenser Bedeutung war, ein neues Gesicht, eine neue Verpackung, eine neue "Verschlagwortung", die keine Assoziationen mehr mit der dahinstehenden Eugenik zuließ. Und dieses neue Gesicht war der Schutz der Erde vor seiner Ausbeutung, Verschmutzung und einer ökologischen Katastrophe durch den Menschen. Unterstützt, finanziert und gefördert - wie fast immer - von der Rockefeller Familie, die diese Bewegung zu ihrem eigenen Zweck einspannte.

Im Jahre 1969 gab die damalige US-Regierung unter Präsident Nixon den Bericht Population Growth and the American Future (Bevölkerungswachstum und die amerikanische Zukunft) heraus. Geleitet wurde die damalige Kommission zur Erstellung des Berichts von niemand geringerem als von John D. Rockefeller III, die - wenn wundert es - zu folgendem Ergebnis kam:

Die Bevölkerung kann nicht unendlich weiter wachsen. Keiner stellt das in Frage und wir haben in unserem Befund gesagt, daß wir glauben, daß die Nation jetzt eine stabilisierte Bevölkerung(szahl) begrüßen und planen sollte. Die ganze Frage der Verschmutzung, der Umwelt und der Bevölkerung kam mit einer erstaunlich schnellen Geschwindigkeit in den Vordergrund. ...

Unterstützung bei der "Formung einer internationalen Umweltschutzbewegung" bekamen die notorischen Rockefellers von ihren "Ölfreunden" von der anderen Seite des Atlantiks, wie dem britischen Königshaus, die hinter BP stehen, und dem niederländischen Königshaus (Royal Dutch Shell).

Eine wichtige Person bei der "Überführung der Eugenik zur Bevölkerungskontrolle mittels des Umweltschutzes" war Julian Huxley. Bruder des "Schöne Neue Welt-Autors" Aldous Huxley und Enkel vom Darwinisten T. H. Huxley.

Julian Huxley war ein Verfechter der Eugenik und saß der British Eugenics Society von 1959 bis 1962 vor. Aber wie die anderen Eugeniker nach dem Zweiten Weltkrieg, verstand er, daß der in Mißkredit geratene Begriff der Eugenik ein neues Gesicht benötigte. So schrieb Julian Huxley, Gründungsvorsitzender der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), im Gründungsdokument der UNESCO über die "Notwendigkeit Wege zu finden wie man die Eugenik politisch wieder lebensfähig" machen kann:

Im Augenblick ist es wahrscheinlich, daß die indirekte Wirkung der Zivilisation dysgenisch statt eugenisch ist; und auf jeden Fall scheint es wahrscheinlich, daß das tote Gewicht der genetischen Dummheit, der physischen Schwäche, der geistigen Instabilität und der Krankheitsanfälligkeit, die bereits in der menschlichen Spezies existiert, eine zu große Belastung für den

wirklichen Fortschritt sein wird.

Folglich, obwohl es vollkommen richtig ist, daß jede radikale eugenische Politik für viele Jahre politisch und psychologisch unmöglich sein wird, wird es für die UNESCO wichtig sein, zu sehen, daß das eugenische Problem mit größter Sorgfalt untersucht wird und daß die Öffentlichkeit über die Fragen, die auf dem Spiel stehen, so informiert werden, daß vieles, das jetzt undenkbar ist, zumindest denkbar werden kann. ...

Huxley fand in der UNESCO das perfekte Instrument, um die "undenkbaren" eugenischen Ideen wieder "hoffähig zu machen", als er 1948 die UNESCO als Sprungbrett zur Gründung der International Union for the Conservation of Nature und nochmal im Jahre 1961 bei der Gründung des World Wildlife Fund (WWF) nutzte. Neben Huxley waren weitere illustre Herren Mitbegründer des WWF, die keine Unbekannten sind:

- Prinz Bernhard der Niederlande, Mitbegründer der Bilderberger und ehemaliger "Mitarbeiter" des IG-Farben-Konglomerats im Dritten Reich
- Prinz Philip von England und
- Godfrey A. Rockefeller aus dem sattsam bekannten Rockefeller Imperium

Zusammen wollten sie "die öffentliche Meinung nutzen und die Welt über die Notwendigkeit des Naturschutzes unterrichten". All die Jahre der "Erziehung", daß die anwachsenden Weltbevölkerung eine Belastung für die Ressourcen der Erde sind, die von den gleichen Kräften finanziert wurden, die im letzten Jahrhundert alles dafür getan haben die Schlüsselressource der Welt zu monopolisieren, lassen letztlich für Unbedarfte nur einen Schluß zu:

daß die "Heilung" von der "Krankheit der Menschheit" nur über die multipolare Institution der Vereinten Nationen, dessen Hauptquartier nur durch die finanzielle Hilfe der Rockefeller Familie realisiert werden konnte, zu erreichen ist. Und der erste Schritt, um das "Heilmittel" zu finden, war das Organisieren der UN Conference on the Human Environment in Stockholm im Jahre 1972, der weltweit ersten internationalen Umweltschutzkonferenz.

Und wer könnte besser dafür geeignet gewesen sein, diese Konferenz zu leiten und die institutionellen Grundlagen für diese von den IGE unterstützte Bewegung zu schaffen, als ein "Mitarbeiter aus dem eigenen IGE-Stall"? Als Maurice Strong?

Sein ganzes Leben besaß Maurice Strong die Fähigkeit immer zur richtigen Zeit am richtigen Platz zu sein, um die richtigen Personen zu treffen und somit in der Hierarchie nach oben zu rutschen. Der 1929 während der Großen Depression geborene Strong verließ die Schule bereits im Alter von 14 Jahren und arbeitete dann als Pelzhändler für die Hudson's Bay Company, wo er erstmals auf "Wild" Bill Richardson traf, einem Prospektor dessen Frau, Mary McColl, zur Familie McColl-Frontenac gehörte, die wiederum eine der größten Ölfirmen in Kanada besaß.

Dank der Richardsons konnte Strong eine Vielzahl ungewöhnlicher Bekanntschaften schließen. So wurde er beispielsweise dem Schatzmeister der damals neuen UN, Noah Monod, vorgestellt. Unglaublicherweise schanzte Monod Strong nicht nur die Position als Junior Security Officer im UN-Hauptquartier zu, sondern ließ ihn sogar in seiner New Yorker Wohnung einziehen und er stellte Strong dem wichtigsten Mann in dessen gesamten Leben vor: David Rockefeller.

Ab diesem Zeitpunkt war Strong ein gemachter Mann. Wo immer Strong hinging, waren die Mannen um Rockefeller nicht weit und agierten verdeckt im Hintergrund.

Es war der Standard Oil-Veteran, Jack Gallagher, der Strong den Einstieg ins Ölgeschäft Albertas ermöglichte, nachdem Strong seine Stelle bei der UN beendet hatte und nach Kanada zurückkehrte. Und als Maurice Strong auch diesen neuen Job hinwarf, sein Haus verkaufte und nach Afrika reiste, arbeitete er plötzlich für CalTex in Nairobi, einer Firma aus dem Rockefeller-Konglomerat.

Als er 1954 diese Position kündigte, gründete er seine eigene Firma in Kanada, für die er Henrie Brunie (eine enge Freundin von John J. McCloy, einem engen Verbündeten der Ro-

ckefellers) als Managerin einstellte. Strong ernannte zudem zwei Standard Oil of New Jersey-Repräsentanten als Vorstandsmitglieder. Mit Ende 20 leitete er also seine eigene Firma und war bereits Millionär.

Wie sein ganzes Leben lang, zog Maurice Strong immense Vorteile aus diesen Beziehungen. Nachdem er als Organisator der UN-Umweltschutzkonferenz in Stockholm bestimmt worden war, wurde er auch zum Treuhänder der Rockefeller-Stiftung ernannt, die dann sein Büro für die Organisation der Stockholmer Konferenz bereitstellte und Barbara Wood (eine Vertraute der Carnegies) bzw. Rene Dubos (ein Eugeniker und Rockefeller-Mann) als Mitarbeiter zur Verfügung stellte. Strong beauftragte diese beiden den Bericht Only One Earth zu schreiben, quasi der Gründungstext für das Thema der Nachhaltigen Entwicklung, der bis heute als Schlüsseldokument der IGE dient, wenn es um das globale Ressourcenmanagement geht.

Noch heute gilt die Konferenz von Stockholm 1972 als Meilenstein in der Geschichte der modernen Umweltbewegung, die nicht nur zu den ersten regierungsseitig administrierten Umweltschutzaktionsplänen in Europa führte, sondern auch den Grundstein für ein neues UN-Programm legte: dem United Nations Environment Program (UNEP). Und logischerweise wurde Maurice Strong zum ersten Direktor der UNEP ernannt.

Bereits kurz nach dieser Ernennung wechselte Strong übrigens erneut die Seiten und verdingte sich wieder im Ölgeschäft.

Die IGE setzten in der Folge das UNEP als Waffe ein, um die nächste Stufe ihres Vormarsches zu erreichen: die Schaffung eines kohlenstoffbasierten Handelsregimes, das natürlich von ihnen selbst und ihren Bankerfreunden kontrolliert und manipuliert werden würde.

In den frühen 1990ern wurde die spätere Betrugsfirma Enron zum größten Händler im von der US-amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA initiierten, 20 Milliarden US-Dollar schweren Cap-and-Trade-Programm für Schwefeldioxide. Ken Lay, Chef von Enron, begann bereits kurz darauf bei der damaligen US-Regierung unter Bill "Slick Willy" Clinton und seinem Vize Al Gore zu lobbyieren, daß ein ähnlicher Markt doch auch für Kohlenstoffdioxide geschaffen wird.

Mit Bezug auf Umweltschutzgruppen wie der Nature Conservancy, dessen Climate Change Project Beschränkungen bei der Emission von Kohlendioxid forderte, heuerte Enron Christoph Horner an. Horner, ein ehemaliger Mitarbeiter des Umweltausschusses unter Senator Joe Lieberman, sollte sich für einen internationalen Vertrag einsetzen, der die Emissionen einschränken und einen Handel mit Emissionsrechten ermöglichen würde.

Unterstützt wurde die Gruppe Enron/Horner von niemand geringerer als Goldman Sachs. Diese weltberühmte und berüchtigte Investmentfirma in New York, die die Drehtür zwischen Regierung/Finanzministerium und ihren eigenen Büroräumen wie keine zweite in Schwung gebracht hat, half unter anderem bei der Gründung der Chicago Climate Exchange als die erste Handelsplattform für Emissionen in Nordamerika.

Im Jahre 2004 gründete Al Gore, der die letzten beiden Jahrzehnte damit verbrachte für einen Emissionshandelsmarkt zu lobbyieren, die Firma Generation Investment Management. Eine Firma, die Kohlenstoff-Offsets verkauft - zusammen mit David Blood, dem ehemaligen CEO von Goldman Sachs Asset Management, der sich von Goldman Sachs trennte, um gemeinsam mit Gore Geschäfte machen zu können. Ende des Jahrzehnts wurde Al Gore gerne in der Presse als erster Kohlenstoff-Milliardär gefeiert.

Al Gore ist letztlich auch nichts anderes als ein Geschöpf des Öls, ein klassischer Öl-Mann. Sein Vater, Al Gore Senior, war ein enger Freund von Armand Hammer, dem Mann hinter Occidental Petroleum. Nachdem Gores Vater das Rennen um einen Sitz im US-Senat im Jahr 1970 verlor, arbeitete er für Hammer bei Occidental für ein Jahresalär von 500.000 US-Dollar. Im Laufe der Jahre seiner Tätigkeit sammelte Gore Senior Occidental Aktien im Wert von Hunderttausenden an US-Dollar, die niemand geringerer als sein Sohn Al Gore Junior bei seinem Tod erbt.

Aber hier endet noch nicht die Verbindung der Gores und Occidental. Als man auf dem Grundbesitz Gores in Tennessee Zinkerz entdeckte, kaufte Hammer das Land auf und verkaufte es Gore exklusive der Schürfrechte, für die die Gores 20.000 US-Dollar im Jahr erhielten, zurück. Als 2013 Reporter bei der Buchvorstellung des neuen Buchs Gores zur Globalen Klimaerwärmung lieber den Verkauf seines Unternehmens Current TV an die katarische Regierung für 100 Millionen US-Dollar diskutieren wollten, war der Ex-Vize-Präsident der USA baß erstaunt.

Aber Al Gores und auch Maurice Strongs Geschichten sind nur Teil eines viel größeren Phänomens. Bereits 2006 wurde die United States Climate Action Partnership (USCAP) ins Leben gerufen, um "A Call for Action" (einen Aufruf zum Handeln) in der Öffentlichkeit nach einer Beschränkung des Kohlenstoffdioxidausstoßes zu erzielen. Diese Partnerschaft erstellte auch die Blaupause für die Gesetzgebung (Blueprint for Legislative Action), die wiederum Grundlage für den American Clean Energy and Security Act wurde, der das Ziel der Schaffung eines Emissionshandels nach europäischen Muster hat.

Und wer - glauben Sie - war Mitglied dieser United States Climate Action Partnership? BP, ConocoPhillips, General Motors ... Es hat sich herausgestellt, daß eine Kohlenstoffsteuer und der Emissionshandel einer aufmerksamen Öffentlichkeit nur äußerst schwer zu vermitteln sind. Aber mit dem Pariser Abkommen von 2015 wurde der größte Schritt hin zu einer technologischen Zukunft von Energiekontrolle und einer "Kohlenstoffrationierung" erzielt. Kein Wunder also, daß der Gipfel von den gleichen, bekannten Ölfirmen und Unternehmen gesponsert wurde, die bereits am Anfang dieses Artikels genannt wurden. ...<<

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtete am 28. Oktober 2019 über die längst gescheiterte Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x1.021): >>

Deutschland gehörte bis zum 11. März 2011 zu den Ländern, die auf Kernenergie setzten. ... Dann kamen der Tsunami und die Wasserstoffexplosionen von Fukushima, begleitet von einem medialen Tsunami "Deutscher Angst". Die Grünen erlebten einen Aufschwung. In Baden-Württemberg standen Landtagswahlen an. Bundeskanzlerin Merkel änderte ihre Meinung und ließ acht von 17 deutschen Reaktoren per Behördenerlaß schließen ...

Deutschland, das einst die besten Kernkraftwerke der Welt konstruierte, baute und betrieb, kann heute noch nicht mal mehr die erforderlichen Komponenten bauen, geschweige denn einen Reaktor. ...

Nachdem in Deutschland die Kernenergie als politischer Feind weg ist, der Diesel in Agonie liegt, kommt die Kohle dran. 2038 soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen, die Grünen fordern beliebig frühere Termine. Die Gefahr ist groß, daß sie obsiegen, hüpfen doch das halbe Land dafür. ...

In Deutschland entscheiden linke Politikwissenschaftler, rote Gewerkschaftsfunktionäre zusammen mit schrulligen Bischöfen und spinnerten Soziologen über die Zukunft der Energiepolitik. Mir ist nicht bekannt geworden, daß kompetente Vertreter der Netzbetreiber in der Kohlekommission waren. Das ist so ähnlich wie bei der Kernenergie-Ausstiegskommission. Da schlugen auch alle möglichen Berufsgruppen den Ausstieg vor, nur keine Ingenieure oder Fachleute. ...

Windenergie trägt ganze 3 Prozent zur Energieversorgung bei. ...

Die tatsächlich im ganzjährigen Betrieb im Mittel gelieferte nutzbare Leistung einer Windkraftanlage ist nur ein Viertel (25 Prozent), die einer Photovoltaikanlage ein Achtel (12 %) der installierten Leistung. Zum Vergleich: ein KKW erreicht über 90 Prozent Nutzung der installierten Leistung. Wie man sieht, lassen sich mancherlei Erfolgswahlen zu Wind- und Sonnenkraft in die Welt setzen. Aber die halbe Wahrheit bleibt hier eine ganze Lüge. ...

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, auch vom Dach des Bundestages: Ohne eine bezahlbare, großtechnisch nutzbare Speichertechnologie ist die Energiewende verloren. Und diese Speichertechnologie ist noch nicht erfunden. ...

Für eine der nicht seltenen zweiwöchigen Dunkelflauten würde man zur Stromversorgung Deutschlands 21 Terawattstunden Speicherkapazität benötigen. Es sind aber nur 0,04 Terawattstunden vorhanden. Das sind die 36 deutschen Pumpspeicherwerke - alle anderen Speicher tragen gar nicht meßbar bei. Um also die zweiwöchige Dunkelflaute zu beherrschen, benötigt man zusätzlich 17.500 Pumpspeicherwerke der gängigen Größe, die es nicht gibt und die man auch schon auf Grund geologischer Gegebenheiten in Deutschland nicht bauen kann.

...

Die Deutsche Energiewende leidet unter einem nicht korrigierbaren Konstruktionsfehler: Ohne eine bezahlbare großtechnische Speichertechnologie ist die stabile Versorgung eines Industriestaates mit Elektroenergie durch Wind- und Solar nicht zu gewährleisten. Diese Speichertechnologie ist noch nicht erfunden. Ohne eine bezahlbare, zuverlässige und großindustriell nutzbare Speichertechnologie muß die Energiewende scheitern.

Es sollte uns zu denken geben, daß kein einziges Land der Welt den deutschen Vorreitern folgt - so werden aus Vorreitern schnell vom Klimawahn gepackte Geisterreiter. ...

Deutschland hatte eine der zuverlässigsten Stromversorgungen der Welt und Stromausfälle waren unbekannt - der Strom kam in Deutschland seit mehr als 50 Jahren aus der Steckdose. Durch die Energiewende wird nun die ganze Funktionalität des Netzes umgebaut. Das Netz muß jetzt in die Lage versetzt werden, den Strom von abertausenden kleinen Stromquellen wie Windräder und Solardächern "einzusammeln" und dann wieder an Millionen Kunden zu verteilen und dabei immer die 50 Umdrehungen pro Sekunde einzuhalten.

Die "erneuerbaren" Stromquellen sind dazu noch wetter- und tageszeitabhängig. Jetzt machen also nicht nur die Kunden im Stromnetz, was sie wollen, sondern auch noch die Stromerzeuger. Wo früher fünfmal im Jahr eingegriffen werden mußte, sind es heute tausende Male.

...

Die Energiewende ist ein politischer GAU, der Größte Anzunehmende Unsinn der Nachkriegsgeschichte. Und jetzt gießt die deutsche Regierung diesen GAU in Gesetzesform, genannt "Klimapaket". Der Verstoß gegen die Gesetze der Physik und Ökonomie wird in Deutschland Gesetz. ...

Die EEG-Umlage betrug im Jahr 2000 0,16 Cent. Im Jahr 2018 betrug sie 6,88 Cent. Das ist eine Steigerung von über 4.000 %. Zwischen 2000 und 2019 zahlten die Stromkunden mehr als 300 Milliarden Euro EEG-Kosten. Dieses Geld floß im Wesentlichen an die Investoren von Windkraft- und Solaranlagen sowie deren Geschäftspartner. Es wurde ein gigantisches Umverteilungssystem vom kleinen Mann zum wohlhabenden Investor geschaffen ...

Wer gegen den Wind spuckt, bekommt die Spucke ins Gesicht. Ihr spuckt gegen einen Orkan. Wenn Deutschland nicht vorher einen katastrophalen Blackout hinlegt, werdet Ihr bis 2030 eine ganze Billion Euro für die Energiewende ausgegeben haben, falls es den Euro dann noch gibt.

Für diese Summe werdet Ihr einen Energiesozialismus aufgebaut haben, in dem Stromzuteilungen für die Industrie und Bürger an der Tagesordnung sind. Die Deutschen sind mit der Energiewende ins Land der Träume einmarschiert. Das Erwachen wird ein Albtraum sein, für die Politik und die irregeleiteten Deutschen. Deutschland macht sich gerade auf den Weg: vom Land der Träume durchs Tal der Deindustrialisierung, auf in die dritte Welt. ...

Verteuern, verbieten, aussteigen - das sind seit einigen Jahren die Grundlagen deutscher Regierungspolitik. ... Und es wird gewendet, was das Zeug hält - Energiewende, Verkehrswende, Mobilitätswende, Agrarwende, Ernährungswende, jüngst sogar eine Glückswende - Deutschland hüpfte fröhlich in eine ökologische Kulturrevolution, die Jugend voran.

Dabei geht es der Politik wohl hauptsächlich um eins: um absolute Kontrolle. Es soll das ganze Leben der Bürger ökologisiert werden, vom Gedanken übers Vermögen, von der Mobilität bis hin zur Diät. Ach, und ehe ich es vergesse - mit einer als CO₂-Steuer getarnten Obendrauf-Mehrwertsteuer soll ordentlich abgezockt werden. ... Derweilen verabschiedet sich die

Industrie und die dazu gehörige Infrastruktur leise weinend aus dem Land. ...

Und was hat es gebracht, das viele ausgegebene Geld? ... Noch an keinem einzigen ganzen Tag haben Eure Windmühlen und Solarpaneele zur normalen Stromversorgung Deutschlands gereicht.

Der CO₂-Spurengas-Ausstoß ist nicht, wie geplant, gesunken. ...

Schon heute ist die Energiewende ein absurdes Geldumverteilungssystem von unten nach oben. Der kleine Mann bezahlt die Subventionen, die der wohlhabende Investor einstreicht. ... In den letzten Jahren hat sich eine Klimarettungsindustrie etabliert, die Milliarden wie nichts verschlingt.

... Ein paar Größenwahnsinnige fühlen sich wie Gott und wollen das Klima beherrschen. Dabei können sie noch nicht einmal das Wetter von morgen präzise vorhersagen. ...

Der größte Profiteur der Kostensteigerungen für Strom ist somit der Bundesfinanzminister. Die Energiewende ist aus ökonomischer Sicht ein absurdes Geldumverteilungssystem von unten nach oben, in der eine Billion Euro - sauer erarbeitet von Stromkunden und Steuerzahlern - an Investoren umverteilt wird und bei der der Staat hemmungslos abkassiert. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19696" berichtete am 28. August 2021 (x1.049/...): >>>Die Ursprünge der Klimapolitik - Ein Konglomerat aus Macht und Manipulation

Die Forderungen nach einer schärferen Klimapolitik werden immer lauter. Doch entspringt die Sorge unserer Politiker um das Klima tatsächlich der Sorge um unseren Planeten? Diese Sendung beleuchtet die Hintergründe der Klimapolitik, wodurch sich die regelrechte Klimahysterie besser einordnen läßt.

Bei Umweltkatastrophen, wie z.B. den massiven Überschwemmungen in Deutschland wird regelmäßig die Forderung nach einer schärferen Klimapolitik immer lauter. Ob die Sorge unserer Politiker um das Klima jedoch wirklich der Sorge um unseren Planeten entspringt, ist kritisch zu hinterfragen. Denn wenn man sich mit den Ursprüngen der Klimabewegung befaßt, ergibt sich bei genauem Hinsehen ein ganz anderes Bild. Kla.TV hat deshalb recherchiert, was es mit der lautstark propagierten Klimapolitik auf sich hat und wer vor allem ein derart großes Interesse daran hat, daß die drastischen Klimaziele umgesetzt werden.

Begonnen hat alles im Jahr 1909, als der britische Goldminen-Magnat Cecil Rhodes, Lord Milner und ein exklusiver Kreis der vermutlich einflußreichsten britischen Intellektuellen den "Round Table" gründeten. Ihr Ziel war es, die britische Vormachtstellung über die Welt wiederherzustellen bzw. zu erhalten. Den Mitgliedern war dabei sehr bewußt, daß sie nur dann entscheidenden Einfluß auf Politik und Wirtschaft nehmen könnten, wenn sie Presse-, Propaganda- und Bildungsstellen unter ihre Kontrolle bringen würden. Deshalb befand sich auch der Chefredakteur der Londoner Zeitung "Times", Geoffrey Dawson, nicht zufällig unter den Gründungsmitgliedern.

Elf Jahre später, im Jahr 1920, gründeten die Mitglieder des Round-Table weitere Organisationen: die britische Denkfabrik RIIA (Royal Institute of International Affairs) - auch bekannt unter dem Namen Chatham House - sowie dessen New Yorker Schwesterorganisation, den Council on Foreign Relations, kurz CFR.

Unter der Leitung dieser Denkfabriken sollte das Ziel verfolgt werden, eine "englischsprachige Weltregierung" durchzusetzen. Bis heute gehört Chatham House zu den weltweit führenden Denkfabriken, das eng verknüpft ist mit der Finanzelite und dem World Economic Forum. So hatte der derzeitige Direktor von Chatham House, Robin Niblett, ebenso eine führende Aufgabe beim WEF.

Auch zählen inzwischen sämtliche großen Weltkonzerne zu dessen Mitgliedern. Nachfolgend eine kleine Auswahl:

Nachrichtenagenturen und Medienkonzerne wie BBC und Thomson Reuters, die weltgrößten Rohstoffabbaukonzerne, Erdölunternehmen, Rüstungskonzerne, Versicherungskonzerne, Che-

mie- und Pharmakonzerne wie BASF und GlaxoSmithKline, die weltgrößten Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie Mobilfunk- und Internetkonzerne wie Vodafone und Google. Darüber hinaus gehören natürlich auch Konzerne und Einrichtungen aus dem Finanzsektor zu dessen Mitgliedern: Investment- und Großbanken wie Goldman Sachs, die Deutsche Bank, die italienische Zentralbank, die Weltbank sowie die City of London.

Geldgeber sind u.a. die Rockefeller-Stiftung, die Bill & Melinda Gates Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die NATO und die EU, außerdem noch George Soros und der Investmentbanker Sir Evelyn von Rothschild.

Letzterer, Sir Evelyn von Rothschild, war nicht nur Finanzberater von Königin Elizabeth II. Er ist auch Herausgeber des Londoner Wirtschaftsmagazins "The Economist" sowie der Zeitung "The Daily Telegraph" und unterhält eine Partnerschaft mit der führenden Londoner Wirtschaftszeitung "Financial Times" - das sind drei der einflußreichsten britischen Medien.

Die Mitglieder dieser elitären Denkfabriken haben es sich zur Aufgabe gemacht, sich auf internationaler Ebene mit aktuellen Fragen und Analysen des politischen Zeitgeschehens zu befassen. Die Lösungsempfehlungen, die sie dabei erstellen, werden durch die international tätigen Mitglieder weltweit gezielt verbreitet.

Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, wie über Jahrzehnte hinweg ein riesiges Konglomerat an Macht, Einflußnahme und Manipulation etabliert wurde, womit wir bei den Urhebern der Klimaproblematik angekommen sind. Bezeichnenderweise konzentriert sich Chatham House seit über 20 Jahren vornehmlich auf die Werbung für radikale globale Klimaschutz-Maßnahmen.

Begonnen hatte es damit, daß der inzwischen verstorbene Baron Edmond de Rothschild gemeinsam mit David Rockefeller und dem US-amerikanischen "Öl-Gigant" Maurice Strong im Jahr 1987 beim 4. World-Wilderness-Kongress erstmals die Behauptung in die Welt gesetzt hat, CO₂ verursache eine menschengemachte Erderwärmung, - das sogenannte "Global Warming".

Seitdem war Chatham House Sponsor von mindestens 70 Großveranstaltungen zu diesem Thema, wodurch der Klimaschutz weltweit immer mehr in den Fokus gerückt wurde. Da die Mitglieder bzw. Sponsoren von Chatham House zugleich auch Inhaber der größten Medienketten sind, können sie, wie durch deren Gründungsherren beabsichtigt, mit Leichtigkeit ihre Agenda in die Öffentlichkeit transportieren. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Wirtschaftszeitung "Economists", die Zeitung der Rothschilds. Sie gehört zu den vehementesten Verfechtern der menschengemachten Erderwärmung.

Äußerst verwunderlich dabei ist, daß gerade die Kreise, die am meisten für die globale Umweltverschmutzung verantwortlich sind - wie etwa Öl-, Chemie-, Rohstoff- und Rüstungskonzerne - am vehementesten den Umwelt- bzw. Klimaschutz fordern. Werden nicht gerade die Rohstoffe wie Öl und Kohle als Hauptschuldige für den Klimawandel angeführt?

Hinzu kommt, daß die Rüstungsindustrie für Atombombentests verantwortlich ist, welche nachweislich einen verändernden Einfluß auf unser Klima haben.

Daher könnten hinter dieser regelrechten Klimahysterie ganz andere Motive stecken, als einzig und allein die Sorge um die Zukunft unseres Planeten.

Wie in der Sendung "Klimaschutz - das neue Gesicht der Eugenik" (www.kla.tv.18219). aufgezeigt wurde, ist in den Nachkriegsjahren der diskreditierte Begriff der Eugenik durch "Umweltschutz" bzw. "Ökologie" ersetzt worden.

Ziel der führenden Eugeniker war dabei, unter dem Deckmantel des Naturschutzes die Umwelt vor der "Pest" Menschheit zu schützen und das Bevölkerungswachstum "in Schach zu halten", also die Bevölkerung zu reduzieren.

Da durch die gegenwärtige Klimapolitik der technische Fortschritt und der damit verbundene Wohlstand gesenkt wird, würde dadurch genau dieses Ziel erreicht werden. Denn seit vielen Jahren wird genau von jenen Kreisen propagiert, daß die anwachsende Weltbevölkerung eine

Belastung für die Ressourcen der Erde sei.

Einen weiteren äußerst interessanten Aspekt der Klimaagenda beleuchtete der Wirtschafts- und Finanzexperte Dirk Müller in der Sendung "One World - Darum ist den Eliten das Klima plötzlich so wichtig!" (www.kla.tv/15173) In dieser legte er überzeugend dar, daß es zur Durchsetzung einer globalen EINE-Weltherrschaft unabdingbar ist, daß alle Völker einen gemeinsamen Gegner und damit ein gemeinsames Ziel haben, mit dem sich jeder identifizieren kann. Diese Bedrohung ist das ganze Umweltthema, insbesondere der Klimawandel, gegen den es gemeinsam vorzugehen gilt.

Unter diesem Deckmantel ist es möglich, persönliche und nationale Interessen aufzulösen, die Völker zu einen und eine wahre Klimadiktatur aufzurichten. Ebenso können die Freiheiten jedes Menschen drastisch eingeschränkt und reglementiert werden, bis hin zu einer planmäßigen Bevölkerungsreduktion.

So wissenschaftlich und überzeugend all die angeblichen Fakten über den menschengemachten Klimawandel auch dargelegt werden, ist es existentiell, daß möglichst viele Menschen die Hintergründe und Ursprünge der globalen Klimaagenda durchschauen. Nur wer die wahren Wurzeln kennt bzw. diejenigen, die uns ihre Thesen verkaufen wollen, kann all die von Politik, Medien und Wissenschaft vorgebrachten Begründungen richtig einordnen. Denn ganz offensichtlich handelt es sich hier um die Agenda einer kleinen Elite, die nach wie vor die Manipulation über die Medien beherrscht und die Menschheit nach ihren eigenen Vorstellungen und Zielen manipuliert und steuert.<<

Die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung existieren nicht mehr

Bis zum Jahre 2011 wurden etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt durch Kernkraftwerke und konventionelle Kohle- und Gaskraftwerke gewährleistet. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Die Stromerzeugung bestand damals aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast.

Diese konventionellen Stromerzeugungsanlagen, zu denen auch Pumpspeicherkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen zählen, gehören zu den regelbaren Stromerzeugern, denn sie lassen sich bedarfsgerecht betreiben. Aufgrund der Regelbarkeit dieser Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Zerstörung der Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung

Das Erneuerbare Energien Gesetz und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen zerstörten letzten Endes die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grund- und Mittellaststromerzeugung wurde plötzlich allein den Gaskraftwerken auferlegt.

Nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es ab 2022/2023 vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der Kern- und Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien und Gaskraftwerke (ohne Gas) ersetzt werden kann.

Ungenügende Grund- und Mittellaststromerzeugung

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgehen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 66.400 Megawatt, etwa 80 % der Stromnachfrage, in Deutschland erforderlich sind, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt - je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke - sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast vorhanden.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken.

Regenerative Energieträger

Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke (ohne Gas) und regenerative Energien.

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt jedoch von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb waren bis zum Jahr 2011 etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden. Diese "Schattenkraftwerke" sprangen dann ein, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung stand.

Der Betrieb von Windkraftwerken verursacht zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber Windkraftwerke ersetzen kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da aufgrund der Unregelbarkeit der regenerativen Energieträger der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden kann.

Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen.

Die Tageszeitung "WESER-KURIER" berichtete am 18. April 2018 über den Streit um den Rückbau ausgedienter Windräder: >>>**Fundamente ausgedienter Windräder bleiben oft im Boden stecken**

Von *Silke Looden*

Für die neue Generation der Windkraftanlagen muß die alte weichen. Der Rückbau ist nicht nur eine Frage des Recyclings der Rotorblätter. Das eigentliche Problem liegt unter der Erde. Der Entsorgung der Fundamente treibt die Kosten für die Betreiber in die Höhe. Nicht selten bleibt der Beton im Boden zurück. Umweltschützer fordern die komplette Entfernung der Altlasten.

Landkreise in Niedersachsen reagieren offenbar flexibel. Dabei steht der große Rückbau erst noch bevor. Allein in Niedersachsen dürfte in den nächsten Jahren die Hälfte der mehr als 6.000 Windkraftanlagen an Land durch neue ersetzt werden. "Der Rückbau steht unter dem Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit", sagt der Bauamtsleiter im Cuxhavener Kreishaus, Andreas Eickmann.

Die hohen Kosten seien nicht ausschlaggebend dafür gewesen, daß die Fundamente im Landkreis Cuxhaven nur bis zu einer Tiefe von 2,5 Metern entfernt werden müssen. Vielmehr ginge vom Rückbau eine Gefahr für das Grundwasser aus. Die Pfahlgründungen reichten bis zu 40 Meter in die Tiefe und durchstießen verschiedene Wasser führende Schichten. Würden die Pfähle entfernt, bestünde nicht nur die Gefahr, daß Salzwasser ins Trinkwasser gelange, sondern auch Pestizide aus der Landwirtschaft. Eickmann: "Die Löcher sind eine Autobahn in den Untergrund."

Betreiber von Windkraftanlagen sind nach Baurecht verpflichtet, den alten Zustand wieder herzustellen, wenn die Anlagen ausgedient haben. "Bei einer Entfernung der Fundamente bis zu 2,5 Metern können die Flächen wieder landwirtschaftlich genutzt werden", betont Eickmann, "tiefer geht kein Pflug." Der teilweise Rückbau sei ebenfalls ausreichend, um den Niederschlag aufzunehmen.

Allerdings weiß auch der Bauamtsleiter, daß der große Rückbau erst noch bevorsteht. Die

Flachgründungen älterer Anlagen, die derzeit durch neue, leistungsstärkere ersetzt werden, sind nicht das Problem, sondern die neueren Pfahlgründungen der großen Anlagen. Der Landkreis Wittmund, Heimat von Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD), sieht keinerlei Rückbauverpflichtung für Altfundamente, die vor der Änderung des Baugesetzes 2004 genehmigt wurden.

Zudem entfallende die Rückbauverpflichtung für alle Windparks mit Bebauungsplan. Die neuen Fundamente seien hingegen bis oberhalb der Pfahlgründung zu entfernen, so die Verwaltung. "Von den im Boden verbleibenden Betonpfählen gehen keine nennenswerten bodenbeeinträchtigende Wirkungen aus", erklärt Landkreissprecher Ralf Klöker. Bislang wurden im Kreisgebiet 119 alte Anlagen abgebaut.

Förderung endet 2020

Umweltschützer vom Wattenrat in Ostfriesland kritisieren die für sie laxen Haltung der Behörden. Sprecher Manfred Knake meint: "Es darf vermutet werden, daß es nicht um die Einhaltung von geltendem Recht geht, sondern um die Schonung der Geldbeutel der Windkraftbetreiber, die jahrzehntelang satte Renditen über das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) gezogen haben."

Es bleibe abzuwarten, ob die Grundeigentümer, auf deren Böden die Windkraftanlagen errichtet wurden, irgendwann für die Komplettentsorgung der Fundamente zur Kasse gebeten werden. Tatsächlich läuft die Förderung durch das EEG 2020 aus. Mit dem Ende der Förderung endet vielfach auch die Nutzungszeit für die Anlagen.

Die Branche geht davon aus, daß bundesweit jedes vierte Windrad, in Niedersachsen sogar jedes zweite Windrad abgebaut wird, um Platz für neue, größere und vor allem effizientere Anlagen zu machen. Ein ehemaliger Mitarbeiter der Umweltministeriums in Kiel sieht das Problem im nur teilweisen Rückbau der Fundamente vor allem in der Versiegelung.

Umweltaktivisten machen sich Sorgen

Kuno Veit erklärte gegenüber dem NDR: "Wenn ich nur einen Meter vom Fundament abtrage, bleibt die Fläche versiegelt." Allein in Schleswig Holstein gehe es um drei Millionen Quadratmeter. Das niedersächsische Umweltministerium indes sieht keine Probleme beim Rückbau von Windkraftanlagen. Das Ministerium läßt keinen Zweifel daran, daß alle ab 2004 genehmigten Windkraftanlagen komplett zurück gebaut werden müssen.

Das schließe die Fundamente mit ein. Sprecherin Justina Lethen erklärt, daß die Landkreise Ausnahmen genehmigen können, wenn das Entfernen des Fundaments die Umwelt mehr belastet als das Verbleiben im Boden. Lethen: "Eine generelle Empfehlung gibt das Umweltministerium nicht." Für ältere Anlagen bestehe keine Rückbauverpflichtung.

In Internetforen machen sich Umweltaktivisten Sorgen. Sie befürchten, daß das Regenwasser nicht mehr durchsickern kann, daß Tiefwurzler keinen Halt mehr finden, daß vor allem Norddeutschland unbemerkt unterirdisch zubetoniert wird. 1.300 Personen haben eine Online-Petition unterschrieben, um den Rückbau von Windkraftanlagen im Landkreis Cuxhaven inklusive der Fundamente durchzusetzen - bislang ohne Erfolg.<<

Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 5. April 2021 über das Recycling alter Windkraftanlagen: >>Recycling alter Windkraftanlagen

Wie die Mühlen zermahlen werden

Ausgediente Windräder samt ihrer Fundamente lassen sich recyceln. Doch vor allem bei den Materialien der Rotorblätter sind Experten noch skeptisch.

Ralf Nestler

Es ist noch nicht lange her, da wurden sie bestaunt, bekämpft und bejubelt. Inzwischen gehören Windräder vielerorts zum Landschaftsbild. Sie liefern gut ein Viertel des Stroms und sind so eine wesentliche Säule der Energiewende hierzulande. Doch immer mehr Anlagen sind am Ende ihrer ursprünglich geplanten Laufzeit angekommen und werden auf absehbare Zeit abgerissen. Dabei entsteht viel Abfall, der recycelt werden muß. Insbesondere die Rotorblätter

erweisen sich als widerspenstig.

Rund 30.000 Windkraftanlagen stehen aktuell in Deutschland. Wie viele davon wann genau abgebaut werden, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Grundsätzlich erhalten Anlagen, die in den frühen 2000er-Jahren errichtet wurden, eine garantierte Einspeisevergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre. Diese Frist endet nun für rund 6.000 Windräder.

Warum es schwierig ist, sie ohne finanzielle Unterstützung weiterzubetreiben, erklärt Frederick Keil, Sprecher des Bundesverbands Windenergie: "Theoretisch kann eine Anlage über Jahrzehnte weiterlaufen, doch sobald es einen größeren Schaden gibt, beispielsweise am Rotor, lohnt sich die Reparatur nicht mehr."

Zwar erwirtschaften sie weiter Geld, doch auch Wartung und Service müssen bezahlt werden. Ein altes Windrad erinnert also an ein altes Auto, bei dem man im Falle eines Motorschadens auch überlegt, ob sich die Reparatur lohnt.

Anders als beim Auto ist die Entsorgung eines Windrads je nach Bauweise und Standort erheblich teurer. Diese Summen müssen die Windmüller frühzeitig hinterlegen, damit die Anlagen in jedem Fall verschwinden, sollten sie unwirtschaftlich sein. Das könnte nun doch etwas länger dauern, denn in der EEG-Novelle vom Dezember wurde festgelegt, daß Ü-20-Windräder bis zu einem Cent pro Kilowattstunde zusätzlich zum Marktpreis erhalten, berichtet Keil. Wie viele Anlagen nun weitermachen, lasse sich noch nicht abschätzen, erklärt er.

Am besten ist ein geordneter Rückbau

Das Betriebsende sollte ohnehin nur ein vorübergehendes sein, wünscht sich der Windlobby-Verband und setzt auf "Repowering", also die alte Anlage durch eine größere zu ersetzen. Statt ein oder zwei Megawatt, die die alten liefern, bringen die neuen vier und mehr Megawatt. Mehr Leistung auf gleichbleibender Fläche: "Das ist der Schlüssel zu Energiewende", sagt Keil.

"Die Standorte sind in der Bevölkerung akzeptiert, Zufahrtswege und Anschlüsse ans Leitungsnetz sind ebenfalls vorhanden." So sinnvoll Repowering für Betreiber und Stromkunden ist, das Entsorgungsproblem besteht auch dabei: Bevor sich hier ein neues Windrad dreht, muß das alte weg. ...

Am besten ist ein geordneter Rückbau, bei dem die Teile in umgekehrter Reihenfolge zum Aufbau abgenommen werden. Sprengungen sollten nach Ansicht von Fachleuten vermieden werden, damit es nicht zu Erschütterungen kommt. Auch die Fundamente werden entfernt, wenn sie nicht für die folgende Windkraftanlage genutzt werden. Teilweise sind zudem tiefreichende Betonpfähle vorhanden. Sie bleiben meist im Untergrund, weil beim Abriß das Bodengefüge zu sehr gestört würde.

Die größte Masse eines Windrads machen Stahl und Beton mit gut 60 beziehungsweise 30 Prozent aus. Beides findet sich vor allem im Fundament sowie im Turm, auf dem die Gondel mit ihren Rotorblättern sitzt. Der Stahl wird als Sekundärrohstoff verkauft und kann nach dem Einschmelzen wieder genutzt werden, auch für Windkraftanlagen.

Besonders reiner Beton zum Recyceln

Der Beton wird zerkleinert und beispielsweise für den Straßenbau verwendet, sagt Markus Brunner vom Informationszentrum Beton. "Der alte Beton aus Windkraftanlagen ist nicht mit anderen Materialien verunreinigt und daher hervorragend für Recyclingbeton geeignet." Diesem werden die Bruchstücke beigemischt und so natürliche Kieslagerstätten geschont.

(Windkraftanlagen bleiben auch klimapolitisch umstritten: Mit Gegenwind aus den Bundesländern ist weiter zu rechnen)

"Das Interesse an solchen 'grünen' Baustoffen wird größer", sagt Brunner. Doch oft sei es wirtschaftlicher, mit dem Betonabbruch primäre Gesteinskörnung in nahe gelegenen Straßenbaustellen zu ersetzen als ihn in entfernte Betonwerke zu fahren, wo der Erlös kaum höher ist. Daß es beim Abbruch Tausender Windkraftanlagen schwierig werde, den Betonbruch loszu-

werden, glaubt er nicht. "Dafür ist der Bedarf an diesem Rohstoff zu groß."

Die üblichen Elektromaterialien, wie Kupfer, diverse Kunststoffe und Schmierstoffe, können mit bekannten Verfahren recycelt oder abgetrennt und entsorgt werden. Hierbei müssen die Arbeiter teils hohe Sicherheitsvorkehrungen einhalten, damit keine Schadstoffe in die Umwelt gelangen. Aber dies gilt auch für Wartungen und ist nach Expertenansicht kein ernsthaftes Problem.

Verbundstoffe, Kleber und Balsaholz in den Rotorblättern

Schwierig ist es indes mit den Rotorblättern. Sie bestehen maßgeblich aus glasfaserverstärkten Kunststoffen (GFK) und kohlefaserverstärkten Materialien (CFK). Beides sind Verbundstoffe aus den genannten Fasern und einem Kleber wie Epoxidharz, hinzu kommen Stützelemente aus Balsaholz. Die Flügel werden vor Ort zersägt, um sie besser abtransportieren zu können. Dabei müssen die Arbeiter darauf achten, daß Stäube und Fasern nicht freigesetzt werden, etwa mittels Wassernebel.

Gelegentlich kursieren Bilder, auf denen Windradflügel auf einer Deponie vergraben werden. Die Botschaft: Die Reste der Anlagen werden einfach verbuddelt. Das ist in Deutschland spätestens seit 2005 verboten, wie der Bundesverband Windenergie klarstellt. Die zerkleinerten GFK-Rotorblätter werden zum Bremer Unternehmen Neocomp gebracht und dort zu rund fünf Zentimeter kleinen Stücken geschreddert.

Metallteile, wie Blitzableiter des Blattes, werden aussortiert. Die Fragmente werden verbrannt, um Wärme zu gewinnen. Die entstehende Glasasche kann als Rohsandersatz in der Zementherstellung genutzt werden. Durch 1.000 Tonnen Alt-GFK können auf diese Weise bis zu rund 450 Tonnen Kohle, 200 Tonnen Kreide und 200 Tonnen Sand eingespart werden, argumentiert der Windkraftverband.

In einer 2019 veröffentlichten Studie des Umweltbundesamtes warnen die Autoren, daß die Kapazitäten nicht ausreichen würden, wenn demnächst weit mehr Windräder demontiert würden. Der Bundesverband Windenergie widerspricht und verweist auch auf die neuen Einspeisesätze, die den Weiterbetrieb ermöglichen. Dadurch werde die Zahl der zurückgebauten Anlagen wahrscheinlich eher niedriger ausfallen als vom UBA angenommen.

"Die Auffassung, daß es beim Recycling der Rotorblätter zu Engpässen kommen könnte, da es bisher nur eine Anlage in Deutschland gibt, teilen wir nicht", erklärt BWE-Geschäftsführer Wolfram Axthelm: "Die Anlage hat ausreichend hohe, genehmigte Kapazitäten, die aktuell noch ungenutzt sind. Zudem zeigen uns die Gespräche mit den Entsorgungsunternehmen, dass, sobald mehr Anlagen zurückgebaut werden müssen, es Unternehmen geben wird, die sich diesem Markt aktiv zuwenden."

Auch kohlefaserverstärkte Materialien (CFK) können recycelt werden. Bei der Firma CarboNXT im norddeutschen Wischhafen werden sie nach dem Schreddern mittels Pyrolyse aufbereitet: Bei hoher Temperatur und unter Sauerstoffabschluß entweicht das Epoxidharz aus dem Verbund und reine Kohlenstofffasern bleiben übrig.

Skepsis gegenüber den recycelten Fasern

Der Bedarf nach solchen Hightechfasern ist groß, man denke nur an Flugzeug- oder Automobilbau. Doch in der Industrie herrscht Skepsis, ob die recycelten Fasern genauso gut sind wie frische. "Das ist richtig, diese Erfahrung machen wir seit Langem", bestätigt CarboNXT. Es gebe jedoch ein Umdenken, seitdem Themen wie Nachhaltigkeit und Umweltschutz in den Vordergrund rücken.

"Wir sehen daher eine größere Bereitschaft gegenüber dem Einsatz von recycelten Materialien", heißt es. Das Unternehmen, das inzwischen zu Mitsubishi Chemical Advanced Materials gehört, hofft auf weitere Impulse aus der Politik. "Hier könnte zum Beispiel die Verpflichtung zum Einsatz von Recyclaten zu einem gewissen Anteil unterstützend wirken, so wie es in anderen Ländern bereits der Fall ist."

Die Rotorblätter enthalten zudem bis zu 15 Kubikmeter Balsaholz. Ein Spitzenwerkstoff, der

sehr leicht ist und enorm druckfest in Faserrichtung. Daraus werden Stützelemente für die Windradflügel gefertigt, die zwischen den Glasfasermatten liegen.

"Aufgrund der geringen Dichte fällt das Balsaholz buchstäblich kaum ins Gewicht, der Volumenanteil ist aber beträchtlich", sagt Peter Meinschmidt vom Fraunhofer-Institut für Holzforschung in Braunschweig. Weil das Holz mit dem GFK verklebt ist und sich schwer davon trennen läßt, wird es bisher einfach mit verbrannt.

Denkbar sind WPC-Dielen für den Terrassenbau

"Der Brennwert von Balsa ist gering, das bringt eigentlich nichts", sagt der Forscher. Er und sein Team haben ein Verfahren entwickelt, um das Leichtholz herauszulösen und weiter zu nutzen. Sie haben Flügelteile in einen Schredder gesteckt, aus dem handtellergroße Balsastücke und etwas größere GFK-Bruchstücke flogen. Im Wasserbad lassen sich diese leicht trennen: Holz schwimmt, GFK sinkt ab. "95 Prozent des Balsaholzes haben wir so abgetrennt", berichtet Meinschmidt von aktuellen Tests.

Aus diesem Rohstoff lassen sich verschiedene Produkte herstellen, sagt der Forscher. Da wären einerseits Dämmstoffmatten, die ebenfalls am Braunschweiger Institut entwickelt wurden. Weiterhin kann das Holz feingemahlen und dann aufgeschäumt werden, um klebstofffreie Verpackungsmaterialien herzustellen. Oder man fertigt WPC-Dielen daraus, eine Mischung aus Holz und Polymer, die leicht und witterungsbeständig ist - etwa für Terrassen. Tests mit Industriepartnern seien vielversprechend, sagt Meinschmidt. Er hofft, daß damit künftig mehr Balsaholz aus alten Rotorblättern genutzt werden kann. ...

Damit Windkraftanlagen nicht nur klima-, sondern wirklich umweltfreundlich sind, sollten sie vollständig recycelbar sein. Dieses Ziel verfolgt auch die Industrie. Der Hersteller Vestas hat Anfang 2020 angekündigt, bis zum Jahr 2040 "abfallfreie" Windräder herzustellen. Der Verband Wind Europe unterstützt das Vorhaben. Bisher würden 85 bis 90 Prozent recycelt, das Ziel müßten aber 100 Prozent sein, auch um die EU-Bestrebungen einer echten Kreislaufwirtschaft zu erfüllen.<<

Fehlende Stromspeicher

Die Windkraftwerke können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. In der Bundesrepublik Deutschland wird es auch in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben.

Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW vorhanden, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können. Ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher kann nachweislich keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleistet werden, denn nur aufgrund der Regelbarkeit von leistungsfähigen Großspeichern besteht die Möglichkeit, den erforderlichen Grundlaststrom sekundengenau nach Bedarf zu produzieren.

Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung von konventionellen "Schattenkraftwerken" wurden die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nachweislich vorsätzlich geschwächt. Da die Bundesrepublik Deutschland nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird dank des "Flutterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen der Industriestandort Deutschland schon bald nicht mehr existieren.

Rückkehr zur Realität, Recht, Vernunft und Wahrheit

Bei der Energiewende ging es nie um die Rettung des Weltklimas, sondern es ging in erster Linie tatsächlich darum, durch planmäßig inszenierte Destabilisierungsmaßnahmen den flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes und damit die vollständige Zerstörung aller Gesellschaftsstrukturen in Deutschland zu realisieren. Das gegenwärtige gemeingefährliche Corona-Genexperiment wird offensichtlich lediglich genutzt, um von diesem eigentlichen Hauptziel abzulenken.

Der Bevölkerung darf nicht länger verschwiegen werden, daß sich eine unfaßbare Katastrophe entwickeln könnte, falls es zum Beispiel im Jahre 2023 in den Abklingbecken der 7 stillgelegten Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von Radioaktivität kommen sollte.

Da die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht über die lebensgefährlichen Folgen der sogenannten Energiewende informiert ist, muß die Bevölkerung endlich umfassend aufgeklärt werden, bevor es zu spät ist. Hier geht es nicht darum, die Menschen in Panik zu versetzen, sondern das Volk hat ein Recht darauf, die Wahrheit über die gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren eines längeren totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes zu erfahren.

Die Menschen müssen endlich erkennen, daß sie durch fremdbestimmte Politiker, durch gleichgeschaltete Massenmedien und durch allmächtige Lobby-Organisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" werden.

Die Elektrifizierung zählt nicht umsonst zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand.

Ohne die Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung wird es für unsere Heimat keine Zukunft geben. Es geht gegenwärtig um Sein oder Nichtsein und ob nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben werden oder nicht.

Die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde durch die eigenen Politiker bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß.

Für alle, die weiterhin die Realität ausblenden, wird sich spätestens während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls die uralte Lebensweisheit bewahrheiten:

"Not lehrt beten"!

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 46 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Dieses Sonderheft ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x335/50) = Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018, Seite 50.

x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
------	--

Internet

x1.019	https://dserver.bundestag.de/btd/19/304/1930404.pdf - September 2021
x1.021	https://ulrich-von-kusserow.de/images/Beitraege/Arbeitskreise/GBE/Energiewende_Gau_im_Illusions-Reaktor.pdf - September 2021
x1.022	https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922435.pdf - September 2021
x1.029	https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000032.pdf - November 2021
x1.033	https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000034.pdf - November 2021
x1.038	https://dserver.bundestag.de/btd/19/171/1917127.pdf - Januar 2022
x1.039	https://dserver.bundestag.de/btd/20/002/2000274.pdf - Januar 2022
x1.040	https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000035.pdf - Januar 2022
x1.041	https://dserver.bundestag.de/btd/19/268/1926898.pdf - Januar 2022
x1.042	https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922454.pdf - Januar 2022
x1.043	https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922434.pdf - Januar 2022
x1.044	https://dserver.bundestag.de/btd/19/297/1929777.pdf - Januar 2022
x1.045	https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922446.pdf - Januar 2022
x1.046	https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922449.pdf - Januar 2022
x1.047	https://afdbundestag.de/ - Januar 2022
x1.048	https://www.gegenwind-saarland.de/Klimawandel/171009-KONJUNKTION---Wie-die-grossen-Oelfirmen-die-Umweltschutzbewegung-erschufen--mrkd.pdf - Januar 2022
x1.049	https://www.kla.tv - Januar 2022